

infoblatt 83

Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so



Frieden und dann...

in
Nicaragua
El Salvador
Kolumbien
Peru

Mai 2015

www.oeku-buero.de



Inhalt

Frieden und dann ...

Frieden und dann ... 3

Vergangenheitspolitik unter einer
„Regierung für Versöhnung und
nationale Einheit“ 5

¡Aquí no se rinde nadie!
Aufbauarbeit und Contra-Krieg am
Río San Juan 9

Die Wunden sind noch nicht verheilt
Über die Aufarbeitung und Nichtauf-
arbeitung des Bürgerkriegs in
El Salvador 13
Infos zum Artikel 18

Kolumbien: Ein langer Weg zur
Friedenskonstruktion 20

Erinnern und Vergessen in Peru der
Deutungskampf um die Geschehnisse
des bewaffneten Konflikts 24

Honduras

Den Kampf aufgeben, ist keine Option!
Gespräch mit dem honduranischen
LGBT-Aktivisten Donny Reyes 29

Mexiko

Wie ist das gewaltsam verursachte
Verschwinden der 43 Studenten in
Mexiko zu verstehen? 34

Das Centro Calpulli in Oaxaca 40

Nicaragua

Reformen am Gesetz Gewalt gegen
Frauen 42

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros
wird gefördert durch die



München
Landeshauptstadt

Kulturreferat

Impressum:

Das Infoblatt wird herausgegeben vom Ökume-
nischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.,
Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45
Telefax: 089 - 48 76 73
E-mail: info@oeku-buero.de
Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62
E-mail: flug@oeku-buero.de

Mitarbeiter_innen:

Babs Kwapkowski, Christian Wimmerberger, Eberhard
Albrecht (ea), Eva Bahl, Eva-Maria Bach, Alexander
Popitz (ap), Sandra Eck, Marianne Walther, Ruth
Weizel

Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de
V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Bildnachweise:

S. 1, 3, 5, 7, 11, 17, 29, 33,
Ökumenisches Büro
S. 5, CENIDH
S. 6, Wikimedia
S. 7, Fundación Enrique Bolaños
S. 10, INETER
S. 10, Alcaldía de San Miguelito
S. 13, 15, Asociación Pro Búsqueda
S. 14, 18, 19, Museo de la Palabra y la Imagen
(MUPI) San Salvador
S. 20, 22, 23, FARC-EP
S. 24, La Andina
S. 25, Stella Wendlandt
S. 26, Centro de Culturas Indígenas del Perú
S. 27, Radio Programas del Perú
S. 30, 31, ARCOIRIS
S. 34, 36, 38, Alicia Ponce
S. 38, Yescka
S. 40, 41, Friederike Goschenhofer
S. 42 Confidencial

Frieden und dann...

Schon 1988, als der Contra-Krieg in Nicaragua mit dem Friedensabkommen von Sapoa beendet wurde, hat uns das Thema Frieden im Ökumenischen Büro beschäftigt. Dann haben wir die Friedensprozesse in El Salvador und Guatemala beobachtet. Sehr viel später, Anfang 2012, nachdem sich in El Salvador der Abschluss des Friedensvertrages zum 20. Mal jährte, vereinbarten die kolumbianische Regierung und die Guerillaorganisation FARC, Friedensverhandlungen zu führen. Damit haben auch wir uns wieder stärker mit dem Thema Frieden beschäftigt.

Zuerst versuchten wir, uns dem Thema theoretisch zu nähern. Das hat uns zwar nicht wirklich geholfen, aber unseren Blick für einige Zusammenhänge geschärft. Frieden, Gewalt, Gerechtigkeit, Wahrheit und Versöhnung sind schillernde Begriffe. Besonders Frieden und Gerechtigkeit sind eminent politisch und entsprechend schwer zu vereinbaren. Bei dem Frieden, wie wir ihn in Zentralamerika beobachten, wird dies besonders deutlich. Frieden ist hier das Ergebnis eines Friedensabkommens, also das Spiegelbild der existierenden Machtverhältnisse. Das führt nicht unbedingt zu dem Frieden, der häufig als Abwesenheit von Gewalt definiert wird. Dazu muss man sich nur die heutige Lebenssituation in El Salvador vor Augen führen. Der erreichte Frieden muss auch nicht viel mit Gerechtigkeit zu tun haben. Man denke nur an die Amnestiegesetze, die alle Friedensabkommen in Zentralamerika begleitet haben. Es geht zuerst nur darum, dass der interne Konflikt nicht mehr mit Waffen weiter geführt wird. Der Konflikt geht weiter und es wird weiter gekämpft, um Gerechtigkeit und Wahrheit.

Dies sind die Gedanken, die uns bei den folgenden Berichten aus den vier Ländern Nicaragua, El Salvador, Kolumbien und Peru geleitet haben. Den Blick, den wir auf diese Länder gerichtet haben, kann man mit den beiden Fragen „Ist Frieden möglich?“ und „Was hat der Frieden gebracht?“ zusammenfassen. Die betrachteten Länder verbindet zwar einiges: Überall ging und geht es um interne Konflikte, bei denen teilweise externe Akteure eine wichtige Rolle spielen. Abgesehen davon haben wir aber festgestellt, dass es fast unmöglich ist, in den konkreten Erfahrungen der Länder ein einheitliches gültiges Muster zu finden. Zu unterschiedlich sind die Konflikte.

Nicaragua

Wie in allen Ländern, die hier betrachtet werden, hat es auch in Nicaragua in den 1980er Jahren einen

bewaffneten internen Konflikt gegeben, den Contra-Krieg. Auch dieser Konflikt wurde mit einem Friedensabkommen beendet. Aber „Vergangenheitspolitik“ gibt es in Nicaragua unter einer „Regierung für Versöhnung und nationale Einheit“ praktisch nicht. Nur einzelne Menschenrechtsaktivist_innen wie Vilma Núñez beschäftigen sich mit den Themen Wahrheitskommission und Versöhnung. Aber die politischen Interessen und Machtverhältnisse sind nicht so, dass Vergangenheitspolitik eine Rolle spielen kann.

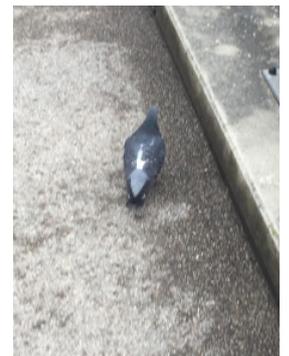
Ergänzt werden diese Betrachtungen zu Nicaragua durch „Notizen zur Gewaltfreiheit“ von Alexander Popitz. Er berichtet von seinen konkreten Erfahrungen als Internationalist mit dem Contra-Krieg. Und wie die politische Überzeugung, dass der bewaffnete Kampf für die gerechte Sache selbstverständlich ist, etwas ganz anderes ist, als eine Kalaschnikow in der Hand zu halten oder vor den Leichen von gefallenen Contra-Kämpfern zu stehen. Er beschreibt, wie seine damaligen Erfahrungen sich zu einer pazifistischen Einstellung entwickelten.

El Salvador

Um die Situation in El Salvador mehr als 20 Jahre nach dem Friedensabkommen zu illustrieren, wird aus der Arbeit der Organisationen Pro Búsqueda und des Museo de la Palabra y la Imagen berichtet. In dem Interview mit Margarita Zamora und Lucio Atilio Vásquez (Chiyó) geht es zuerst um ganz praktische Arbeit: um die Zusammenführung getrennter Familien und darum, die Jugend für die Vergangenheit zu interessieren. Aber beiden Aktivist_innen geht es vor allem um Gerechtigkeit. Dabei ist Gerechtigkeit nicht nur die Bestrafung der Täter_innen. Dies ist mit dem weiterhin geltenden Amnestiegesetz sowieso schwierig zu erreichen. Gerechtigkeit beginnt für sie schon damit, die Wahrheit ihrer Erinnerungen zu bewahren.

Kolumbien

Ganz anders ist die Situation in Kolumbien. Hier geht es um die Frage „Ist Frieden möglich?“. Das wird in dem Artikel „Kolumbien: Ein langer Weg zur Friedenskonstruktion“ von Julieth Marcela Martínez Alava sehr deutlich. Es scheint so, als ob nach über 50 Jahren permanenten bewaffneten Konflikts jetzt die Aussicht auf Frieden alle Zweifel überstrahlt. Bei den intensiven und gut vorbereiteten Verhandlungen in Havanna herrscht ein Gefühl vor: Wir müssen die Chance zum Frieden nutzen. Verbleibende Zwei-



fel werden auf später verschoben. Auch wir hoffen mit der Autorin, dass der Traum eines „Kolumbiens ohne Konflikt“ wahr wird.

Peru

Mit dem Artikel „Erinnern und Vergessen in Peru“ haben wir einen Blick aus der Region heraus gewagt. Das war nur möglich, weil wir mit Stella Wendlandt eine sehr kompetente Autorin gefunden haben. Ihr Interesse gilt vor allem dem Wirken der Wahrheits- und Versöhnungskommission und den sozialen und politischen Ursachen des bewaffneten Konflikts der Jahre 1980 bis 2000. Das, was Peru von den anderen Ländern unterscheidet, ist ein „alle Gesellschaftsschichten durchdringender Rassismus“, der zu der sozialen Ungleichheit und der Armut noch hinzu kommt.

Neben den Artikeln, die sich im vorliegenden Heft mit Frieden befassen, gibt es wie immer auch solche, die aktuelle Probleme in der Region behandeln.

In dem Artikel „Den Kampf aufzugeben, ist keine Option!“ beschreibt der honduranische Menschenrechtsaktivist Donny Reyes in einem Interview sein Engagement für schwule, lesbische, bi- und transsexuelle Menschen in seiner Heimat. Wie kritisch deren Situation ist, erschließt sich schon aus den Umständen, unter denen es zu dem Interview kam. Wir trafen Donny Reyes, weil er sich entschlossen hatte, von Mai 2014 bis Januar 2015 das Angebot der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte zu einem Gastaufenthalt anzunehmen.

„Wie ist das gewaltsam verursachte Verschwinden der 43 Studenten in Mexiko zu verstehen?“ Diese Frage stellt man sich seit dem 27. September 2014 nicht nur in Mexiko. Minutiös breitet die Autor_in unter einem Pseudonym das bisher Bekannte aus. Trotz der beschriebenen Übergriffe, die in Mexiko, einem der wichtigen Handelspartner Deutschlands, offensichtlich alltäglich sind, bleibt die Hoffnung, dass sich etwas ändern wird. Der Schock, den das Verschwinden der Studenten weltweit ausgelöst hat, wird hoffentlich verhindern, dass die Regierung wieder auf das Vergessen der Welt hoffen und zur Tagesordnung übergehen kann.

Der zweite Artikel zu Mexiko über das Centro Calpulli in Oaxaca zeigt scheinbar eine ganz andere Welt. Er berichtet von Kindern, denen Schulbildung, Sport und Tanz geboten wird, obwohl sie aus sozialen Schichten stammen, die sich das eigentlich nicht leisten können. Diese Kinder hatten das Glück, Felipe Sánchez und seinem Team zu begegnen, Menschen, die sich für sie engagierten und die Fähigkeit hatten, auch andere für ihr Engagement zu begeistern.

In dem Artikel, der sich mit Nicaragua beschäftigt, geht es wieder einmal um das Thema Gewalt gegen Frauen. Konservativen Kräften, zu denen man inzwischen auch eindeutig Präsident Ortega und seine Ehefrau Rosario Murillo rechnen muss, ist es in letzter Zeit gelungen, das progressive Gesetz 779 gegen Gewalt an Frauen zu verwässern. Angeblich vom Gesetz diskriminierte Männer und katholische Bischöfe machen sich Sorgen um die Zukunft der nicaraguanischen Familie. Beruhigend an der aktuellen Entwicklung ist nur das Wissen, dass die nicaraguanische Frauenbewegung einen langen Atem hat und stark genug ist, auch mit solchen Rückschlägen fertig zu werden.

Die Redaktion hofft auch diesmal wieder auf das Interesse der Leser_innen.

Vergangenheitspolitik in Nicaragua unter einer „Regierung für Versöhnung und nationale Einheit“

Vergangenheitspolitik sollte in einem Land, dessen Regierung sich selbst als „Regierung für Versöhnung und nationale Einheit“ bezeichnet, wichtig sein. Ist es aber in Nicaragua nicht. Zumindest sind dort bisher kaum Anstrengungen unternommen worden, die Greuel-taten des Somozaregimes und die Opfer des Contra-Krieges der 1980er Jahre systematisch zu erfassen.

(ea) Wie in den Nachbarländern El Salvador und Guatemala hat auch in Nicaragua in den 1980er Jahren ein Bürgerkrieg gewütet. Wie in den Nachbarstaaten wurde er mit Friedensabkommen zwischen den Beteiligten beendet. Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Sapoá am 23. März 1988 wurden die Kriegshandlungen beendet. Seitdem sind mehr als 25 Jahre vergangen und es herrscht offiziell Frieden, ein Frieden, der immer wieder einmal gebrochen wurde. So waren die ersten zehn Jahre begleitet von den Versuchen einiger Exkombattanten beider Konfliktparteien, die Umsetzung der Friedenspläne mit Waffengewalt zu beeinflussen. Die Eingliederung der Ex-Contras und der aus dem sandinistischen Heer Ausgeschiedenen ins Zivilleben führte zu vielen Konflikten. Oft ging es dabei um Landbesitz. Bemerkenswert ist, dass immerhin 18 Jahre nach dem Friedensabkommen von Sapoá Daniel Ortega 2006 seine Rückkehr in das Präsidentenamt unter anderem deshalb gelang, weil er versprach, eine „Regierung für Versöhnung und nationale Einheit“ zu bilden. Auch eine Entwicklung aus der letzten Zeit ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert: Seit ungefähr einem Jahr gibt es im Norden des Landes wieder vereinzelte Fälle von politisch motivierter Gewalt. Hinter diesen Anschläge auf Sympathisanten der Regierung steht zwar keine politische Macht, sie zeigen aber, dass es in Nicaragua immer noch vereinzelt Menschen gibt, die meinen, mit dem Einsatz von Waffen politische Ziele erreichen zu können. Nicaragua ist also noch immer nicht versöhnt.

Im vergangenen Jahr hat sich Vilma Núñez in einem Gespräch mit der Zeitschrift *envio* intensiv mit

Aspekten der Themen Frieden und Versöhnung in Nicaragua befasst.¹ Die Vorsitzende der nicaraguanischen Menschenrechtsorganisation CENIDH ist sicherlich eine der geeignetsten Personen um sich mit dem Thema zu beschäftigen. Als 86jährige kennt sie noch Greuel-taten der Somozazeit aus eigenem Erleben. Nach dem Sieg der Revolution war sie

von 1979 bis 1987 stellvertretende Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes und anschließend bis 1990 Vorsitzende der staatlichen Menschenrechtskommission. Sie hat damit die Jahre des Contra-Krieges aus nächster Nähe und in verantwortlichen Positionen miterlebt. Nach jahrzehntelanger Arbeit als Menschenrechtlerin stehen für sie die Opfer politischer Gewalt im Zentrum ihrer Überlegungen und ihr heutiges Urteil über die damaligen Menschenrechtsverletzungen fällt deprimierend aus: „Praktisch ist fast alles in Straflosigkeit gemündet“. Bei ihrem Rückblick spart sie nicht mit Kritik an den damaligen Akteur_innen, zu denen sie sich selbst zählt. Heute ist es für sie unbestreitbar, dass nicht nur die von den USA finanzierte Contra schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen hat, sondern auch die verschiedenen bewaffneten Regierungskräfte, die die Contra bekämpften. Ob die damals unter der Verantwortung der sandinistischen Regierung begangenen Gewalttaten hätten vermieden werden können, das wagt sie nicht zu entscheiden. Sie neigt eher dazu, es zu verneinen. Sie weist auch darauf hin, dass einige Taten kurz nach dem Sieg der Revolution als Reaktionen auf die extreme Repression während der letzten Phase der Somozazeit gesehen werden müssen. Was sie aber umtreibt, ist die



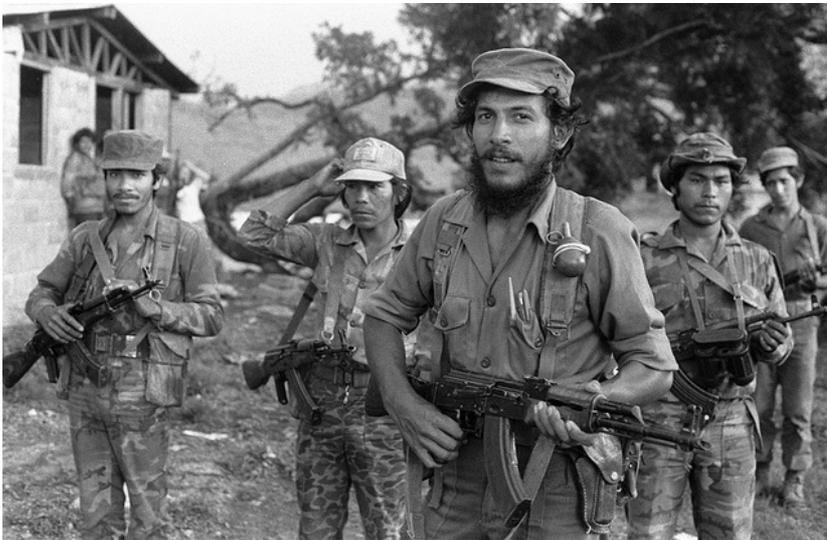
Vilma Núñez



Art und Weise, wie mit den Verbrechen aller Beteiligten später umgegangen wurde. Es gab niemals den Versuch, sie systematisch aufzuarbeiten.

Menschenrechtsverletzungen in den 1980er Jahren

In dem Gespräch mit envío geht Vilma Núñez ausführlich auf das Geschehen in den 1980er Jahren ein. Sie erzählt von Übergriffen während der ersten chaotischen Zeit nach dem Sieg der Revolution und beschreibt die schwierige und tragische Situation der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung während des Contra-Krieges. Heute urteilt sie, dass „die Führung der Revolution die Weltanschauung der indigenen Miskitos nicht verstanden habe und dass



Contras

die indigenen Miskitos niemals das Modell begriffen haben, das ihnen die Revolution aufzwang“. Zur damaligen Situation auf dem Land sagt sie: „In jenen Jahren musste unsere Landbevölkerung zwischen zwei Feuern leben und sie wurde von beiden Seiten unterdrückt“. Sehr kritisch hat sie aus juristischen Gründen damals schon die Spezialgerichte und die antisozialistischen Volksgerichte gesehen. In dem Gespräch erkennt sie an, dass sie zu Anfang notwendig waren. Nach dem Sieg der Revolution in einem Land voller Waffen und mit einer unbrauchbaren sozialistischen Justiz musste schnell etwas geschaffen werden. So entstanden die Spezialgerichte. Aber sie wurden geschaffen als paralleles System neben den normalen Gerichten. Vilma Núñez erzählt, dass der Oberste Gerichtshof erfolglos dagegen gekämpft habe, als sich herauskristalisierte, dass die Spezialgerichte sich zu einem „legalen Mittel der Repression“ entwickelten.

Auf der Gegenseite erinnert sie nicht nur an die Menschenrechtsverletzungen der Contra, sondern auch an die von den USA selbst organisierten und finanzierten Terrorakte. Diese führten 1986 zu der

spektakulären Verurteilung der USA durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Unter den Scheußlichkeiten, die die Contra begangen hat, erinnert sie sich besonders an die systematische Entführung junger Männer, die dann zu den Waffen gezwungen wurden. Kurz vor Ende des Bürgerkrieges suchten 10.000 Mütter ihre entführten Söhne. Dabei waren die Frauen fast ganz auf sich alleine gestellt. In dieser Zeit arbeitete Vilma Núñez schon in der staatlichen Menschenrechtsorganisation und dort gelang es, von den 10.000 Fällen 900 genau zu dokumentieren. Diese 900 Fälle wurden später in die Friedensverhandlungen von Sapoá eingebracht, aber dort interessierte sich niemand dafür. Im Rahmen der Verhandlungen war eine nationale Versöhnungskommission gegründet worden, die vom Kardinal Obando y Bravo geleitet wurde. Den Müttern der Verschwundenen ist es nicht einmal gelungen, von dem Kardinal zu einem Gespräch empfangen zu werden. Von Juli 1988 an versammelten sie sich monatelang jeden Donnerstag erfolglos vor dem Sitz des Erzbischofs, aber erreicht haben sie nichts.²

Besonders dieses Beispiel zeigt, dass der Krieg auch in Nicaragua vieles hinterlassen hat, was bis heute ungeklärt ist und dessen Klärung der Gesellschaft ein Anliegen sein müsste. Aber seit es in Nicaragua Friedensgespräche zur Beendigung des Contra-Krieges gab, ging es um Versöhnung und dazu gehörte immer eine Amnestie. Um die Opfer von Menschenrechtsvergehen ging es nie.

Versöhnung

Nach den Vereinbarungen von Esquipulas II wurde in Nicaragua erstmals eine nationale Versöhnungskommission eingerichtet, deren Vorsitz damals schon Kardinal Obando y Bravo hatte. In dem Abkommen vom August 1987³, das sich mit den bewaffneten Auseinandersetzungen in ganz Zentralamerika befasste, wurden Verfahren entwickelt, die zu einem „sicheren und dauerhaften Frieden“ führen sollten. Große Bedeutung hatte dabei die nationale Versöhnung, zu der man den Dialog zwischen den gegnerischen Parteien rechnete und eine Amnestie. Das Wort Opfer kommt im Abkommen nicht vor. Der mit den drei Abkommen von Esquipulas für ganz Zentralamerika begonnene Friedensprozess wurde für Nicaragua mit dem Abkommen von Sapoá im März 1988 abgeschlossen.⁴ Die Vereinbarungen beriefen sich auf Esquipulas II und konkretisierten vor allem die Prozedur der Entwaffnung der Contra. Aber es gab noch einen bemerkenswerten Präzisierung: Es wurden eine Generalamnestie vereinbart und ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das auch diejenigen Mitglieder der Guardia Somozas umfasste, die von der sandinistischen Justiz bis dahin für ihre Ver-

brechen verurteilt worden waren. Diese Amnestien waren das Produkt eines erheblichen internationalen Drucks, der vor allem von den USA ausging. Nachdem die Sandinisten in den Wahlen von 1990 die Macht verloren hatten, verabschiedete die neue

Regierung unter Violeta Chamorro ein weiteres Amnestiegesetz. Es klingt nach Resignation, wenn Vilma Núñez diesen Prozess mit den Worten charakterisiert, „so folgte eine Amnestie auf die andere und zusammen ersetzten sie die Gerechtigkeit“. Die 1990er Jahre, nach der Wahlniederlage der FSLN, hatten wenig mit Versöhnung zu tun, vielmehr ging es um die Neuverteilung von Macht und Besitz. Es war eine Zeit mit deutlich erkennbaren Sieger_innen und Verlierer_innen. Auf der Seite der Sieger_innen findet man die Rückkehrer_innen aus Miami und die Teile der Führungsschicht der FSLN, die mit der Piñata⁵ die Basis für ihren Aufstieg zu sandinistischen Unternehmer_innen legten. Zu den Sieger_innen gehörten selbstverständlich auch Unternehmer_innen und Banker_innen, die endlich wieder ungestört Geschäfte machen konnten, aber auch die Mittelschicht, die nach einem mageren Jahrzehnt zu ihrem normalen Konsumverhalten zurückkehren konnte. Auf der anderen Seite gab es ebenso klare Verlierer_innen. Dazu gehörten Tausende Staatsangestellte, die entlassen wurden. Vor allem waren es aber diejenigen, die gekämpft hatten: Die 70.000, die innerhalb von zwei Jahren aus dem Heer auf die Straße gesetzt wurden und die Contras, die ihre Waffen niedergelegt hatten.⁶ In diesen Jahren der sozialen Katastrophen sprach niemand mehr von Versöhnung und einige der Verlierer griffen so-

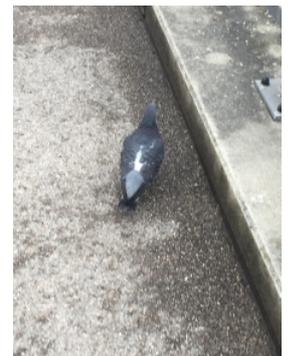
gar wieder zu den Waffen. Erst 16 Jahre später wurde das Thema Versöhnung wieder aufgenommen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 gelang Daniel Ortega der Wahlsieg, mit dem Versprechen eine „Regierung der Versöhnung



Abkommen von Sapó im März 1988

und der nationalen Einheit“ zu schaffen, wie sich die Regierung auch seither nennt. Bald nach Amtsantritt setzte Präsident Ortega die Kommission für Überprüfung, Versöhnung, Frieden und Gerechtigkeit ein. Die Leitung hatte wie schon in den 1980er Jahren Kardinal Obando y Bravo. Betätigungsfeld dieser Kommission ist die Betreuung der ehemaligen Kriegsteilnehmer_innen. Ein Erfolg dieser Kommission ist die Verabschiedung des Gesetzes 830⁷. Hiermit wurden die Veteran_innen in den Kreis der Begünstigten der neuen Sozialgesetze der Regierung Ortega (Hambre Cero, Usura Cero, Plan Techo usw.⁸) aufgenommen. Seit der erneuten Wahl Ortegas ist also einiges geschehen und die soziale Unterstützung der Veteran_innen des Bürgerkrieges hat sicherlich zur Versöhnung beigetragen. Aber damit ist nur einem Teil derjenigen, die unter den kriegerischen Auseinandersetzungen der 1980er Jahre gelitten haben, geholfen. In ihrem Gespräch mit envio weist Vilma Núñez zu Recht auf die bäuerliche und indigene Bevölkerung hin, die damals Opfer von Menschenrechtsvergehen der Kombattant_innen geworden ist. In all den hier erwähnten Abkommen und Kommissionen, bei denen es um Frieden oder Versöhnung geht, werden sie nicht erwähnt. In Nicaragua sind bei den bewaffneten Auseinandersetzungen sicherlich weniger Menschen umgekommen als in El Salvador und Guatemala, aber man geht auch hier von über 30.000 Toten⁹ aus. Gekümmert hat sich das Land

und der nationalen Einheit“ zu schaffen, wie sich die Regierung auch seither nennt. Bald nach Amtsantritt setzte Präsident Ortega die Kommission für Überprüfung, Versöhnung, Frieden und Gerechtigkeit ein. Die Leitung hatte wie schon in den 1980er Jahren Kardinal Obando y Bravo. Betätigungsfeld dieser Kommission ist die Betreuung der ehemaligen Kriegsteilnehmer_innen. Ein Erfolg dieser Kommission ist die Verabschiedung des Gesetzes 830⁷. Hiermit wurden die Veteran_innen in den Kreis der Begünstigten der neuen Sozialgesetze der Regierung Ortega (Hambre Cero, Usura Cero, Plan Techo usw.⁸) aufgenommen. Seit der erneuten Wahl Ortegas ist also einiges geschehen und die soziale Unterstützung der Veteran_innen des Bürgerkrieges hat sicherlich zur Versöhnung beigetragen. Aber damit ist nur einem Teil derjenigen, die unter den kriegerischen Auseinandersetzungen der 1980er Jahre gelitten haben, geholfen. In ihrem Gespräch mit envio weist Vilma Núñez zu Recht auf die bäuerliche und indigene Bevölkerung hin, die damals Opfer von Menschenrechtsvergehen der Kombattant_innen geworden ist. In all den hier erwähnten Abkommen und Kommissionen, bei denen es um Frieden oder Versöhnung geht, werden sie nicht erwähnt. In Nicaragua sind bei den bewaffneten Auseinandersetzungen sicherlich weniger Menschen umgekommen als in El Salvador und Guatemala, aber man geht auch hier von über 30.000 Toten⁹ aus. Gekümmert hat sich das Land



bisher nur um die Wiedereingliederung der Kombattant_innen und die Entschädigung von Angehörigen der Gefallenen.

Recht auf Wahrheit

Vor diesem Hintergrund hat Vilma Núñez im Gespräch mit envío über die Einrichtung einer Wahrheitskommission in Nicaragua nachgedacht. Ausgangspunkt ihrer Überlegung ist dabei ihre Überzeugung, dass die Opfer von Menschenrechtsvergehen ein Recht auf Wahrheit haben. Dabei handelt es sich bisher nicht um kodifiziertes Recht. Weder in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte noch in sonst einem internationalen Vertrag ist bisher von einem Recht auf Wahrheit die Rede. Aber der Begriff wurde schon einmal in einer Resolution der UNO zu Argentinien verwendet und dort definiert als „das Recht der Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die Wahrheit über die Vergehen zu erfahren“. Um diese Wahrheit geht es ihr als Minimalforderung auf dem Weg zur Versöhnung. Daran, die Täter vor Gericht zu bringen und die Opfer zu entschädigen, denkt sie noch gar nicht. Aber schon daran, dass in Nicaragua eines Tages eine Wahrheitskommission sich darum bemühen wird, den Opfern zu ihrem Recht auf Wahrheit zu verhelfen, zweifelt sie erheblich.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Die heutige von der FSLN geführte Regierung hat kein Interesse daran, die eigene Vergangenheit zu belasten, indem sie Verfehlungen der sandinistischen Streitkräfte (EPS) aus den 1980er Jahre sucht und findet. Außerdem ist sie im Augenblick so stark, dass keine politische Kraft zu erkennen ist, die sie zu solchen Untersuchungen zwingen könnte. Es gibt im Augenblick in Nicaragua keine unabhängige Justiz, die der Regierung die Stirn bieten könnte. Der gesamte Justizapparat gehorcht den Wünschen der Regierung. Außerdem werden die damaligen Geschehnisse bei dem großen Teil der Bevölkerung, der nicht unter Übergriffen des EPS gelitten hat, immer noch so gesehen wie vor 30 Jahren. Die schlimmsten Vergehen damals gingen zu Lasten der Contra und konnten nur begangen werden, weil die Contra von den USA finanziert wurden. Das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 27. Juni 1986 ist unvergessen. Dort wurden die Vereinigten Staaten wegen ihrer Interventionspolitik in Nicaragua verurteilt und die Schuldfrage damit beantwortet. Dass die Regierung damals auch Verbrechen zu verantworten hatte, wird anscheinend als Akt der Selbstverteidigung angesehen.

Ein weiterer Grund dafür, dass den damaligen Vergehen im Namen der Regierung nicht nachgegangen wird, liegt darin, dass die Gruppe der Betroffenen besonders schwach war und immer noch ist. Die indigene und die kleinbäuerliche Bevölkerung aus

abgelegenen Landesteilen hätte nur mit starker Unterstützung aus dem dominierenden Zentrum Managua eine Chance, sich Gehör für ihre Forderung nach Wahrheit zu verschaffen. Und dazu reicht die Unterstützung durch eine Menschenrechtsorganisation wie CENIDH nicht aus.

Vilma Núñez kann in ihrem Plädoyer für die Durchsetzung des Rechts auf Wahrheit in Nicaragua auch nichts anderes tun, als an alle zu appellieren, dafür zu kämpfen. Wahrscheinlich wird es aber bei dem bleiben, was Astrid Bothmann in dem oben zitierten Artikel „Zum Scheitern verurteilt? Vergangenheitspolitik in Zentralamerika“ bisher für Nicaragua diagnostiziert hat: Amnestie und kollektives Vergessen.¹⁰

Resümee

Wenn man versucht, ein Resümee zur Vergangenheitspolitik in Nicaragua nach den 1980er Jahren zu ziehen, so fällt das fehlende Bemühen um Gerechtigkeit auf. Im Gegenteil, Gerechtigkeit wurde systematisch unter Amnestien begraben. Vor allem ist die proklamierte Versöhnung ein politisches Projekt, bei dem es in erster Linie um Machtausgleich geht. Bisher wurden nicht Menschenrechtsverletzungen untersucht, sondern diejenigen entschädigt, die über genügend Macht verfügten, eine Entschädigung einzufordern.

¹ *¿Por qué no ha habido en Nicaragua justicia transicional? ¿Sería posible aquí una Comisión de la Verdad?* <http://www.org.ni/articulo/4857> Zu diesem Artikel führten Andrés Schmidt vom Ökumenischen Büro und Klaus Hess vom Informationsbüro Nicaragua am 2. Februar 2015 ein Gespräch mit Vilma Núñez in Managua. Auch auf die Ergebnisse dieses Gesprächs werden in dem vorliegenden Artikel Bezug genommen.

² *Una asignatura pendiente: desaparecidos de guerra* <http://www.envio.org.ni/articulo/788>

³ *Acuerdo de Esquipulas II* http://es.wikisource.org/wiki/Acuerdo_de_Esquipulas_II

⁴ *El Acuerdo de Sapoá - 23 de marzo de 1988* <http://enriquebolanos.org/ACUERDOSDESAPOA.pdf>

⁵ *Mit Piñata bezeichnet man in Nicaragua die Zeit zwischen der Wahl und der Amtseinführung der neuen Regierung unter Violeta Chamorro.*

⁶ *Breve, necesaria y tormentosa historia del FUAC* <http://www.envio.org.ni/articulo/1089>

⁷ *LEY No. 830, LEY ESPECIAL PARA ATENCIÓN A EXCOMBATIENTES POR LA PAZ, UNIDAD, Y RECONCILIACIÓN NACIONAL* <http://www.ejercito.mil.ni/contenido/ejercito/funciones/docs/Ley%20No.%20830.pdf>

⁸ *Hambre Cero (Null Hunger) Unterstützung der kleinbäuerlichen Produktion, Usura Cero (Null Wucher) Kleinkredite, Plan Techo Unterstützung bedürftiger Familien mit Wellblech zum Dachbau*

⁹ *Astrid Bothmann: Zum Scheitern verurteilt? Vergangenheitspolitik in Zentralamerika* <http://www.giga-hamburg.de/de/publication/zum-scheitern-verurteilt-vergangenheitspolitik-in-zentralamerika>

¹⁰ *Siehe oben*

¡Aqui no se rinde nadie!¹

Aufbauarbeit und Contra-Krieg am Río San Juan

(ap) Im September 1986 reiste ich nach mehr als einjähriger Vorbereitung nach Managua, um in einem auf mehrere Jahre angelegten Kooperationsprojekt des Erziehungsdepartements der Region Río San Juan und des Ökumenischen Büros in der Escuela Normal von San Miguelito am Ufer des Nicaragua-Sees die handwerklich-polytechnische Ausbildung der zukünftigen Primar-Lehrer_innen zu etablieren. Unterstützung für das Projekt kam von den selbstverwalteten Schreinereien im ganzen Bundesgebiet, materiell und personell – mein Betrieb hatte mich für die Aufgabe als Bauleiter und technischer Ausbilder für anderthalb Jahre freigestellt.

Meine damalige persönliche Haltung zu bewaffnetem Kampf und Militär im Allgemeinen lässt sich recht einfach beschreiben: Der Wehrdienst in der Bundeswehr als Teil des aggressiven militärischen Nordatlantik-Paktes kam für mich aus politischen Gründen nicht in Frage, die Prozedur der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen blieb mir dank eines langjährigen Wohnsitzes in West-Berlin, dem Vier-Mächte-Status der Stadt geschuldet, erspart.

Während der Nazi-Zeit waren sowohl mein Großvater mütterlicherseits als auch mein Großonkel väterlicherseits als Protagonisten des deutschen Widerstands von den Nationalsozialisten umgebracht wor-

Die Escuelas Normales und ihre Bedeutung für die Alphabetisierungs-Kampagne Nicaraguas

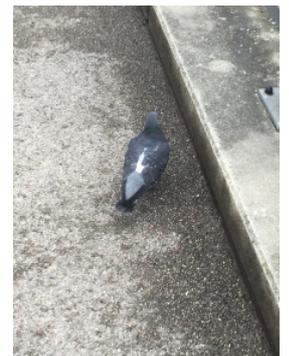
Als Normalschule wurde im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts eine Volksschule bezeichnet, die als Mustereinrichtung zugleich der Lehrerbildung diente. In den romanischen Ländern wird der Begriff allgemein im Sinne von Lehrerseminar gebraucht. Die zur Unterstützung der Alphabetisierungskampagne in den 1980er Jahren gegründete „Escuela Normal Mélida Anaya Montes“ in San Miguelito galt als Modell für das neue Erziehungskonzept in Nicaragua, das neben der Alphabetisierung eine allgemeine polytechnische Bildung anstrebte.

Nach dem Sturz der Somoza-Diktatur hatte die sandinistische Regierung die Alphabetisierung des Landes zu einer ihrer Hauptmissionen erklärt. Im sogenannten „Kreuzzug gegen die Unwissenheit“ zogen etwa 100.000 Freiwillige in die entlegenen Dörfer der ländlichen Gebiete und unterrichteten – zum Teil in drei Schichten am Tag. In nur zwei Jahren gelang es, die Analphabetenquote von 65 % auf 12 % zu senken. Um dieses Bildungsziel auch langfristig zu halten und den entsprechenden Bedarf an Lehrpersonal regional und nachhaltig zu decken, wurden im ganzen Land mehrere neue *normales* gegründet. Als dreiklassige Oberschule (bis zum mittleren Abschluss) konzipiert, sollten sie die 14 – 18-jährigen Absolvent_innen zum Unterrichten in den Grundschulklassen ihrer abgelegenen Heimatorte befähigen. Die jungen Lehrer_innen sollten neben dem Lesen, Schreiben und Rechnen möglichst vielseitige praktische Kenntnisse (Grundzüge aus Gartenbau und Kleinviehhaltung, Hygiene, Latrinenbau und Baukonstruktion) vermitteln können und gerade in den schlecht erschlossenen Landesteilen Anleitung zur Selbsthilfe geben.

Mit mir zusammen reisten zwei weitere junge Schreiner aus Bayern und ein ecuadorianischer Ingenieurstudent von der TU München, um die erste Projektphase (die Errichtung der Werkhalle auf dem Gelände der Escuela Normal) vorzubereiten.

Die militärische Situation im Grenzgebiet zu Costa Rica war zu jener Zeit noch eher entspannt, von gelegentlichen Anschlägen auf die Überlandleitung und die Fernstraße aus Managua abgesehen. Die von den US-Amerikanern unterstützten Contra-Verbände agierten im Wesentlichen in den nördlichen Zonen an der Grenze zu Honduras und in der Atlantikregion.

den. So galt in meiner Familie als unbestreitbare Gewissheit, dass der deutsche Widerstand – zumal die unbewaffnete Agitation – erfolglos geblieben war und erst die konsequente militärische Intervention der Alliierten den Faschismus überwunden hatte. Ich war der Überzeugung, dass eine junge Demokratie wie die sandinistische Republik in Nicaragua wehrhaft sein muss und allzeit bereit, sich gegen die Machenschaften reaktionärer Kräfte zu verteidigen. Natürlich habe ich auch den Befreiungskrieg der FMLN mit „Waffen für El Salvador“ unterstützt, damit die FMLN den gesellschaftlichen Aufbruch im Land gegen die Einflussversuche des US-Imperialismus



und seiner Vasallen verteidigt. Der Guerilla-Krieg erschien mir als geeignete Fortführung einer gerechten Politik mit anderen Mitteln.

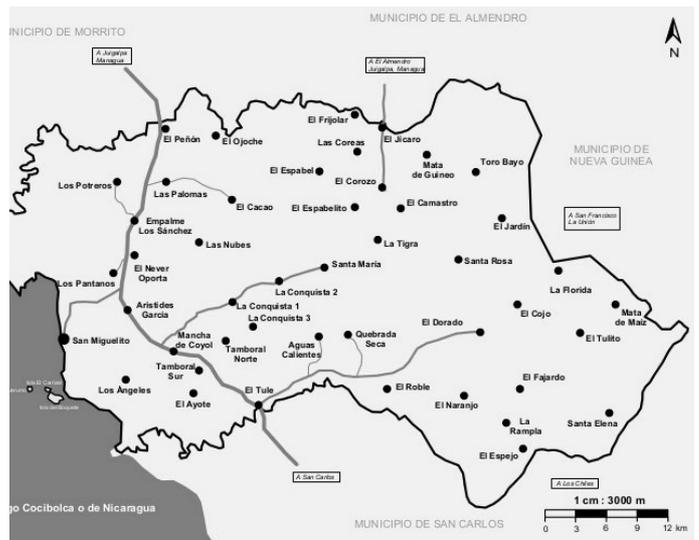
Der Bürgerkrieg, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, lässt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluss, einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.
Rosa Luxemburg in: „Die Nationalversammlung“, Ges. Werke Bd.4 (Berlin 2000), S. 407 – 410

Der Dienst an der Waffe war in diesem Zusammenhang für mich durchaus vorstellbar, ihre Handhabung war mir freilich völlig fremd. Eher abwegig fand ich allerdings schon damals die Idee, aus Mitteleuropa in das ferne, fremde Mittelamerika zu reisen, um mich dort persönlich an einem blutigen Kampf auf Leben und Tod zu beteiligen. Und es muss deutlich gesagt werden, dass die sandinistische Regierung den Internationalisten zu keinem Zeitpunkt einen Kombattant_innen-Status zugedacht hat. Die ausländischen Soli-Brigadist_innen sollten sich vielmehr auch in der Zeit des Kriegs als Aufbauhelfer_innen und als Multiplikator_innen bei der Information der Öffentlichkeit in den Heimatländern einbringen. So sah ich meine Rolle beim Aufbau des sandinistischen Projekts am Río San Juan nicht mit der Waffe in der Hand, vielmehr mit dem Werkzeug des Bauhandwerkers und dem Stift des Lehrers.

Tomás ist die Straße gesperrt und vor allem die Bierlieferung für Doña Estela ausgeblieben...

22.10.1987 – Nach den Kämpfen in Chontales hat sich offenbar eine 200 - 250 Mann starke Contra-Abteilung in Richtung auf das Gebiet vom Río San Juan abgesetzt. Die Straße ist nur zeitweilig befahrbar. Bei einem Überfall an der Pasadita sind 10 Campesinos von einem Lastwagen der DACAL² herunter entführt worden. Die bereits mobilisierten Schüler der Normal wurden überstürzt aus Las Marias und den benachbarten Asentamientos abgezogen...

21.11.1987 – Um zwei Uhr nachts wurde Never Oporta mit Granatwerfern und Gewehrfeuer angegriffen. Der deutlich zu unterscheidende Gefechtslärm war einigermaßen beunruhigend. Die Schüler wollen ihre im Magazin der Werkstatt gelagerten Waffen ausgehändigt haben – angeblich auf Anforderung des Miliz-Kommandanten vor Ort bzw. unserer Schulleiterin. Mir scheint es verantwortungslos, die Schüler ohne Anleitung und einen klaren strategischen Plan in ein Gefecht zu schicken. Da keine weiteren Vorkehrungen zur Verteidigung der Normal getroffen worden waren und sich auch kein verantwortlicher Leiter für den Einsatz der Schüler zeigt, habe ich die Herausgabe der Waffen verweigert... Mit den Toten aus Never (ein Milizionär, eine erwachsene Frau und fünf Kinder) werden vormittags auch vier tote Contra-Kämpfer nach San Miguelito gebracht. Sie waren schon am Abend zuvor beim Überfall auf die Farm „Migdonio Pérez“ in Las Palomas getötet worden. Insgesamt ist die Rede von 20 – 30 toten Zivilist_innen. Die toten Contra werden auf den Marktplatz vor der Kirche geworfen. Einer ist



Ein Jahr später hatte sich die Situation am Río San Juan stark verändert, wie man auch meinen Tagebuchaufzeichnungen vom Ende des Jahres 1987 entnehmen kann:
„18.10.1987 - ...Nach schweren Kämpfen in Chontales und der vorübergehenden Besetzung von Santo

in San Miguelito bekannt, der Sohn eines Bauern aus dem Umland. Einem ist das rechte Auge ausgeschossen worden, keiner der Toten ist älter als 25 Jahre. Ich kann, da sie nun tot sind, keinen Unterschied zu meinen Schülern erkennen. Der Bürgermeister Raoul hält eine flammende Ansprache. Er verflucht die

„toten Hunde“ als vaterlandslose Gesellen und klagt die reaktionären Parteigänger der Contra in San Miguelito an – und jene, die lieber bei ihrer Frau im Bett liegen bleiben oder gar unter dem Bett, wenn es gilt, die kriminellen Überfälle der amerikanischen Söldner abzuwehren...

Wie ich höre, musste unsere Schulleiterin vor dem Kommandanten der Miliz antreten und erklären, warum ich in der Nacht zuvor die Herausgabe der Waffen an die Schüler verweigert habe, obwohl die Miliz die Verstärkung dringend benötigt hatte. Ihre Stellvertreterin Ileana entschärfte wohl die Situation mit dem Hinweis, dass ich halt aus dem fernen Europa komme und von der Realität und den Erfordernissen des Krieges keine Ahnung habe. Da die Normal mit ihrer exponierten Lage ebenso gefährdet gilt wie die anderen Infrastruktur-Einrichtungen in San Miguelito (das Sägewerk und die Viehzucht-Kooperative), wird von der Leitung der örtlichen Juventud Sandinista eine Vigilancia aus den Schülern der Normal gebildet. Die Miliz ist einfach nicht stark genug, um an allen drei außerhalb des Ortes liegenden Einrichtungen gleichzeitig präsent zu sein. Auch mein inzwischen aus Deutschland eingetroffener Nachfolger Matthias und ich reihen uns ein, um die letzte Wache komplett zu machen. Ich nehme meine eigene Kalaschnikoff entgegen, beim Ejercito Popular Sandinista registriert auf die Nr. 6718. Die Parole für heute Nacht lautet auf die Frage „¿Quien vive?“... „¡Mar!“... „¡Adelante: Tierra!“.

ten Haus, als die Frau einen Kochtopfdeckel anhub. Der Ehemann war schon am Freitag umgebracht worden... Abends um halb neun fällt wieder der Strom aus, von zwei entfernten Detonationen begleitet. Die Situation ist ziemlich ungemütlich, auch ich habe Mühe, meine ängstliche Phantasie zu bändigen. Bei den Schülern ist die anfängliche Begeisterung für die nächtlichen Wachen gänzlich verschwunden: Es fehlt nicht an Ausreden, wenn die vorhergehende Wache abgelöst werden soll – ich bekomme dramatische Schilderungen von Bauchschmerzen, Fieber und Durchfall zu hören.

24.11.1987 - ...Mir blieb wieder die letzte Wache von zwei Uhr bis zum Morgengrauen – naheliegenderweise hinter unserer inzwischen fertiggestellten Werkhalle. Zum Stromausfall ist nun auch der Neumond gekommen, es gibt wohl kaum etwas grässlicheres als in mondloser Nacht Posten zu stehen (in meiner Panik hätte ich fast eine herumstreichende Kuh erschossen)...

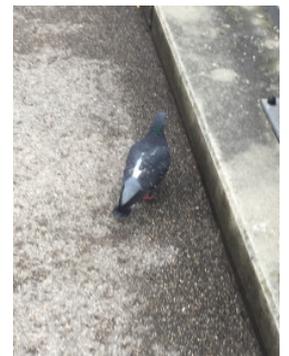
26.11.1987 – Die Vigilancia ist jetzt besser organisiert. Der Schützengraben hinter der Normal wird wieder genutzt, nachdem wir ihn in den letzten Tagen tiefer ausgegraben haben. Da inzwischen mehr Schüler in der Normal untergebracht sind, kommen in der Regel doppelte Posten zustande – das ist schon angenehmer. Außerdem werden die Posten durch Milizionäre aus dem Dorf verstärkt. Auf dem Platz hinter der Werkstatt ist jetzt ein Granatwerfer aufgestellt...“



AK 47

23.11.1987 – ... Inzwischen gibt es nähere Informationen über die Überfälle von Freitagnacht: Insgesamt sind jetzt 13 Zivilisten und Milizionäre tot, davon 8 Kinder. In Never explodierte heute morgen eine Handgranate in einem von der Contra heimgesuch-

Am 14. Dezember 1987 verlasse ich San Miguelito in Richtung Heimat. Das Bauvorhaben ist abgeschlossen, nach fast anderthalbjähriger Bauzeit, das Projekt des handwerklichen Unterrichts an meinen Nachfolger übergeben. Der Stolz auf das erreichte



Projektziel („¡Cumplido!“) wird jedoch überdeckt vom fassungslosen Staunen, unbehelligt durch die Ereignisse der letzten Monate gekommen zu sein: Weder ist mir selbst ein Haar gekrümmt worden, noch habe ich den Tod eines anderen, mir völlig unbekannt Menschen zu verantworten. Quälend ist allein die Vorstellung, wie wenig gefehlt hat, dass ich diese Verantwortung für den Rest meines Lebens hätte mit mir herumtragen müssen.

Heroisches Denken war mir in jungen Jahren nicht fremd. Die schwärmerische Vorstellung, persönliche Opferbereitschaft und Hingabe an eine gerechte Sache und die konsequente Verfolgung von Ungerechtigkeit (und Ungerechten) seien – quasi im Tausch – die zuverlässigste Voraussetzung für allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt und persönliche Anerkennung, schien mir einleuchtend: Je höher der Einsatz, umso größer der Erfolg. Heute sehe ich diese Verbindung zwischen individuellem Opfermut und persönlichem Einsatz (bis hin zum eigenen „Heldentod“ beziehungsweise dem planvollen Töten eines politischen Gegners) und einem gesellschaftlichen, politischen Gewinn nicht mehr so deutlich. Viel deutlicher sehe ich die Beispiele, in denen die Gewalt des Krieges die Ziele des Kampfes korrumpiert hat und die Eigendynamik der militärischen Auseinandersetzung die Basis für eine friedliche Zukunft und das Zusammenleben der kommenden Generationen zerstört hat.

Wie ich am Río San Juan immer wieder zu hören bekam, hatten etliche Campesino-Familien versucht, sich in der Realität des Bürgerkriegs durch Loyalität nach beiden Seiten zu arrangieren: So kämpfte mindestens ein Sohn der Familie mit den sandinistischen Milizionären, was auch gewisse Vorteile bei der Zuteilung der knappen Versorgungsgüter mit sich brachte, während ein anderer – freiwillig oder nicht – mit den in harten US-Dollar besoldeten Contra-Verbänden zog. Im Ergebnis setzte sich die gesellschaftliche Spaltung in den einzelnen Familien fort.

Der katholische Sozialethiker Wolfgang Vogt verweist in diesem Zusammenhang auf die grundsätzliche Unvereinbarkeit von Militär und ziviler Gesellschaft, da die aus der vordemokratischen Ära stammenden militärischen Werte und Tugenden wie Disziplin, Gehorsam und Hörigkeit mit den heutigen, in einer postkonventionellen und demokratischen Gesellschaft geltenden Werten wie Mündigkeit, Kritik- und Reflexionsfähigkeit inkompatibel sind. Das Militär trage nicht zur Verteidigung der zivilen Gesellschaft bei, sondern stehe in einem anachronistischen Verhältnis zu ihr und gefährde letztendlich sogar deren zentrale Prinzipien. Die Kultur des Krieges wäre dementsprechend eine durch das Militär gepflegte Überlieferung der vor-bürgerlichen Gesell-

schaft, die den Zivilisierungseffekt der bürgerlichen Gesellschaft bedroht.³

In den Monaten nach meiner Rückkehr nach Deutschland reift jedenfalls bei mir eine neue grundsätzliche Haltung: In keinem Krieg der Welt, gerecht oder nicht, möchte ich jemals wieder eine Waffe auf einen anderen Menschen richten müssen. Bin ich also zum Pazifist geworden? Was meint überhaupt der Begriff „Pazifismus“?

1922 schreibt Kurt Hiller von der Gruppe Revolutionäre Pazifisten, ab 1920 auch Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft: „Pazifismus heißt nicht Friedfertigkeit. Wer meint, der Pazifist müsse, seiner Definition nach, ein friedlicher, sanftmütiger, durchaus nachgiebiger, toleranter Mensch sein, ein niemals opponierendes, sich auflehndes, aggressives, gar zornentbranntes, vielmehr vom Honig der Eintracht und allen Salben bedingungsloser Menschenliebe tiefendes Demutsgeschöpf, der hat den Pazifismus gründlich missverstanden. Pazifismus bezeichnet keine Lammesgesinnung und keine Betschwester-tugend, sondern die kämpferische Bewegung für eine Idee. Für welche Idee? Nicht für die Idee, dass auf Erden zwischen den Menschen und Menschengruppen Kämpfe aufhören, sondern für die Idee, dass auf Erden Kriege aufhören; Krieg ist eine Form des Kampfes, ist blutiger Leiberkampf von Massen auf Leben und Tod, von Massen innerlich vielfach Unbeteiligter, also unschuldig in den Tod Gehetzter – und diese Form menschlicher Auseinandersetzung, weil sie eine unmenschliche ist, will der Pazifismus aus der Welt schaffen.“ (zitiert nach Wolfram Beyer in H.J.Degen (Hrsg.): „Lexikon der Anarchie“, Plön 1998)

In diesem Sinn bin ich sicher ein überzeugter Pazifist. Ich habe mich auch gefragt, wie ich zu diesem pazifistischen Standpunkt gekommen bin: Natürlich ist meine Existenz nicht gefährdet, niemand bedroht mein Leben und das Leben meiner Familie, niemand steht bereit, mein Haus niederzubrennen und meine Rücklagen zu vernichten. So spiegeln die Schlussfolgerungen auch den Luxus meiner privilegierten Lebenssituation.

Die Missachtung des Lebens und die Brutalität gegen den Menschen lassen die Fähigkeit des Menschen zur Unmenschlichkeit erkennen. – Sie kann und darf kein Mittel irgendeiner Konfliktlösung sein und bleiben.

Rosa Luxemburg (zitiert nach der Inschrift auf der Gedenktafel am Berliner Landwehrkanal)

¹ „Hier ergibt sich niemand!“ lautete die nationale Parole des Jahres 1987

² DACAL: ein im Zuge der sandinistischen Revolution nationalisiertes Straßenbau-Unternehmen

³ vgl. Wolfgang R. Vogt: „Soziologie ohne Frieden?“ in Ulrike Wasmuth (Hrsg.): „Friedensforschung“, Darmstadt 1991

Die Wunden sind noch nicht verheilt

Über die Aufarbeitung und Nicht-Aufarbeitung des Bürgerkriegs in El Salvador

Interview mit Margarita Zamora, Pro Búsqueda, und Lucio Atilio Vásquez („Chiyo“), Museo de la Palabra y la Imagen (MUPI), die beide sowohl beruflich als auch privat seit Jahren zur Vergangenheitsbewältigung in El Salvador arbeiten.

Interview: Andrea Lammers und Eberhard Albrecht;
Übersetzung und Redaktion: Sandra Eck

Wann ist für euch eure Arbeit eine erfolgreiche Arbeit? Woran macht ihr die gesamtgesellschaftliche Bedeutung eurer Arbeit fest?

Margarita: Für uns ist es der größte Erfolg, wenn es uns gelingt, Familienmitglieder wieder zusammenzuführen und zu sehen, wie viel es ihnen bedeutet, ihre verschwundenen Nichten, Neffen oder Enkel wieder in die Arme schließen zu können. Aber auch dann, wenn wir herausfinden, dass die Kinder damals umgebracht wurden, ist es wichtig, dass die Wahrheit ans Licht kommt - für die betroffenen Familien ebenso wie für die salvadorianische Gesellschaft.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist es unser Hauptziel, für Transparenz und Gerechtigkeit zu sorgen. Deshalb betrachten wir es als Erfolg, wenn Täter_innen vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Und es war Pro Búsqueda, die es zum ersten Mal geschafft haben, den salvadorianischen Staat selbst auf die Anklagebank und zur Verurteilung zu bringen, was wichtig ist, weil die Opfer der Zwangsverschleppungen dadurch ein Recht auf Entschädigung bekamen.

Aber damit hört unser Kampf für die Gerechtigkeit natürlich nicht auf. Es geht uns auch darum, das Amnestiegesetz aufzuheben, denn das ist eine der Ketten, die die Gerechtigkeit fesseln und am Wachsen hindern.

Nebenbei zeigen wir mit unserer Arbeit auch, dass selbst eine kleine Organisation wie unsere viel zur Gerechtigkeit beitragen kann – das hat eine wichtige Signalwirkung für die salvadorianische Gesellschaft.

Welche Hoffnungen für die Zukunft habt ihr – was die Organisationen angeht, für die ihr arbeitet, aber auch auf persönlicher Ebene?

Margarita: Vier meiner Geschwister sind verschwunden. Meine größte Hoffnung ist, die Wahrheit herauszufinden. Außerdem geht es darum, die Verantwortlichen juristisch zur Rechenschaft zu ziehen und dass die Betroffenen Unterstützung auf psychologischer Ebene erhalten. Damit meine ich zum einen die Möglichkeit, ein tragfähiges soziales Netz aufzubauen, zum anderen den Zugang zu psychologischer Behandlung. Bis heute gibt es sehr viel Leid und sehr viele Krankheiten, die eine Folgewirkung des Krieges sind.

Manchmal werden Opfer von Traumatisierungen durch die Art der Behandlung zusätzlich stigmatisiert. Wie müsste denn eine angemessene Behandlung aussehen?

Margarita: Viele sagen, dass Psycholog_innen nur für Verrückte da sind. Wir machen deutlich, dass das anders ist. Die Traumatisierungen durch Krieg und Verschleppungen lösen sich nicht einfach auf, sondern wirken bis heute nach. Es geht deshalb darum, diese traumatischen Erlebnisse zu bearbeiten und zu lernen zu überleben und mit dieser Last umzugehen, damit das erlittene Leid nicht auf die nächsten Generationen übertragen wird. Es ist sehr wichtig, den Betroffenen zu vermitteln, dass sie mit diesem Leid nicht allein sind, und dass das nichts ist, was nur mit ihnen selbst zu tun hat. Viele Menschen hatten bisher weder die Gelegenheit darüber zu sprechen noch sich gesellschaftlich Gehör zu verschaffen. An dieser Stelle setzen wir an, denn wir sind überlebende Opfer eines politischen Konflikts, aber keine passiven Opfer.

Chiyo, was sind deine persönlichen Hoffnungen in Hinblick auf deine Arbeit im Museo de la Imagen y la palabra?

Chiyo: Meine größte Hoffnung ist, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Die Friedensverträge¹ waren für mich nicht wirklich Verträge für den Frieden, sondern politische Einigungen, um den Krieg zu beenden.



Margarita Zamora,
Pro Búsqueda



Es wäre eigentlich eine Aufgabe des Staates, sich für die Aufarbeitung des Krieges zu engagieren. Das tut er aber nicht, deshalb springen kleine Organisationen wie die unsere ein.

Meine ganz persönliche politische Arbeit besteht darin, Jugendlichen mit dem Buch „Siete gorriones“, das ich mit Sebastián Escalón geschrieben habe, ein Bewusstsein über die Vergangenheit zu vermitteln. Die jungen Menschen sind sehr interessiert an der Vergangenheit und das Buch wird sehr gut aufgenommen. Es ist mir wichtig, den Jugendlichen nahe zu legen, dass sich eine wirkliche Weiterentwicklung in Richtung Frieden nicht erreichen lässt, wenn El Salvador weiterhin so gespalten bleibt, wie es gerade ist, wenn Hass und Vorurteile geschürt werden.

Ist das für dich so etwas wie Versöhnungsarbeit?

Chiyo: Eine interessante Frage dabei ist, wem man denn überhaupt verzeihen soll. In meinem Fall habe ich Versöhnung mit Ex-Militärs erlebt, die über deren Beschäftigung mit der Vergangenheit verlaufen ist. So entstehen in Sachen Versöhnung immer wieder neue alternative Herangehensweisen von unten.

In der offiziellen Politik sieht das anders aus, denn die rechten und ultrarechten Parteien wollen nicht am Amnestiegesetz kratzen, weil sie wissen, dass dann auch viele heutige Militärs, Unternehmer_in-nen und Geldgeber_innen der rechten Parteien ins Gefängnis müssten. Aber es gibt auch Angehörige der politischen Linken, die sich gegen die Abschaffung des Amnestiegesetzes aussprechen, weil sie wissen, dass sie selbst angeklagt werden könnten.

Veränderungen hin zu einer Aufarbeitung und einem Klima des gegenseitigen Respekts müssen deshalb von dem/

der Einzelnen selbst kommen. Damit dürfen wir auch in Zukunft nicht aufhören.

Inwieweit sind die Menschen an der Vergangenheit interessiert? Oder haben sie vielleicht durch die Probleme im Heute (z. B. Fragen der persönlichen Sicherheit) keine Zeit und Energie für die Vergangenheit?

Margarita: Ja, es gibt durchaus Menschen, die sich nicht für die Geschichte interessieren, weil sie sich mehr über die aktuelle Situation Sorgen machen, über Gewaltverbrechen, Bandenkriminalität und dergleichen. Deshalb wollen viele Menschen nichts von der Vergangenheit wissen, vor allem diejenigen,

die vom Krieg nicht so unmittelbar betroffen waren. Es gibt auch Menschen, die gar nicht glauben wollen, dass es Kinder gab, die zwangsverschleppt wurden. Aber gerade die direkt Betroffenen interessieren sich sehr dafür. Wir wissen, wieviel Leid und Schrecken der Krieg verursacht hat und wollen nicht, dass so etwas noch einmal geschieht. Je weniger sich die salvadorianische Gesellschaft aber damit beschäftigt, desto größer wird die Gefahr, dass sich die Geschichte wiederholt. Deshalb ist es für uns wichtig, die Erinnerung aufrecht und lebendig zu halten und an die neuen Generationen weiterzugeben.

Uns geht es nicht darum, Skandale zu verursachen oder alte Wunden aufzureißen. Wir glauben vielmehr, dass die Wunden noch gar nicht verheilt sind. Viele Familien können überhaupt erst dann an so etwas wie Versöhnung mit der Vergangenheit denken, wenn das Schicksal ihrer Kinder aufgeklärt ist. Das ist ein wichtiger Teil des gesamtgesellschaftlichen Aussöhnungsprozesses. Es gibt ja auch Kinder, die bei Militärs aufgewachsen sind. Da ist es für deren Herkunftsfamilien wichtig zu sehen, wie es den Kindern ergangen ist, wer sich um sie gekümmert hat, trotz allem, was passiert ist. Das ist die Basis dafür, dass es für die betroffenen Familien überhaupt so etwas wie ein Verzeihen geben kann.

Chiyo: Ich habe das Gefühl, dass die salvadorianische Gesellschaft sehr gespalten ist, sehr abgelenkt von der Propaganda des Konsumismus, den Medien, der Technologie, der Religion. Es gibt apathische Leute, die sagen „Ach, mir geht's gut, ich bekomme Geld von meinen Familienmitgliedern im Ausland, ich habe eine Arbeit bei der Regierung, ich arbeite in einem großen Unternehmen“. Und in fanatischen religiösen Strömungen herrscht sehr viel Hass auf die Guerilla. Sie betrachten die Guerilla, angestachelt durch die Medien, als eine Art kommunistische Bedrohung. Trotzdem gibt es besonders an Orten, wo die Guerilla tätig war, viele aktive Gruppen, die die Vergangenheit in lebendiger Erinnerung halten und für den Frieden arbeiten, ohne die Geschichte zu vergessen. Sie verbreiten z. B. Dokumentarfilme über den Bürgerkrieg, die Repression und darüber, wer den Krieg finanziert hat. Ich glaube, dass dadurch bei den Jugendlichen ein breites Interesse und breites Wissen angelegt wird.

Die jungen Leute sind fähig, aus ehrlichen Zeitzeugenberichten vieles zu lernen. Ich glaube, da hat die Kraft dessen, was ich mache, ihre Wurzeln. Die Jugendlichen können daraus vieles darüber ableiten, warum es sich lohnt, für eine Kultur des Friedens zu arbeiten. Und zwar für einen Frieden, der sich von innen heraus spüren lässt, keinen falschen Frieden. Und gleichzeitig zu wissen, dass es dich manchmal



Lucio Atilio Vásquez
(„Chiyo“)

auch das Leben kosten kann, den Frieden zu verteidigen. Das ist ein starkes Fundament, was wir den Jugendlichen vermitteln wollen und von dem aus sie die Gegenwart interpretieren können. Es geht um ein Bewusstsein der Vergangenheit und genauso um Visionen für die Zukunft.

Ihr habt in euren Familien Morde und andere sehr schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen erlebt. Was bedeuten vor diesem Hintergrund die Amnestiegesetze für euch persönlich?

Chiyo: Persönlich finde ich, dass der Friedensprozess in El Salvador nicht wirklich heranreift. Die FMLN hat Fragen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit beseite gelegt und ist heute mehr daran interessiert, die Menschen für Wahlen zu mobilisieren. Die historische FMLN, die viele Veränderungen angestoßen hat, ist dabei verloren gegangen: eine FMLN, in der Menschen ohne Geld engagiert waren und ver-

viel damit zu tun, dass Ex-Kommandanten der FMLN zur Rechten übergelaufen sind. Und die, die nicht rechts sind, machen kein Aufheben um die Frage des Amnestiegesetzes, weil sie wissen, dass sie selbst auf die Anklagebank müssten. Die Wahrheitskommission sagt, dass zwischen 12 und 15 Prozent der Menschenrechtsverletzungen von der Guerilla verübt wurden und der Rest von der Rechten.

Ich glaube, das erklärt, warum wir in dieser Frage uneinig sind. Und ich persönlich erwarte keine Gerechtigkeit im großen Stil, muss ich sagen. Für mich ist es ein Akt der Gerechtigkeit, wenn ich die Wahrheit, wie ich sie erlebt habe, jungen Menschen nahe bringe. In meinem Buch finden sich auch schöne Dinge, nicht nur schreckliche. Ich vermittele Hoffnung für das Leben, aber auch dafür, sich zu engagieren. Es gibt auch FMLN-Anhänger, die das gar nicht so gerne sehen, weil die Wahrheit erzählen eben die Wahrheit erzählen bedeutet und sich die Wahrheit bei niemandem anbiedert.



Familienangehörige an Allerheiligen beim Monument für die Ermordeten und Verschwundenen

sucht haben, möglichst viele Anliegen der Basis zu vertreten. Ich sehe in der FMLN von heute keine FMLN, die sich in Sachen Amnestiegesetz einsetzt und dafür, dass Gerechtigkeit geschaffen wird und die Wahrheit auf der Anklagebank diskutiert wird, mit denjenigen, die dort hin gehören. Und das hat

Ich persönlich komme mit der Vergangenheit zurecht, indem ich meine Mutter, meine Schwester und meine zwei Brüder, die von der Guardia Nacional erschossen wurden, immer in meinem Herzen trage. Daraus und aus meinen Zeitzeugen-



berichten ziehe ich sehr viel Stärke und Reife. Die Menschen, die mir zuhören, sind also sozusagen meine Therapeuten und dafür bin ich sehr dankbar. Die Chance, mit euch hier in Deutschland sein zu können, ist also auch ein Schritt in diese Richtung.

Margarita: In meinem Fall sind vier Geschwister und meine Mutter verschwunden. Ich hoffe bis heute, dass sie noch am Leben sind, an welchem Ort auch immer. Von zweien meiner Geschwister weiß ich aber sicher, dass sie tot sind, weil sie Teil der Guerilla-Strukturen und an Kampfhandlungen beteiligt waren. Das schmerzt natürlich, aber ich weiß, dass sich daran nichts mehr ändern lässt. Wenn man Cousins, Cousinen und Onkel dazu nimmt, ergibt sich eine lange Liste von Toten und Verschleppten in meiner Familie.

Das Amnestiegesetz ist für mich Teil eines gesellschaftlichen Heilungsprozesses. Für mich geht es nicht darum, die Verantwortlichen zu verdammen. Das ist wichtig zu erwähnen, denn rechte Politiker_innen behaupten immer, dass wir nur Rache wollen. Uns geht es im Gegenteil in keinem Moment um Rache, sondern einfach um Gerechtigkeit. Denn die Gesamtsituation im heutigen El Salvador hat sehr viel mit der Straflosigkeit zu tun.

Für mich ist sehr wichtig, dass Recht gesprochen wird und zwar auf beiden Seiten. Wie Chiyo schon sagte, fällt ein Teil der Verantwortung auch auf die FMLN. Um für Gerechtigkeit zu sorgen, ist es wichtig herauszufinden, wer die Verantwortlichen der Verbrechen waren. Und genau dafür werden wir weiterleben, weiterkämpfen und weiterhin Forderungen stellen, bis zum letzten Moment, damit die Verantwortlichen verurteilt werden.

Das betrifft auch die irregulären Adoptionen. Daran haben sich viele Anwälte_innen, Richter_innen, Ärzte_innen seinerzeit eine goldene Nase verdient und dafür müssen sie nun zur Verantwortung gezogen werden. Sie haben der Gesellschaft derart viel Schaden zugefügt, dass sie es verdienen, bestraft zu werden. Dabei geht es mir nicht so sehr um meine persönliche Geschichte, sondern um die vielen Opfer, die sich nicht wehren konnten, besonders die Kinder. Sie sind am verletzbarsten und haben daher jedes Recht der Welt, geschützt zu werden. Der Staat ist verpflichtet dazu, Kinder zu schützen und hat es nicht gemacht. Daher müssen die Verursacher nun vor der Gesellschaft Rechenschaft über das Vorgefallene ablegen.

Und welche Erwartungen hast du, was die Suche nach Kindern angeht, die nach Deutschland adoptiert wurden?

Margarita: Ich glaube, dass es auch hier in Deutschland einige solcher Fälle geben muss. Wir wissen von mindestens zwei Kindern, die zur Adoption nach Deutschland gegeben wurden, allerdings möglicherweise aus Armutsgründen. Es ist sehr gut möglich, dass es darüber hinaus Kinder gibt, die aus Militäroperationen heraus zur Adoption nach Deutschland gegeben wurden. Deshalb wäre es wichtig, verlässliche behördliche Daten darüber zu haben, wie viele Kinder aus El Salvador mit Visum nach Deutschland gekommen sind und adoptiert wurden, besonders im Zeitraum zwischen 1980 und 1986. Zu dieser Zeit wurden die meisten Kinder von Militärs verschleppt, meistens nach Massakern.

Wie bewertet ihr die Tatsache, dass es heute eine FMLN-Regierung gibt, in Bezug auf Gerechtigkeit und Vergangenheitsbewältigung? Setzt ihr Hoffnungen in die FMLN-Regierung?

Margarita: Ja, in gewisser Weise schon. Gerade versuchen wir zu erreichen, dass die UN-Konvention gegen Verschwinden-Lassen vom salvadorianischen Parlament ratifiziert wird. Damit dies geschieht, übt die Regierung durchaus Druck aus. Aber wir wissen auch, dass die Regierung alleine nichts machen kann, denn im Parlament hat die Rechte aktuell mehr Sitze als die FMLN. Es kommt also auch auf die Kraft an, die wir als salvadorianische Zivilgesellschaft aufbauen können. Dabei gilt es, die Regierung einerseits zu unterstützen. Andererseits können wir nicht einfach sagen, eine linke Regierung kann machen, was sie will, weil sie eine linke Regierung ist. Vielmehr müssen wir Forderungen an die Regierung stellen, damit sie hält, was sie versprochen hat. Natürlich werden die Fortschritte nicht so riesig sein, wie wir es gerne hätten, aber zumindest kleine Veränderungen, die den Menschen weiterhelfen, sollte es durchaus geben.

Ich glaube schon, dass die Tatsache, dass wir nun eine linke Regierung haben, einem nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung in der Tat Hoffnung gibt. Und Hoffnung ist auf jeden Fall wertvoll. Nichtsdestotrotz sind wir gerade erst am Anfang der neuen Legislaturperiode. Es gilt, kritisch zu begleiten, wie sich die Dinge entwickeln und Druck aufzubauen, damit Versprechen auch gehalten werden.

Welche Rolle spielt dabei das Verfassungsgericht? Viele sagen, dass es eine Schlüsselrolle einnimmt.

Margarita: Das Verfassungsgericht ist eher rechts orientiert. Deshalb stoßen wir hier an unsere Grenzen. Aber ich glaube, dass wir voran kommen, wenn auch



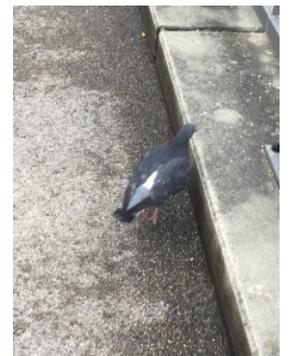
Margarita und Chiyo in München im Hofgarten

in sehr kleinen Schritten. Um ein systematisches Bild von der Verschleppung eines Kindes durch Militärs zu gewinnen, haben die Richter_innen kürzlich zum ersten Mal in der Geschichte El Salvadors erlaubt, dass ein_e Familienangehörige_r als Zeug_in aussagt und ein Gutachten von Pro Búsqueda zugelassen wird. Die Richter_innen waren wirklich sehr interessiert daran, sich einen umfassenden Überblick zu verschaffen und haben sogar einen Richter dafür abgestellt, in den Militärarchiven in dieser Sache zu recherchieren. All dies sind kleine Schritte des guten Willens, obwohl es nicht mit der Geschwindigkeit voran geht, die wir uns wünschen würden. Der Druck, den wir in all den Jahren unserer Arbeit aufgebaut haben, hat aber auf jeden Fall etwas bewirkt.

Chiyo: Ich setze eher wenig Hoffnung in die FMLN-Regierung. Man muss sich bewusst machen, dass die FMLN-Regierung zwar Posten in Institutionen besetzt, aber ARENA damals, als sie die Regierung verlor, viele wichtige Posten dennoch behalten konnte. Aktuell sind nach wie vor 65 Prozent der Regierungsangestellten der politischen Rechten zuzurechnen. Trotzdem macht es natürlich einen Unterschied, wer die Regierung anführt. Denn die politische Öffnung, die mit dem Regierungswechsel einher ging, erlaubt, Transparenz zu schaffen und Wahrheiten publik zu machen. Das ist wichtig, denn als ich ein Kind war, hat es die Rechte geschafft, alles unter den Tep-

pich zu kehren, die Taten von Kriegsverbrechern, korrupten Militärs und vieles mehr. Heute arbeitet das Bildungsministerium mit Organisationen wie Pro Búsqueda und dem Museo de la Palabra y la Imágen zusammen und Informationen über die Zeit des Bürgerkriegs zirkulieren über die sozialen Netzwerke. Durch den Einsatz der Regierung dafür, dass mehr über die Zeit des Bürgerkriegs bekannt wird, fühlen wir uns noch mehr verpflichtet, eine tatkräftige politische Arbeit zu leisten und uns für Gerechtigkeit, eine Kultur des Friedens und mehr Wissen über die Vergangenheit einzusetzen. Es gibt also durchaus Ansätze, die mir Hoffnung und Kraft zum Weitermachen geben. Wir werden immer auf der Seite der Opfer sein und die Menschen auf ihrem Weg, Gerechtigkeit zu finden, verteidigen und unterstützen.

¹ Mit den Friedensverträgen wurde 1992 unter Leitung der Vereinten Nationen der salvadorianische Bürgerkrieg offiziell beendet.



Infos zum Artikel

Die Wunden sind noch nicht verheilt

Das Buch „**Siete Gorriones**“ wurde von Lucio Atilio Vásquez („Chiyo“) gemeinsam mit dem französisch-salvadorianischen Journalisten Sebastián Escalón Fontan verfasst und vom Museo de la Palabra y la Imagen (MUPI) herausgegeben.

Es erzählt auf gut 300 Seiten Chiyos Lebensgeschichte: Die Kindheit im Weiler El Huilhuiste (Morazán), die Flucht in ein Kindercamp der Guerilla als Achtjähriger nach der Ermordung seiner Mutter und seiner älteren Schwester Dora, seinen Weg als Funker, Mitglied der Elitebrigade „Rafael Arce“ und des Guerillasenders „Radio Venceremos“, seine Verzweiflung und Desorientiertheit nach Ende des Bürgerkrieges 1992 und einen langjährigen Aufenthalt in Mexiko. Die „siete gorriones“ sind sieben als

„Spatzen“ titulierte Kolibris, deren herausgerissene Herzen den Jungen Chiyo unsterblich machen sollten. Sie stehen aber auch für seine sieben von der Armee ermordeten oder im Krieg gefallenen Familienangehörigen, denen er das Buch gewidmet hat. Außergewöhnlich an diesem Buch ist, dass es durch einen gemeinsamen intensiven Schreib- und Redaktionsprozess und die kongeniale Redlichkeit des Ko-Autors Sebastián Escalón alle Klippen der testimonio-Literatur bravourös meistert. Chiyo hat sich einen bewundernswert klaren und kritischen Blick und ein fröhliches Herz erkämpft und bewahrt. Er lässt in keinem einzigen Buchstaben verklärende Guerillaromantik aufkommen, denunziert aber auch mit keiner Silbe den bewaffneten Kampf und seine Kamerad_innen.

Wer sich mit den Augen eines Kindes, Jugendlichen und jungen Erwachsenen des Jahrgangs 1971 ein außergewöhnliches Stück Zeitgeschichte auf Spanisch erlesen will, kann bis Ende Mai 2015 Kontakt mit dem Öku-Büro aufnehmen und für 15 Euro ein Exemplar aus El Salvador bestellen.

Die Asociación Pro Búsqueda de Niñas y Niños Desaparecidos (Vereinigung zur Suche verschwundener Kinder)

wurde 1994 von Familienangehörigen im Krieg verschleppter Kinder aus El Salvador und dem spanischen Jesuitenpater Jon Cortina gegründet. Aktuell sind 934 Fälle bei Pro Búsqueda registriert. 392 verschleppte und dann meist in Adoption gegebene Kinder wurden mit Hilfe von Dokumenten, Zeug_innenaussagen und der organisationseigenen DNA-Datenbank gefunden. 245 haben sich mit ihren Herkunftsfamilien getroffen. In 55 Fällen musste der Tod des gesuchten Kindes konstatiert werden. In mehreren von Pro Búsqueda aufgegriffenen Fälle wurde der salvadorianische Staat vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof verurteilt. Pro Búsqueda betreut insgesamt über 500 Familien, aber auch junge Erwachsene, die wissen, dass sie adoptiert wurden, aber die Umstände nicht kennen



und herausbekommen wollen, ob sie noch Verwandte in El Salvador haben. Die meisten während des Krieges entführten und anschließend verschwundenen Kinder wurden in El Salvador gefunden, Schwerpunktländer für Auslandsadoptionen waren die USA, Schweiz, England, Schweden, Frankreich, England und vor allem Italien.

Bisher ist über Adoptionsfälle in Deutschland sehr wenig bekannt. Pro Búsqueda würde gerne entsprechenden Hinweisen mit der gebotenen Behutsamkeit, Diskretion und Sorgfalt nachgehen. Bei Fragen und Interesse stellt das Öku-Büro gerne den Kontakt her.

Das Amnestiegesetz und die Militärarchive

In El Salvador wurden mit Ende des Bürgerkriegs zwei Amnestiegesetze verabschiedet. Das erste von 1992, das bei den Friedensverhandlungen vereinbart wurde, erlaubte es der Guerilla, aus der Illegalität zu kommen und sich in die politische Partei FMLN zu verwandeln. Im Zentrum der Kritik steht trotz mancher Verwirrung in den Medien das zweite Gesetz: Eine Generalamnestie, die seit 1993 in Kraft ist und eine Reaktion auf den Bericht der Wahrheitskommission TITEL ist. Der interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof hat das Gesetz längst als ungültig und verfassungswidrig erklärt. Trotz seiner Existenz könnte also ermittelt und verurteilt werden. Salvadorianische Staatsanwälte und Gerichte verstecken sich jedoch weiter hinter dem Gesetz und stärken seine imaginierte politische Symbolkraft. Der Kampf von Menschenrechtsorganisationen gegen das Amnestiegesetz hält deswegen an.

Zweites großes Hindernis zur juristischen Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen ist die Unzugänglichkeit der Archive. Unter Verschluss gehalten werden insbesondere die relevanten Militärarchive, aber auch Dokumente des Innenministeriums.

Das Museo de la Palabra y la Imagen MUPI (Museum für Wort und Bild)

begann nach Ende des Bürgerkrieges ab 1992 Dokumente, Gegenstände, Fotos, Film- und Audioaufnahmen aus dem bewaffneten Konflikt und den Kämpfen der sozialen Bewegungen in El Salvador zu retten. Dabei kam ihm zugute, dass sein Gründer und Leiter Carlos Henríquez Consalvi (Santiago) zuvor Mitarbeiter von „Radio Venceremos“ gewesen war. Heute hat das Museum seinen Arbeitsbereich auf das gesamte historische und kulturelle Erbe El Salvadors ausgeweitet. Eine Ausstellung widmet sich z.B. dem Maler und Schriftstellers Salarrué, eine weitere zeigt in populärer Comicform das be-

wegte Leben der frühen Vorkämpferin für Frauenrechte Prudencia Ayala. Das umfangreiche Archiv beinhaltet Dokumente aus den Nachlässen Claudia Lars, Roque Dalton, María de Baratta und anderen. Bekannt ist das MUPI auch dadurch, dass es mit Promotor_innen wie Chiyo ständig im ganzen Land unterwegs ist, mit ambulanten Ausstellungen und Workshops für Kinder und Jugendliche zum historischen Gedächtnis und zu Menschenrechten. Es gibt Bücher (wie z.B. „Siete Gorriones“) heraus, produziert Videos und unterstützt Theater- und Kunstkollektive.

Website auf Spanisch und Englisch:
www.museo.com.sv



Museo de la
Palabra y la Imagen



Ein langer Weg zur Friedenskonstruktion

Julieht Marcela Martínez Alava

“Es gibt etwas, das genauso wichtig ist, wie das tägliche Brot. Nämlich der tägliche Frieden, ohne den das Brot bitter schmeckt.“ (Amado Nervo, mexikanischer Dichter, 1870-1919)

Viele Generationen lang gehört die Gewalt zum Alltag der Kolumbianer_innen und der Millionen Opfer, die der bewaffnete Konflikt forderte. Nach mehreren Versuchen des Staates und der bewaffneten Gruppen, dem Konflikt ein Ende zu bereiten, sieht sich das Land nun erneut mit den Herausforderungen konfrontiert, welche die Friedensverhandlungen mit der stärksten Guerilla-Gruppe, den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC-EP), mit sich bringen.

Historischer Kontext

Seit dem Beginn der Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und den Konservativen im Jahr 1948 herrscht in Kolumbien ein permanenter bewaffneter Konflikt. In der langen Zeit, in der die Beteiligten gewechselt haben, hat es immer wieder Friedensbemühungen gegeben, die aber bisher alle nicht zu einem endgültigen Frieden geführt

haben. Auf die wichtigsten wird hier kurz eingegangen. Durch einen Staatsstreich riss General Gustavo Rojas Pinilla 1953 die Macht an sich, erklärte einen einseitigen Waffenstillstand und bot allen Aufständischen, die ihre Waffen abgaben, Straffreiheit an. Nach zahlreichen Demobilisierungen wurde die Straffreiheit 1954 nicht nur der Guerilla, sondern auch den Paramilitärs, Militärs und Zivilen, die an der sog. *Violencia* beteiligt waren, gewährt. Schätzungsweise demobilisierten sich damals 20.000 Aufständische.¹

Viele Jahre später, 1984, unterzeichneten die FARC, eine Guerilla-Gruppe, die in den siebziger Jahren gegründet wurde, und die Regierung von Belisario

Betancur den Pakt von La Uribe, in dem ein bilateraler Waffenstillstand vereinbart wurde. Außerdem wurde ein Zeitraum von einem Jahr festgelegt, innerhalb dessen sich die FARC politisch und wirtschaftlich organisieren und integrieren sollten. Aus diesem Prozess ging die Partei *Unión Patriótica* hervor. Sie konnte in den folgenden Jahren beachtliche Erfolge in Kommunal- und Parlamentswahlen erzielen. Bis Anfang der 1990er Jahre wurden aber ca. 5.000 Mitglieder der Bewegung von paramilitärischen Gruppen ermordet. Im August des gleichen Jahres unterzeichnete Präsident Belisario Betancur den Pakt „Waffenstillstand und Nationaler Dialog“ mit den Guerilla-Gruppen M-19 (Bewegung des 19. April), dem EPL (Nationales Befreiungsheer) und der ADO (Bewegung der Arbeiterselbstverteidigung). Doch die Regierung brach die Vereinbarungen, woraufhin der M-19 den Justizpalast in Bogotá erstürmte und besetzte, um den Präsidenten einem Gerichtsverfahren zu unterziehen.

Während der Präsidentschaft Virgilio Barcos wurde eine neue Friedensinitiative angestoßen, in deren Rahmen die Guerilla-Gruppen M-19, EPL, die Bewegung Quintín Lame (eine indigene Guerilla-Gruppe) und die Revolutionäre Partei der Arbeiter (PRT) die Waffen abgaben und 1989 den „Politischen Pakt für den Frieden und die Demokratie“ unterzeichneten. Dieser Pakt wurde aber vom Kongress der Republik abgelehnt.²

Nach mehreren Versuchen von Seiten der Guerilla-Gruppen gab der M-19 in einem symbolischen Akt freiwillig die Waffen ab, es begann seine soziale und politische Reintegration. Der EPL, die Bewegung Quintín Lame und die Revolutionäre Partei der Arbeiter folgten dem Beispiel des M-19 und begannen ebenfalls rasch Friedensverhandlungen. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags wurde der Präsidentschaftskandidat des M-19, Carlos Pizarro, ermordet.

Zwischen 1990 und 1991 verhandeln die Regierung von Cesar Gaviria, die FARC, der ELN und der EPL in Tlaxcala/Mexiko Maßnahmen eines möglichen Friedensvertrags. Allerdings wurden die bewaffneten Auseinandersetzungen nicht ausgesetzt, so dass auch dieser Versuch scheiterte. Zur gleichen Zeit integrierten sich aber ca. 865 Mitglieder der Sozialisti-



schen Erneuerungsbewegung (CRS) ins zivile Leben. Während des Prozesses wurden zwei Repräsentanten dieser Gruppe, Carlos Manuel Prada González und Evelio Bolaños, ermordet. Weitere 77 Mitglieder wurden ermordet oder „verschwunden gelassen“³. Trotzdem konnte sich der CRS in das zivile Leben integrieren und sogar Abgeordnete in den Kongress entsenden.

Zwischen 1998 und 2002 fand der sogenannte Prozess von El Caguán statt – die Verhandlungen zwischen der Regierung unter Präsident Andrés Pastrana Arango und der FARC. Dieser fand in einer entmilitarisierten Zone, ein Gebiet von ca. 47.000 Quadratkilometer zwischen Mesetas, La Uribe, La Macarena, Villahermosa und San Vicente de Caguán, statt. Während der Verhandlungen gab es keinen Waffenstillstand zwischen der Armee und der Guerrilla. Die Entführung des Senators Jorge Eduardo Gechem Turbay durch die FARC führte schließlich zum Abbruch der Verhandlungen. Gleichzeitig fanden in Deutschland Verhandlungen mit dem ELN und Sektoren der Zivilgesellschaft statt, die zur Übereinkunft vom Kloster Himmelsporten (Würzburg) führten.⁴ Auch dieser Vertrag scheiterte und die bewaffneten Auseinandersetzungen und die Angriffe auf die Zivilgesellschaft wurden fortgesetzt. Im Jahr 2005 begannen die Regierung und der ELN sogenannte Vorgespräche, aber nach acht Runden wurde der Prozess vom ELN abgebrochen. Während der ersten Amtszeit von Álvaro Uribe begann 2002 der Prozess der Demobilisierung der Vereinigten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens

(AUC), des Dachverbands der paramilitärischen Verbände. Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Santa Fé de Ralito demobilisierten sich 2003 ca. 30.000 Mitglieder der paramilitärischen Gruppen. Vierzehn der hochrangigsten Chefs der Paramilitärs wurden 2008 wegen des Delikts des Drogenhandels an die USA ausgeliefert. Menschenrechtsgruppen waren damit nicht einverstanden, weil dadurch für deren Opfer die Wahrheitsfindung und die Entschädigung erheblich schwerer wurde. Nach der Demobilisierung der AUC haben sich neue paramilitärische Gruppen formiert, die der AUC in ihren Aktivitäten und militärischen Strukturen ähnlich sind, aber als kriminelle Banden bezeichnet werden.

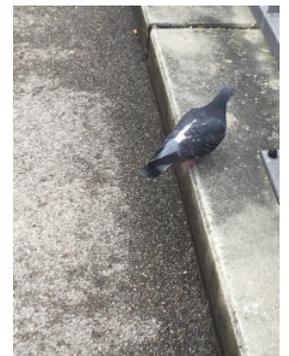
Der Verhandlungstisch in Havanna

„Diese Fahne des Friedens darf nicht nur ein politisches Symbol sein, um die Krise auszuhalten. Sie muss ein tiefergehendes Instrument sein, um die Krise zu lösen und zwar mit dem Volk und der Demokratie.“
(Carlos Pizarro)⁵

Mit dem Amtsantritt des Präsidenten Juan Manuel Santos beginnt in Kolumbien eine neue Etappe der Friedenssuche. Alfonso Cano, der Chef der FARC, veröffentlicht 2010 eine Pressemitteilung, in der er seine Absicht beteuert, mit der Regierung zu verhandeln. Auch Juan Manuel Santos lässt die Tür für Friedensverhandlungen offen. Die Vorgespräche begannen dann im März 2011. Im Oktober des gleichen Jahres wird in der Operation „Odisea“ Alfonso Cano getötet. Trotzdem liefen die noch geheimen



Paramilitärs (AUC)



Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen weiter. Am 26. August 2012 wurde in Havanna/Kuba das „Allgemeine Abkommen zur Beendigung des Konflikts und zum Aufbau eines stabilen dauerhaften Friedens“⁶ geschlossen, in dem sechs Themen für die Verhandlungen festgelegt wurden: integrale ländliche Entwicklung, politische Partizipation, die Beendigung des Konflikts, die Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Produktion, dem Handel und dem Konsum illegaler Drogen, das Thema der Opfer sowie die Implementierung, Verifizierung und Unterzeichnung der in den Verhandlungen vereinbarten Punkte.⁷ Am 8. Oktober wird der Verhandlungstisch formal in Oslo eröffnet. Als Mediatoren sind stets Kuba und Norwegen vertreten; Chile und Venezuela sind als Prozessbegleiter anwesend. Im Februar 2015 ernennen die USA auf Wunsch von Juan Manuel Santos zusätzlich Bernie Aronso zum Sonder-

Der Leiter der FARC-Friedensdelegation, Iván Marquez, vor Medienvertreter_innen in Havanna



gesandten der USA für den Friedensprozess.

Dieses Mal ist auf beiden Seiten ein Interesse zu erkennen, den Konflikt auf friedliche Weise zu beenden. Die FARC hat dazu betont, der Prozess des Dialoges sei eine Chance, einen friedlichen Ausgang aus den schwerwiegenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen zu finden, unter denen das kolumbianische Volk leidet.

Bisherige Übereinkünfte in den Verhandlungen

Nach mehr als zwei Jahren andauernden Verhandlungen ist es bereits zu Übereinkünften in drei der sechs Themen der Agenda gekommen:

1. Politik zur integralen ländlichen Entwicklung

Die beiden Parteien einigten sich auf eine umfassende Landreform⁸. Dabei verhandelten sie über sechs in dem „Allgemeinen Abkommen“ festgeleg-

ten Unterpunkte, die vor allem Fragen des Landbesitzes, der Förderung der ländlichen Entwicklung und der Ernährungssicherheit betreffen. Es sollen Mechanismen entwickelt werden, die auf demokratische Weise zur Transformation der Besitz- und Produktionsstrukturen beitragen. Als Teil dieser Maßnahmen ist die Einrichtung eines Fonds vorgesehen, der zur kostenlosen Verteilung von Land, dem Schutz des Landbesitzes der *campesinos*, für eine eigene Rechtsprechung für Agrarhelfer, eine Steuerreform, soziale Entwicklung und Maßnahmen zur Bekämpfung von Hunger benutzt werden soll.

2. Politische Partizipation

Auch diese Verhandlungen waren durch drei Unterpunkte in dem „Allgemeinen Abkommen“ vorstrukturiert. Sie sollen die politische Beteiligung allgemein verbreitern und vor allem den neuen Kräften demokratische Rechte verschaffen. Mit der Übereinkunft zu diesem zweiten Punkt⁹ wird die Integration der neuen Parteien und Bewegungen garantiert, die nach der endgültigen Unterzeichnung des Friedensvertrags entstehen. Außerdem soll Transparenz bei Wahlen durch verschiedene Maßnahmen garantiert werden. Schließlich wurde die Entwicklung eines Gesetzes beschlossen, das Organisationen der Zivilgesellschaft und politischen Bewegungen Sicherheit garantieren soll.

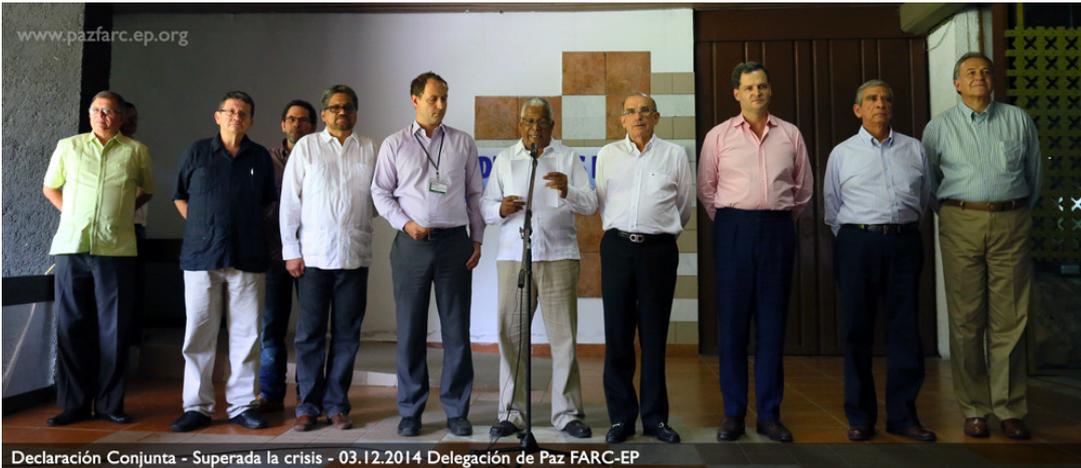
3. Lösung des Problems der illegalen Drogen

Die Verhandlungsgrundlage waren drei Unterpunkte in dem „Allgemeinen Abkommen“, in denen detailliert Fragen des Anbaus, des Konsums und des Handels illegaler Drogen beschrieben sind. Als Ergebnis dieser Verhandlungen verpflichteten sich die Parteien¹⁰, eine nachhaltige Lösung für das Problem des Anbaus von Pflanzen zu finden, die Grundlage für illegale Drogen sind. Insbesondere soll Unterstützung für *campesinos* angeboten werden, damit sie ihre illegalen Pflanzungen durch legale ersetzen. Außerdem wurden Maßnahmen gegen den Drogenkonsum beschlossen.

Aktuell werden die umfangreichen Themen Rechte der Opfer und Wahrheitssuche diskutiert¹¹. Bisher wurden drei regionale Foren und eines auf nationaler Ebene durchgeführt, in denen die Opfer ihre Forderungen einbringen konnten. Die Kommission zur Historischen Aufarbeitung des Konflikts gab ihren Bericht im Februar 2015 ab¹².

Was unterscheidet den Friedensprozess von La Habana von früheren?

Der Friedensprozess von Havanna rief anfangs alle möglichen Reaktionen hervor, von Ungläubigkeit und Missbilligung bis Zustimmung und totaler Unter-



Vertreter_innen der Friedensdelegationen der FARC (links) und der Regierung (rechts) verlesen ein gemeinsames Kommuniqué

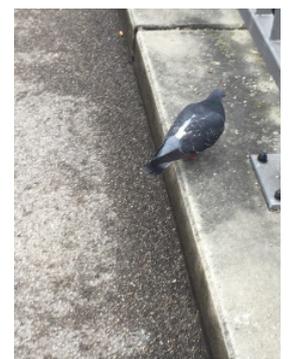
stützung aus den verschiedenen politischen Kreisen. Das „kolumbianische Volk“, der Teil, der nicht der Politik und dem Militär angehört, hat in seiner großen Mehrheit positiv reagiert. Unabhängig davon gibt es weitere Gründe zu glauben, dass dieser Friedensprozess zu einem erfolgreichen Ende führen kann. In den letzten Jahren ist die Guerilla der FARC schwächer geworden. Einige der wichtigsten Mitglieder ihrer militärischen Führung sind tot. Dies und einige Desertionen, wobei bedeutende Informationen in die Hände der Sicherheitskräfte gelangten, verschafften diesen eine beachtlichen strategisch-militärischen Vorteil.

Das bedeutet, dass diesmal der kolumbianische Staat gefestigter am Verhandlungstisch sitzt als in den früheren Prozessen. Mit den Vorverhandlungen und dem „Allgemeinen“ wurden die Themen, die innerhalb des Verhandlungsprozesses behandelt werden sollen, und die Regeln, die dabei gelten, klar festgelegt. Das zeigt, dass der aktuelle Prozess von Havanna das Ergebnis einer Strategie ist, die versucht den bewaffneten Konflikt in Kolumbien endgültig zu beenden. Es ist also mehr als ein politisches Linderungsmittel (paliativo).

Die Existenz eines gesetzlichen Rahmens - das Landrückgabe- und Opfergesetz und das Rahmengesetz für den Frieden - wurde allem Anschein nach in den Reihen der Guerilla positiv aufgenommen.¹³ Damit könnte der Ausgangspunkt für ein späteres Verfahren zur Demobilisierung, Entwaffnung und Wiedereingliederung der Mitglieder der FARC gefunden sein.

Julieht Marcela Martínez Alava wurde in Bogotá/Kolumbien geboren. Sie studierte Jura an der Universität Santo Tomás. Aktuell studiert sie „Friedens- und Konfliktforschung“ an der Philipps Universität Marburg. Seit November 2013 engagiert sie sich im „Münchener Arbeitskreis für Menschenrechte in Kolumbien“. Übersetzung: Christian Wimberger

- ¹ *Amnistía a las guerrillas liberales (1953). Centro de Memoria, Paz y Reconciliación; <http://centromemoria.gov.co/HechosDePaz/>*
- ² *Los Procesos de Paz, M19, EPL, PRT y Quintin Lame (1989-1991). Centro de Memoria, Paz y Reconciliación; <http://centromemoria.gov.co/HechosDePaz/>*
- ³ *Procesos de Paz CRS (1994). Centro de Memoria, Paz y Reconciliación. <http://centromemoria.gov.co/HechosDePaz/>*
- ⁴ *Nieto, Jaime Zuluaga. «El Eln y el gobierno nacional: por el camino de las negociaciones.» UN Periódico N° 86, 15 de Enero de 2006.*
- ⁵ *H.I.J.O.S (Dirección). (2012). CARLOS PIZARRO „Para que la vida no sea asesinada en primavera“. (Pensamientos para la paz) [Película].*
- ⁶ *Acuerdo General para la Terminación del conflicto y la construcción de una Paz estable y duradera <https://www.mesadeconversaciones.com.co/sites/default/files/AcuerdoGeneralTerminacionConflicto.pdf>*
- ⁷ *FARC-EP 50 Años.» s.f. <http://www.pazfarc-ep.org/index.php/cronologia-del-proceso#dos> (último acceso: 26 de Febrero de 2015)*
- ⁸ *Conversaciones, Mesa de. Mesa de Conversaciones. 21 de Junio de 2013. <https://www.mesadeconversaciones.com.co/comunicados/1er-informe-conjunto-mesa-de-conversaciones-la-habana-21-de-junio-de-2013> (Zugriff am: 26 de Febrero de 2015).*
- ⁹ *Mesa de Conversaciones. 12 de Junio de 2013. <https://www.mesadeconversaciones.com.co/comunicados/2do-informe-conjunto-punto-nro-2-de-la-agendamesa-de-conversaciones> (Zugriff am: 26 de Febrero de 2015).*
- ¹⁰ *Mesa de Conversaciones. 14 de Mayo de 2014. <https://www.mesadeconversaciones.com.co/comunicados/comunicado-conjunto-la-habana-16-de-mayo-de-2014> (Zugriff am: 26 de Febrero de 2015).*
- ¹¹ *Jaime, Aura Patricia Bolívar. «Las Silla Vacía.» 16 de Enero de 2015. <http://lasillavacia.com/elblogueo/blog/las-victimas-en-el-proceso-de-paz> (Zugriff am: 26 de Febrero de 2015).*
- ¹² *Lea el informe de la Comisión Histórica del Conflicto y sus Víctimas <http://www.caracol.com.co/noticias/actualidad/lea-el-informe-de-la-comision-historica-del-conflicto-y-sus-victimas/20150212/nota/2630075.aspx>*
- ¹³ *Revista Semana. «Por qué no es el Caguán.» Semana, 2012. <http://www.semana.com/nacion/articulo/por-que-no-caguan/263998-3>*



Erinnern und Vergessen in Peru

Deutungskampf um die Geschehnisse des bewaffneten Konflikts

Stella Wendlandt



El ojo que llora (Das Auge, das weint) – Gedenkstätte in Lima für die Opfer des bewaffneten Konflikts

Elf Jahre sind vergangen, seitdem die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Peru ihren Abschlussbericht veröffentlichte, um einen wichtigen Anstoß zur Auseinandersetzung und Aufarbeitung des bewaffneten Konflikts zu geben. Trotzdem herrscht in weiten Teilen der Gesellschaft ein geringes Bewusstsein über die Ereignisse zwischen 1980 und 2000, verbunden mit Vorurteilen gegenüber den betroffenen Akteur_innen und der Unkenntnis über die historischen Tatsachen. Auch die Regierungsseite scheint wenig Interesse daran zu haben, den Aufarbeitungsprozess voranzutreiben, im Gegenteil: Viele Initiativen aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum wurden und werden in ihrer Arbeit behindert, so dass der bewaffnete Konflikt bis heute keinen Eingang in ein nationales Gedächtnis finden konnte. Wie lässt sich dieses gesellschaftliche Phänomen erklären? Nicht weniger als 69.000 Menschen verloren in der Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen bei den Anschlägen der linksgerichteten Terrororganisationen Sendero Luminoso und des Movimiento Revolucionario Tupac Amará (MRTA) auf

der einen Seite und bei den staatlichen Vergeltungsmaßnahmen auf der anderen Seite ihr Leben. Viele der Opfer wurden bis heute nicht entschädigt, obwohl dafür eigene (staatliche) Institutionen gegründet wurden. Nur ein Bruchteil der Täter_innen, welche im Namen der Regierung töteten, folterten oder „verschwinden ließen“, wurden strafrechtlich verfolgt. Viele der Verurteilten wurden nach wenigen Jahren bzw. Monaten Haft wieder freigelassen. Damit einher geht das fehlende historische Bewusstsein bei großen Teilen der Bevölkerung Perus und insbesondere bei der Bevölkerung Limas. Wie kommt es, dass die Bemühungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission nur wenig oder gar keinen Rückhalt im gesellschaftlichen Bewusstsein gefunden haben?

In Peru findet ein Deutungskampf um die Geschehnisse des bewaffneten Konflikts statt. Dieser Kampf verläuft schwerpunktmäßig zwischen dem offiziellen Gedächtnis – zu dem die Regierung, das Militär sowie die politische und wirtschaftliche Elite zu zäh-

len sind – und einem inoffiziellen Gegengedächtnis, das vor allem von der Menschenrechtsbewegung getragen wird. Während erstere die Vergangenheit lieber ruhen lassen wollen und eine Strategie des Schweigens verfolgen, bemüht sich letztere um eine lückenlose Aufklärung der Verbrechen, die in dieser Zeit begangen wurden.

Was die Forderung nach Anerkennung und Entschädigung der Opfer und die Bestrafung der Täter_innen angeht, vertreten Regierung und Militär eine sehr einseitige Position. Die Gewaltakte des Militärs werden teilweise als notwendig und gerechtfertigt bezeichnet, da sie angeblich einzig dem Schutz der Zivilbevölkerung dienten, andererseits werden „Exzesse“ und „Fehlritte“ auf individuelle Entscheidungen einzelner Individuen, meist Soldaten, zurückgeführt: „Die Menschenrechtsverletzungen, die leider während des Krieges passierten, waren weder eine systematische Praxis, noch verordnet, noch inszeniert von den leitenden Ämtern der peruanischen Streitkräfte, sondern es waren Ereignisse, die auf rein individueller Entscheidung und Teilnahme beruhten ...“¹ Auch der aktuelle Präsident Ollanta Humala Tasso, der im Jahr 2000 als Offizier einen Putsch gegen Alberto Fujimori anführte, unterstützt die Institution des Militärs und bezeichnet sie als „eine der respektiertesten und geliebtesten im Landesinnern und auf nationaler Ebene“². Dementsprechend hält Humala eine Verurteilung der in die Menschenrechtsverletzungen involvierten Streitkräfte im Rahmen von gerichtlichen Prozessen für unangemessen, da sowohl die Institution als auch die Individuen, aus denen sie sich zusammen setzt, über höchste moralische Autorität verfügen: „Der Soldat ist wie ein Pfarrer, jenseits von Gut und Böse, und sein einziges Ziel ist es, die Erde zu erhalten, unsere Erde, für die viele gestorben sind [...] Deswegen ist es wichtig, über diese Themen zu diskutieren, in den dafür vorgesehenen Räumen, aber heben wir die Disziplin hervor, wo der Wert der Ethik und Moral über das Legale hinausgeht. [...] Moral und Ethik der Soldaten soll nicht einfach in gerichtlichen Prozessen verhandelt und verurteilt werden.“³ Der Präsident geht sogar so weit zu behaupten, dass sie ungerichterweise verurteilt werden von denjenigen, die „wenig oder nichts über das Leben im Militär noch über das Soldatenleben wissen“⁴.

Die vorherrschenden Deutungsmuster der jüngsten gewaltvollen Vergangenheit sind durch die Vertreter_innen des offiziellen Gedächtnisses geprägt und werden von breiten Teilen der Bevölkerung Limas sowie der Medienlandschaft übernommen. Sie haben somit wichtige Plattformen der Reproduktion gefunden. Wie ist dieses Kräfteverhältnis

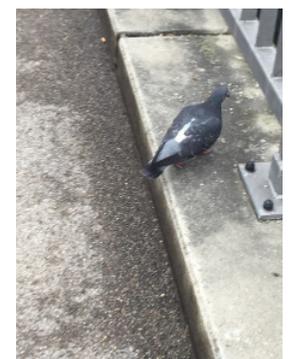
aus selektivem Erinnern und Vergessen zu erklären? Vier große Einflussfaktoren können in Bezug auf die aktuelle Erinnerungskultur in Lima genannt werden: das Gesellschaftsmodell, die politische Tradition, die gesellschaftliche Mentalität und die Menschenrechtsbewegung.

Das Gesellschaftsmodell: Einerseits lässt sich eine gesellschaftliche Fragmentierung beobachten, die ihren Ursprung in der kolonialen Ständegesellschaft hat, andererseits kann man auch eine geografische Aufteilung des Landes in Zentrum und Peripherie erkennen. Das Zentrum von Staatlichkeit, Kultur, Politik und Wirtschaft stellt zweifelsohne die Hauptstadt Lima dar; auf dem Land ist der Staat mancherorts kaum repräsentiert. Gleichzeitig verkörpert er die „weiße“ Kultur der Reichen und Herrschenden. Die ländlichen Gebiete werden als kulturell minderwertig und rückständig angesehen. Die gesellschaftliche Fragmentierung zeigt sich also vor allem in der ungleichen Machtverteilung und -teilhabe. Ähnlich wie in der Kolonialzeit sind Macht und Herrschaft sowohl geografisch als auch kulturell zentralisiert. Diese Zentralisierung führt zu Defiziten bei Bildung, Technologisierung, Infrastruktur und nicht zuletzt bei den demokratischen Partizipationsmechanismen in weiten Teilen des Landes. Mit der gesellschaftlichen Fragmentierung geht ein alle Gesellschaftsschichten durchdringender Rassismus einher, der sich im alltäglichen Miteinander widerspiegelt und von offizieller Seite durch abfällige Äußerungen von Politiker_innen, durch komödiantische Verzerrung der indigenen Kultur im Fernsehen⁵ oder durch die traditionelle Abwesenheit des Staates in der ruralen Peripherie verstärkt wird.

Die Leugnung einer tausendjährigen Kultur, welche nur noch in Museen oder in der Folklore einen Platz zu haben scheint und die damit einhergehende Weigerung, sich mit dieser Kultur zu identifizieren, befördert eine diskriminierende Haltung derjenigen, welche sich zu den „Bürgern erster Klasse“⁶, dem westlich orientierten, „weißen“ und gebildeten Peruanern zählen, gegenüber denjenigen, welche in ihrer



El ojo que llora Steine mit den Namen von Opfern





Protest gegen die rassistische TV-Serie „La paisana Jacinta“

scheinbaren Rückständigkeit und Unzivilisiertheit arm und indigen sind. „Weiß sein“ ist keine rein biologische Kategorie. Auch wenn die Hautfarbe und die Gesichtszüge nicht gänzlich unbeachtet bleiben, so spielt es vor allem eine entscheidende Rolle, nach welchem kulturellen Modell gelebt wird. Die Adaption westlich geprägter Lebensmodelle ist ein wichtiger Mechanismus, um gesellschaftlich aufzusteigen und Anerkennung zu erhalten. Dieser Umstand mag die Tatsache erklären, dass drei Viertel der Opfer des bewaffneten Konflikts – indigen, arm und quechua- oder aymarasprachig – weder vom Staat noch von der Gesellschaft in Lima (an-)erkannt und entschädigt werden.

Auch die **politische Tradition** in Peru beeinflusst die Aufarbeitungsbemühungen bzw. die Erinnerungspraktiken. Die politische Ordnung ist von einem steten Wechselspiel demokratischer und autoritärer Elemente geprägt. Bis heute weist die formelle Demokratie Perus autoritäre Züge auf, was sich beispielsweise in dem starken Einfluss des Militärs widerspiegelt: In der peruanischen Verfassung ist die Institution des Militärs als „vormundschaftliche Kraft“ (*fuerza tutelar*) verankert. Der Soziologe Julio Cotler spricht auch von der „fünften Macht“ im Staat, die als Garant der Verfassung fungiert.⁷

Wie bereits deutlich wurde, stellen die Streitkräfte auch für Humala ein unverzichtbares Instrument für die Durchsetzung politischer Interessen dar: soziale Massenproteste werden beispielsweise mit Militäreinsätzen beantwortet oder die letzten Überbleibsel von Sendero Luminoso im Kokaanbaugebiet VRAE (Valle de los Ríos Apurímac y Ene) mit militärischen Mitteln bekämpft. Mit dem Einsatz von Gewalt geht

die Kriminalisierung Andersdenkender einher. Da die Regierung auch eine weitgehende Kontrolle über die Massenmedien besitzt, wird ihre Sicht auf die protestierenden Massen, die meist aus der ärmeren Unterschicht stammen und nicht selten eine indigene Identität besitzen, als Kriminelle und Terrorismussympathisant_innen mit Erfolg in der öffentlichen Meinung der Limeños verankert. Die Fixierung auf das Militär hängt nicht zuletzt mit dem Machtvakuum zusammen, welches bis heute nicht durch eine konsolidierte Parteienlandschaft ausgefüllt werden konnte. Die Parteien in Peru waren und sind ausnahmslos schwach und kurzlebig. Das gilt im lokalen Bereich und auch für die nationale Ebene. Ihre von Partikularinteressen geleiteten Politiker_innen scheinen nicht in der Lage zu sein, die Forderungen der Zivilbevölkerung zu kanalisieren. Dementsprechend hat sich der Widerstand gegen die regierungspolitische Position nicht in der Parteienlandschaft, sondern in zivilgesellschaftlichen Bewegungen formiert. Die ungleiche Verteilung von Macht und Einfluss, welche sich auch in der weitgehenden Kontrolle der politischen Elite über die Massenmedien widerspiegelt, hat demnach auch Auswirkungen auf die Rezeption und Deutung der peruanischen Geschichte.

Ein dritter Faktor in Bezug auf die Erinnerungspraktiken ist die **gesellschaftliche Mentalität**. Unter dem Begriff der gesellschaftlichen Mentalität verstehe ich die Verfestigung einer bestimmten Haltung und eines bestimmten (Denk-)Verhaltens. Es geht um bewusste und unbewusste kognitive und emotionale Prozesse. Die über einen längeren Zeitraum geschaffenen Verhaltens- und Denkmuster sind schwer zu durchbrechen und stellen diejenigen, die einen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen wollen, vor große Herausforderungen. Rassismus und Gleichgültigkeit sowie die politische Kultur sind verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen Mentalität⁸. Der Rassismus auf gesamtgesellschaftlicher Ebene macht eine solidarische Haltung zu den geografisch und kulturell weit entfernten Opfern des bewaffneten Konflikts unmöglich. Stattdessen herrschen Gleichgültigkeit und Verachtung vor. Diese Haltung wird auf der offiziellen Ebene, von den Massenmedien oder von politischen Prominenten, aber auch in der Erziehung und im Alltagsleben reproduziert und beeinflusst stark die Wahrnehmung bei den Bürger_innen Limas. Auch die staatliche Repressionspolitik hat offensichtlich dazu geführt, dass gesellschaftlicher Widerstand teilweise gar nicht erst entstehen kann aus Furcht vor Ausgrenzung und anderen negativen Sanktionen. Die allgemeine Zufriedenheit der Peruaner_innen mit dem demokratischen System ist vergleichsweise niedrig⁹ und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen ist

sehr schwach ausgeprägt. Dies hat einerseits dazu geführt, dass sich die Zivilgesellschaft außerhalb des formellen politischen Systems organisiert und eigene Institutionen bildet, in denen politische Meinungsbildung vollzogen wird. Andererseits ist – nach dem offensichtlichen Scheitern der demokratischen Regierungsweise – eine autoritär geprägte politische Kultur entstanden, d. h. eine hohe Akzeptanz autoritärer Regierungsmuster.

Was hat die politische Kultur nun mit der Erinnerungskultur in Lima zu tun? Einerseits ruft der Einsatz staatlicher Gewalt gewaltsame Antworten der Zivilgesellschaft hervor. Diese Gegengewalt wiederum wird von offizieller Seite genutzt, um die sozialen Protestbewegungen per se zu delegitimieren. Die allgemeine Kriminalisierung sozialer Bewegungen – dazu sind auch die Anhänger_innen der Menschenrechtsbewegung zu zählen – führt zu einer Abwehrhaltung unter der nicht betroffenen Bevölkerung. Und dies hat letztlich auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung der meisten Opfer des bewaffneten Konflikts, der Menschen also, die nicht in Lima leben, andere Bedürfnisse haben, meist ärmer sind und in vielen Fällen Quechua sprechen. Die Identifikation „der Anderen“ als gewalttätig und kriminell hat also auch Auswirkungen auf die Erinnerungspraktiken, in diesem Fall auf die Sichtweise auf die Opfer des bewaffneten Konflikts.

Zuletzt ist **die Menschenrechtsbewegung** als vierter wichtiger Einflussfaktor auf die Erinnerungskultur in Lima zu nennen. Das sichtbarste Ergebnis dieses Einflusses stellt die Wahrheits- und Versöhnungskommission CVR dar. Ohne den Druck der lokalen Menschenrechtsorganisationen, gepaart mit internationaler Unterstützung, wäre wohl keine Wahrheits- und Versöhnungskommission gegründet worden. Obgleich die Menschenrechtsbewegung relativ machtlos gegenüber regierungspolitischen Entscheidungen ist, begünstigte der spektakuläre Regimekollaps im Jahr 2000 ein Umdenken in Richtung Demokratie und den Schutz der Menschenrechte. Der Politikwissenschaftler und Soziologe Martín Tanaka stellt fest, dass nach dem Fall des Fujimori-Regimes kein hegemonialer Akteur mehr die politische Bühne beherrschte, sondern dass es zu einer Erhöhung des politischen Wettbewerbs zwischen schwachen politischen Akteuren gekommen ist, der bis heute anhält.¹⁰ Auch auf institutioneller Ebene kam es durch den Einfluss der Menschenrechtsbewegung zu einigen Veränderungen. Auf Empfehlung der CVR hin wurde die CMAN (Multisektorielle Hohe Kommission) und der CR (Reparationsrat) von staatlicher Seite gegründet, um den Reparationsprozess für die Opfer des bewaffneten Konflikts anzustoßen. Der aktuelle Präsident Ollanta Humala hat

das Justizministerium um eine Sektion speziell für Menschenrechte erweitert und das Gesetz der Voranfrage (Ley de Consulta Previa) verabschiedet, welches den indigenen Völkern das Recht auf Anhörung einräumt vor legislativen oder administrativen Maßnahmen, die ihre kollektiven Rechte, ihre kulturelle Identität oder Lebensweise beeinträchtigen könnten.

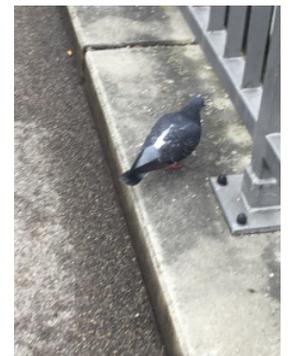
Trotz dieser vielversprechenden Maßnahmen von



Präsident Ollanta Humala pflegt die Beziehungen zu den Streitkräften

staatlicher Seite ist die peruanische Gesellschaft von sozialer Ungleichheit, Rassismus, Armut und Machtkonzentration geprägt. Formell setzt sich die Regierung für mehr Demokratie und Menschenrechte ein, in der Praxis jedoch erweisen sich viele staatliche Initiativen als nicht nachhaltig (kollektive Reparationen) oder ungenügend (begrenzte Aufnahme von Opfern in das staatliche Zahlungsregister der Reparationen). Auch wenn Präsident Humala international für die Verabschiedung des Gesetzes Ley de Consulta Previa gelobt wird, zeugen die anhaltenden sozialen Konflikte in von Bergbau betroffenen Regionen von einer anderen Realität.

Ausblick: Angesichts der aktuellen Lage spricht Einiges dafür, dass das hegemoniale Gedächtnis den Kampf um die Deutungshoheit gewinnen könnte. Einerseits stützt es sich auf eine breite Machtbasis aus Militär, den Massenmedien und dem Bildungssystem, andererseits kann sich der politische Widerstand nur jenseits der offiziellen politischen Parteien formieren, welche seit jeher eine schwache Stellung und relative Kurzlebigkeit aufweisen. Außerdem herrscht in der Bevölkerung eine relativ hohe Akzeptanz autoritärer Machtstrukturen, so dass die politischen Autoritäten keinen massiven Widerstand bei undemokratischen Maßnahmen fürchten müssen. Dies hängt allerdings auch eng mit dem Motiv der persönlichen Betroffenheit zusammen. In Peru konnte bislang kein nationales kollektives Gemeinschaftsgefühl hervorgebracht werden. Der





El ojo que llora (Das Auge, das weint) Gedenkstätte in Lima für die Opfer des bewaffneten Konflikts
Quelle: La Andina

allgegenwärtige Rassismus verhindert ein Gefühl der Solidarität für die Opfer von Gewalt, die eine andere kollektive Identität als die eigene besaßen und besitzen.

Wenn die traditionell benachteiligten Bevölkerungsschichten nun weiter diskriminiert und entrechtet werden, so dürfte der Widerstand aus der nicht betroffenen Bevölkerung relativ gering sein.

Es könnte aber auch anders kommen. Anlass zur Hoffnung kann die Tatsache geben, dass die Zivilgesellschaft bereits heute hoch organisierte Strukturen aufweist. Auch die neuen Medien tragen zu einer wachsenden Sichtbarkeit und Organisationsfähigkeit bei und können helfen, einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins herbeizuführen. So könnte der gesellschaftliche Umbruch von unten kommen und sich von dort bis in die höchsten politischen Ebenen ausbreiten.

Diese Entwicklung hat bereits begonnen: Aufgrund des Unvermögens der staatlichen Institutionen, die zivilgesellschaftlichen Forderungen und Bedürfnisse in einer angemessenen Politik zu bündeln und somit in einen konstruktiven Dialog mit der Bevölkerung zu treten, haben sich alternative Institutionen und Bewegungen gebildet, welche parallel und teilweise sogar in Konkurrenz zu den offiziellen staatlichen Institutionen funktionieren und die bürgerlichen Interessen aufgreifen.

Diese Initiativen auch und vor allem im Bezug auf die Aufarbeitung des bewaffneten Konflikts sind im Wachstum begriffen und haben über Menschenrechts-NGOs und andere unabhängige Institute Eingang in das Bildungssystem, in Schulen und Universitäten gefunden. Außerdem üben supranationale Institutionen wie der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte zusätzlichen Druck auf die na-

tionale Regierung aus und stellen ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung internationaler Standards dar. Von internationalen Standards ist Peru freilich noch weit entfernt. Die Straflosigkeit der staatlichen Akteure ist stattdessen der Normalfall.¹¹

Stella Wendlandt hat sozialwissenschaftliche Konfliktforschung studiert. Der vorliegende Artikel basiert auf ihrer Masterarbeit. Ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit war die Auswertung von Interviews mit Vertreter_innen der Menschenrechtsbewegung.

- 1 Comisión Permanente de Historia del Ejército: *En honor de la verdad*, Lima 2010, S.299.
- 2 Vgl.: Rede des Präsidenten während seiner Teilnahme am Forum "Die innovative Rolle der Streitkräfte und der Nationalen Polizei Perus bei der sozialen Inklusion" in Lima vom 26.11.12, <http://www.presidencia.gob.pe/discurso-del-presidente-de-la-republica-ollanta-humalata-ssso-durante-su-participacion-en-el-foro-rol-innovador-de-las-fuerzas-armadas-y-de-la-policia-nacional-del-peru-en-la-inclusion-social> (Stand: 09.03.15).
- 3 Vgl.: Rede des Präsidenten am Tag des peruanischen Militärs in Ayacucho vom 09.12.11, <http://www.presidencia.gob.pe/discurso-del-presidente-de-la-republica-ollanta-humala-por-el-dia-del-ejercito-peruano/pdf> (Stand: 09.03.15).
- 4 Vgl.: Rede des Präsidenten während der feierlichen Zeremonie des Tags der Streitkräfte vom 24.09.12 in Lima, <http://www.presidencia.gob.pe/discursos-del-presidente/blog?limitstart=515> (Stand: 09.03.15).
- 5 Ein prominentes Beispiel ist die Serie „La Paisana Jacinta“ (Die Bäuerin Jacinta), in der ein als India verkleideter Mann die andine Kultur als rückständig, primitiv und lächerlich karikiert.
- 6 Diesen Begriff prägte der damalige Präsident Alan García, als er im Zusammenhang mit sozialen Protesten der armen Landbevölkerung von „Bürgern zweiter Klasse“ sprach.
- 7 Alberto Flores Galindo: *La tradición autoritaria*, Lima 1999, S. 34.
- 8 Unter politischer Kultur wird generell „... die subjektive Dimension der Politik und [...] allgemein das Verteilungsmuster aller Orientierungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System als der Summe aller Institutionen [verstanden].“ Vgl.: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40357/politische-kultur> (Stand: 03.03.15).
- 9 Julio F. Carrión/Patricia Zárate: *Cultura política de la democracia en Perú 2010. Consolidación democrática en las Américas en tiempos difíciles*, IEP/Vanderbilt University, Lima 2010, S. 95.
- 10 Martín Tanaka: *Democracia sin partidos. Perú 2000-2005: los problemas de representación y las propuestas de reforma política*, Lima 2005, S. 27.
- 11 Esteban Cuya: „Las comisiones de la verdad en América Latina“, Link: <http://www.derechos.org/koaga/iii/1/cuya.html> (Stand: 05.03.15).



LGBT-Demonstration in Tegucigalpa

Den Kampf aufgeben, ist keine Option!

Gespräch mit dem honduranischen LGBT-Aktivisten Donny Reyes

Interview, Transkription, Übersetzung: Eva Bahl, Christian Wimberger, Eberhard Albrecht

Donny Ramón Reyes, Aktivist für Menschenrechte schwuler, lesbischer, bi- und transsexueller Menschen in Honduras, war von Mai 2014 bis Januar 2015 Gast der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte. In einem Gespräch im August 2014 in München erzählte er die Geschichte seines von Aktivismus geprägten Lebens.

Es wird häufig versucht, die Menschenrechte von LGBT-Personen getrennt vom Thema der Menschenrechte im allgemeinen zu sehen. Wieso eigentlich? Von Menschenrechten sprechen, heißt von Menschen sprechen. Wir sind doch Menschen. Eigentlich sollten wir nicht unseren individuellen Kampf führen müssen für unsere Individualität, sondern unsere Lebensträume erfüllen.

Wir LGBT-Personen haben in unserem Land ernsthafte Schwierigkeiten zu überleben. Das ist auch der Grund, weshalb ich mich der organisierten LGBT-Bewegung angeschlossen habe. Heute bin ich Teil der

Asociación para los Derechos Humanos Arcoiris¹. Unser Thema ist die permanente Anklage.

In unserem Land gibt es mehrere LGBT-Organisationen, aber alle beschäftigen sich mit dem Thema Gesundheit, mit HIV/AIDS und Prävention, was unserer Meinung nach sehr wichtig ist. Für uns bedeutet das Thema der Menschenrechte allerdings mehr, als sich mit AIDS zu beschäftigen.

Es geht um viel mehr: Zugang zum Gesundheitswesen, Gesundheitsvorsorge, Zugang zu Bildung, Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit, die uns verwehrt werden. Grundlegend für unsere Arbeit ist es geworden, die Würde von Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen zu gewinnen. Denn in uns LGBT-Personen sieht man nur Unrat, als ob wir keine Rechte hätten. Immer werden wir auf das Grässlichste behandelt. Immer musst du den anderen vorspielen, der zu sein, den sie sehen wollen und du darfst nicht der sein, der du wirklich bist.

Wir stellen uns immer wieder die Frage, was mit den



Erwachsenen passiert, den alt gewordenen Schwulen und Lesben in Honduras? Wo sind sie? Wir wissen es nicht. Es ist wie ein großes Rätsel. Es ist uns mit der Zeit immer klarer geworden, dass unsere Leben sehr kurz sind. Wir werden nicht 70 Jahre alt. Es gibt ganz wenige Schwule, die 50 werden oder älter, ganz zu schweigen von Transgender- oder Transsexuellen Personen. Sie werden 30 und viele noch nicht einmal das. Lesbische Frauen, wie andere Frauen auch, haben eine höhere Lebenserwartung als die Männer. Das ist die große Frage. Wo sind wir älteren Männer und Frauen? Wer schaut nach uns? Warum sterben wir so jung? Wir können da nur spekulieren. Wir haben dazu noch keine Studie. So etwas zu machen wäre sehr interessant. Nach unserer Hypothese gibt es mehrere Gründe:

Einer ist die Gewalt, die schon immer vor allem das Leben von schwulen Männern und Transsexuellen ausgelöscht hat. Ein anderer ist die große Zahl der Frauenmorde². Wir sind sicher, dass es einige Fälle gibt, wo die ermordeten Frauen lesbisch waren. Dann ist da noch die Migration, wenn man älter wird. In Honduras bist du mit 30 schon alt. Ich kann mir vorstellen, dass viele mit 30 emigrieren, vorwiegend in die USA. Dort hoffen sie leben zu können. Andere leben ihre Sexualität nicht mehr öffentlich, um der Scham und der Ablehnung durch die Familie zu entgehen.

Was Homophobie in der Familie betrifft, kann ich mich gut daran erinnern, wie meine Brüder beim Fernsehen sagten: „Guck dir den Schwulen an! Wenn so etwas bei uns vorkommt, bringen wir ihn besser um, bevor er uns Schande macht.“ Und Papa sagte: „Also ich hätte lieber eine Rolle Draht als einen Schwulen. Mit einer Rolle Draht kann man das Haus umzäunen, mit einem Schwulen kann man nichts machen“. So etwas bringt einen moralisch und emotional um. Man fragt sich „Was ist hier los? Warum

bin ich anders?“ Übereinstimmend haben wir alle die Erfahrung gemacht, dass wir schon früh, mit 10, 12 Jahren, daran gedacht haben von zuhause wegzulaufen oder uns das Leben zu nehmen. Wir flüchteten ins Spirituelle, wurden religiös und dachten ans Emigrieren. Und die, denen nichts von alledem gelang, blieben zu Hause und versuchten sich Zuneigung zu erkaufen. Solange man zum Haushalt beiträgt, Miete und Elektrizität zahlt, zum Essen beiträgt, werden keine Fragen gestellt. Wenn man nichts zahlt, dann gibt es Probleme. Dann wird von der Familie Druck ausgeübt: „Du müsstest dir eine Wohnung suchen, eine Frau suchen, die bereit ist dich zu heiraten.“

Ich bin in relativ stabilen Familienverhältnissen aufgewachsen, mit Vater, Mutter und acht Geschwistern. Wenn man Kind ist und arglos, hat man es oft schwer. Kinder sagen die Wahrheit ohne darüber nachzudenken und meine Geschwister haben mir Sachen gesagt, die sehr hart waren. Aber das haben sie nicht getan, weil sie mich nicht mochten, sondern weil es ihre Art war, das auszudrücken, was sie wahrnahmen und was man ihnen beigebracht hatte. So war es auch mit meinem Vater und mit meiner Mutter.

Besonders schwer hatte ich es mit meinem Vater. Er ist ein Supermacho, geprägt von dem Weltbild einer fundamentalistischen Kirche. Ich behaupte nicht, dass er mich nicht mochte, es war eben seine Art mich zu beschützen. Damit war er aber weit davon entfernt, mir zu helfen. Er hat mir schwer geschadet. Er hat mich als Sohn abgelehnt und es war und ist für ihn immer noch schwer zu akzeptieren, dass er einen homosexuellen Sohn hat. Meine Mutter ist wesentlich verständnisvoller. Sie hat sich organisiert und arbeitet mit anderen Frauen zusammen. Sie hat sich weitergebildet. Bei meinen Schwestern ist es auch so, dass sie verstanden haben, dass es unterschiedliche Lebensformen gibt. Das bedeutet, dass ich heute eine sehr verständnisvolle Familie habe.

Als ich acht oder zehn Jahre alt war, wollte ich nicht mehr leben. Wir sind neun Geschwister und ich war der Liebling meiner Großmutter, der Mutter meines Vaters, die mit uns zusammen lebte. Meine Großmutter beschützte mich immer, ich war ihr Ein und Alles. Obwohl sie viele Enkel hatte, nahm sie immer mich mit zum Einkaufen auf den Markt. Oder wenn sie in eine andere Stadt fuhr, nahm sie mich mit. Ich war etwa zehn, als sie starb, und ich wollte mit ihr sterben. Ich wollte nicht allein weiterleben, denn ich war mir sicher, dass Mama und Papa mich nicht liebten. Wenn mein Papa mich bestrafen wollte, hatte sie mich beschützt.

Wir sind eine arme Familie. Als ich ein Kind war, ging meine Mutter Wäsche waschen und mein Vater war Schuster. Mit dem was sie damit verdiente,

In den Räumen von
ARCOIRIS



mussten die vielen Kinder ernährt werden. Mit 16 bin ich deshalb illegal in die USA gegangen. Auf meinem Lebensweg gab es viele Momente der Traurigkeit und Einsamkeit. Viele Jahre lang fühlte ich sie wie ein schwarzes Loch in meinem Magen. Ich bekam keine Antworten. Wen soll man auch fragen in einer homophoben, machistischen und frauenfeindlichen Gesellschaft? Ich wollte ein ganz normales Kind – normal im Sinne einer heteronormativen Weltsicht – wie alle anderen sein. Das ging aber nicht, ich war eben kein heterosexuelles Kind. Wie ich schon erzählt habe, bin ich mit 16 von Mexiko über die Grenze in die USA gegangen. Bis ich 28 war, habe ich immer gesagt, dass ich dem Mann, der mich dabei geführt hat, sehr dankbar bin. Ich habe immer gesagt, er war ein wahrhaftiger Engel in meinem Leben. Ich habe mich immer wieder gefragt: „Warum hat der Mann das getan?“ Obwohl ich mich schon mit Freunden unterhalten hatte, die von ähnlichen Erlebnissen berichteten - nur dass sie dabei Drogen transportieren mussten. Ich antwortete: „Bei mir war es auch so, der Mann ließ mich den Rucksack tragen“. „Also warst du Drogenkurier!“ - und ich stand da mit offenem Mund. Mein Vater hat uns gezwungen, nach dem Schulabschluss das Schuhmacherhandwerk zu lernen. Mir gefiel das nicht, ich wollte immer Schneidern lernen.

Schließlich bin ich, wie gesagt, in die USA. Von dort kehrte ich zwei, drei Jahre später zurück, aber nicht mehr nach Hause, sondern ich ging nach Tegucigalpa. Dort begann ich bei der organisierten Schwulenzbewegung mitzumachen. Damals, 1996, gab es die Gruppe PRISMA. Sie schotteten sich ziemlich ab, man kam nur mit Empfehlung und mit dem richtigen Codewort an der Tür hinein. Zwei, drei Jahre später verschwand PRISMA als Organisation und später bildete sich dann Arcoiris. Damals ging es mir darum, mir einen Freiraum zu schaffen und ich begann in der LGBT-Bewegung aktiv zu werden. Bis dahin war ich zu Veranstaltungen gegangen, hatte mich manchmal an Aktionen beteiligt, war aber nicht aktiver Teil der Bewegung gewesen. 2003 trat ich ein, um die Gründung von Arcoiris zu unterstützen. Wir, Denis, Ricardo und eine transsexuelle Genossin, wollten nicht nur zu AIDS arbeiten sondern zu den Menschenrechten im allgemeinen. Außerdem war uns wichtig, dass Transsexuelle und Lesben, die keinen Ort hatten, wo sie hingehen konnten, dabei waren. Mit dieser Idee haben wir 2003 begonnen und bis heute hat sich die Gruppe behauptet. Unser Ziel ist es, für das Empowerment der LGBT-Gemeinde zu arbeiten. Wir wollen ihre Problematik aus der sozialen Perspektive sichtbar machen, weg von dem medizinischen Blickwinkel, weg von Tabletten und Behandlungen. Wir sind der Ansicht, dass LGBT-Personen in einer Situation der Exklusion leben, weil ihnen die Eigenverantwortung verwehrt wird. Bei unserer Ar-



In den Räumen von ARCOIRIS

beit bedienen wir uns der öffentlichen Anklage, bzw. befähigen wir die Personen dazu, Anzeigen zu erstatten und/oder öffentlich Anklage zu erheben. Wenn es mehr Anzeigen gibt, muss das irgendwann eine Wirkung haben.

Ein anderer Aspekt unserer Arbeit ist die Dokumentation. Wir haben verschiedene Untersuchungen über die Hassverbrechen in Honduras gemacht. Das ändert natürlich zuerst einmal nichts, es gibt sogar gewisse Rückschritte. Unser größtes Problem ist, dass wir durch unsere Arbeit verletzlicher geworden sind, denn es ist nicht das Gleiche, wenn ich sage, ich brauche mehr Kondome, wie wenn ich fordere, dass wir weniger ermordet werden.

Das ist heute unsere Arbeit. Die Geschichte ist schnell erzählt, aber dahinter stehen viele Jahre mit traurigen Erfahrungen, aber auch mit glücklichen. Wie die, einen Freiraum wie das Haus von Arcoiris zu haben, von dem alle sagen, es sei ihr zweites Zuhause. Einige Freunde sagen sogar, dass Arcoiris sie süchtig mache. Einfach weil es ein Ort ist, wo sie mit ihrem Freund hingehen können und sich wohlfühlen, weil sie zusammen sind mit Menschen, die wie sie sind.

Einmal kam eine Familie, eine Mutter mit ihrer Schwester und ihrer Tochter und einem Mann. Sie verkündeten, dass sie Arcoiris anzeigen würden, weil dort Minderjährige zugelassen seien. Das sei gegen das Gesetz, weil die Jugendlichen dadurch verdorben würden. Ich fragte: „Worum geht es Ihnen, meine Dame?“ Sie sagte: „Mein Sohn versteckt sich jeden Nachmittag hier.“ Ich entgegnete: „Er kann sich hier nicht verstecken, denn dies ist kein Versteck, sondern ein öffentlicher Ort. Sie können auch kommen und es selbst sehen.“ Sie fragte dann: „Aber was macht er hier? Ist er homosexuell?“ und



ich antwortete: „Ich weiß es nicht, sprechen Sie mit ihm. Mit ihm müssen Sie sprechen, nicht mit mir.“ Sie gebrauchte starke Worte und warf uns alle möglichen Beleidigungen an den Kopf. Dann zeigte sie uns an, was aber ohne Konsequenzen blieb. Wir tun ja nichts, was verboten wäre. Heute ist die Frau Mitglied der Gruppe der Mütter schwuler Söhne bei Arcoiris.

Nachdem ich viele Jahre an der Spitze der Organisation gestanden habe, haben sich viele Aggressionen



LGBT-Demonstration in Tegucigalpa

auf mich konzentriert. Deshalb mussten wir unsere Arbeitsstrategie neu ausrichten, vor allem die Arbeit stärker aufteilen. Ich bin so etwas wie das Gesicht der Gruppe nach außen, aber intern koordiniert wird die Gruppe von zwei Genoss_innen. Das hat die Arbeit von Arcoiris sehr erleichtert. Ich mache die Öffentlichkeitsarbeit und die anderen können diskret, risikofreier und ohne von der Presse belästigt zu werden ihre Arbeit machen. Damit erreichen wir heute viel.

Im Jahr 2008 bin ich von der Polizei verhaftet und in der Haft vergewaltigt worden. Ich habe das angezeigt und war damit der erste Homosexuelle, der ein Mitglied der Polizei vor Gericht gebracht hat. Ich habe nicht nur bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, sondern bin auch in die Öffentlichkeit gegangen. Ich habe Interviews gegeben und so viel wie irgend möglich publiziert, damit die Leute erfahren, dass die Polizei verantwortlich ist für viele Verbrechen, die an Homosexuellen verübt werden. Das provozierte Drohungen und Mordversuche und ich bin sicher, dass repressive Kräfte dahinter stehen, besonders die Polizei. Im Jahr 2009 haben wir den ersten Bericht über die „Hassverbrechen“ gemacht.³ Wir waren damals mitten im Staatsstreich. Wir haben festgestellt, dass 60 % der Verbrechen, die wir belegen konnten, von Angehörigen der Polizei oder der Streitkräfte verübt worden waren. Der Staat ist also direkter Komplize und wenn du das anprangerst, gehst du natürlich ein großes Risiko ein. Die Situation seit dem Staatsstreich 2009 hat sich fundamental geändert! Es ist alarmierend und ich

frage mich, was noch passieren kann. Wir sind zurückgewichen, leben unsere sexuelle Orientierung nicht mehr öffentlich, wir haben organisierte Freiräume wieder geschlossen. Zahlreiche Menschenrechtsverteidiger_innen, Aktivist_innen und Führungspersönlichkeiten der LGBT-Bewegung mussten das Land verlassen, sie sind geflohen. Denken wir an die Straflosigkeit, ja sie war vorher schon hoch, aber jetzt ist sie 100%! Überall Rückschritte: bei den Menschenrechten, beim Respekt individueller Freiheiten. Und es wird vieles kriminalisiert: das Recht auf Protest, das Recht, Anzeige zu erstatten und das Recht, aktiv zu werden. Es gibt weniger Menschenrechtsverteidiger_innen, weil sie emigriert sind. Und auch wir in der Schwulenbewegung werden täglich weniger und zurückhaltender. Wer will schon Opfer eines Überfalls werden, wobei er oder ein Angehöriger sein Leben verlieren kann? Wer will, dass sich die Familie abwendet, wenn du eine Sache verteidigst, von der viele Leute glauben, sie sei Unrecht? Es ist eine totale Rückentwicklung, die alle überfordert.

Diejenigen, die heute Unterstützung bei Arcoiris suchen, sind sehr jung. Und wenn ich mich mit ihnen dann unterhalte, dann höre ich meine eigene Geschichte von vor zwanzig, dreißig Jahren. Nichts hat sich geändert. Ich weiß, dass die großen Änderungen, die wir gewollt haben, uns nicht gelungen sind und ich weiß, dass wir mehr gewollt haben. Aber das Wenige, das geschehen ist ... Vor 2009 hatte es niemals eine Demonstration von Schwulen in Honduras gegeben. Zum 17. Mai 2009, also noch vor dem Staatsstreich, riefen wir zu einer Kundgebung auf, wo wir die Einrichtung eines Tages gegen die Homophobie forderten. Wenn es hoch kommt, waren 30 bis 40 Leute auf dieser ersten Demonstration, aber wir wären auch mit zwei zufrieden gewesen. Bei der nächsten Kundgebung, 2010, kamen aus gleichem Anlass 200 und in diesem Jahr (2014) waren wir mehr als 600. Wir sind der Meinung, das hat sich gelohnt. Für den 28. Juni des gleichen Jahres 2009 hatten wir erstmals die Genehmigung für eine Feier auf dem zentralen Platz von Tegucigalpa bekommen. Wie jedes Jahr wollten wir den Tag des Gay Pride mit Theater und Umzügen feiern. Niemals zuvor hatte uns die Stadtverwaltung dafür den Zentralplatz genehmigt.

Aus all dem wurde nichts, es gab weder Festival noch Theater, sondern es kam der Staatsstreich. Damit begann ein neues Kapitel, unser Weg hinein in die organisierten sozialen Bewegungen. Das war hart, weil wir mit Ablehnung empfangen wurden. Aber mit Arbeit, Beharrlichkeit und Ausdauer haben wir eine halbe Anerkennung erreicht. Vielleicht weniger als eine halbe.

Man sollte eigentlich annehmen, dass Frente und

LIBRE für die LGBT-Gemeinschaft offen sind. Das stimmt aber nicht mit unseren Erfahrungen überein. Wir haben der Frente⁴ angeboten, sie in Sachen der sexuellen Vielfalt weiterzubilden. Die Antwort war: „Klar, das machen wir.“ Dann ging es aber fast noch zwei Monate hin und her, bis zum Tag der Weiterbildung. Es kamen irgendwelche Leute, aber niemand aus dem Führungskreis. Wir haben verstanden, dass es ein Thema war, das ihnen weder behagte, noch sie interessierte. Wir haben dann die geschult, die uns geschickt wurden. Ja, es ist aufwärts gegangen und wir haben zusätzliche Räume gewonnen. Das gelang mit Anstrengungen, Ausdauer, Opfern und Demonstrationen. Das erinnert mich an die ersten Demonstrationen, als wir an den Barrikaden der Soldaten vorbei zogen und die Leute anfangen „Arschficker“⁵ zu schreien. So geht das nicht, sagte ich ihnen und erklärte ihnen warum: „Die Arschficker sind hier unter uns.“ Sie schauten mich an und fragten mich, was sie stattdessen zu den Soldaten sagen sollten. „Man muss erfinderisch sein, man muss neue Parolen erfinden. Sonst sind wir dumme Maschinen, die den Machismo wiederholen und das führt zu nichts.“ Dann haben wir etwas erfunden und es entstand die berühmte Parole „Estudiar y aprender para chepo nunca ser“⁶. Das hat eine von uns erfunden. Es war ein wunderbarer Prozess, wo auch wir gelernt haben. Arcoiris war Gründungsmitglied für die Jugendorganisation der Resistencia⁷. Bei dem ersten Treffen für die Vorbereitung einer verfassungsgebenden Versammlung in Esperanza, in der Provinz Intibucá wurde einer von uns auf den Posten des Vizesekretärs gewählt. Es waren sehr viele Leute von vielen Organisationen da, so dass eine Auswahl stattfinden musste und jemand von uns wurde gewählt, obwohl wir praktisch eine neue soziale Bewegung sind. Das waren freudige hoffnungsvolle Momente.

Ich möchte noch unterstreichen, dass Organisationen wie die LGBT-Bewegung nicht isoliert sind. Wir arbeiten immer mit der feministischen Bewegung zusammen. Im Augenblick z. B. beim Kampf um die Pille danach und wir unterstützen sie bei ihren Aktionen zur Abschaffung des totalen Abtreibungsverbots. Wir glauben, dass es sehr wichtig ist, nicht nur solidarisch zu sein, sondern konkrete Aktionen zu machen. Mit der Bauernbewegung machen wir auch so viel wie möglich zusammen. Sie ist die Seele unseres Landes, unseres Bodens und dessen Ertragsfähigkeit. Vor allem aber haben wir eine sehr harmonische Beziehung zu den Jugendorganisationen. Unsere Organisation ist auch eine Bewegung mit vielen jungen Menschen. Ich erinnere mich daran, dass vor einem Jahr eine Gruppe Jugendlicher von Arcoiris in Zacate Grande bei einer Veranstaltung war, wo es um die Unterstützung von kommunitären Radios



Donny Reyes in München

ging. Für die Jungen von Arcoiris war das eine eindrucksvolle Erfahrung. „Zuerst fühlten wir uns wie das fünfte Rad am Wagen. Nachdem wir uns aber mit den Leuten von Zacate Grande und den anderen Organisationen ausgetauscht und sie kennen gelernt hatten, hatten wir plötzlich 1000 Freunde.“ Sie wurden einbezogen und zum Schluss waren sie es, die man damit beauftragte, die Feste zu organisieren. Ich meine, genau darum geht es, um das Dabeisein. Damit ändert sich nicht unbedingt das Leben, aber du hast 20 Freunde mehr, die dich anrufen und mit dir Kaffee trinken gehen und nicht mehr denken, mit dem will ich nichts zu tun haben, der ist homosexuell. So etwas ist für unser seelisches Gleichgewicht sehr wichtig, dass wir außerhalb der LGBT-Gruppen Freund_innen haben können.

Viele meiner Freunde fragen mich jetzt, ob ich in Deutschland bleiben werde. Nein, das ergibt keinen Sinn, schon allein, wenn ich an die Erfahrungen von Einsamkeit und Trauer der Freunde denke, die Honduras verlassen mussten. Ich habe immer gesagt: Den Kampf aufzugeben, ist keine Option. Wir müssen arbeiten, solange wir noch Energie haben. Ich bin mir sehr bewusst, dass die Verhältnisse in Honduras so sind, dass jeden Tag Schluss sein kann, dass dies hier eines der letzten Interviews gewesen sein könnte. Aber wenn ich gehen muss, dann gehe ich gelassen, weil ich versucht habe, mein Land in seinem Verhältnis zu den LGBT-Personen zu ändern.

1 Menschenrechtsgesellschaft Regenbogen

2 Er spricht an der Stelle von Femicidio. Der Begriff stellt das Systematische an diesen (Hass-)Verbrechen an Frauen im Kontext von patriarchalen Gesellschaftstrukturen heraus.

3 <http://www.portalsida.org/repos/>

4 Informe_Crimenes_de_Odio_Final%5B1%5D%5B1%5D.pdf Frente Nacional de Resistencia Popular

5 „culero“, abschätzige Bezeichnung für Schwule, die in Mittelamerika üblich ist.

6 Studieren und lernen um niemals ein Bulle zu werden

7 Frente Nacional de Juventudes en Resistencia





Wie ist das gewaltsam verursachte Verschwinden der 43 Studenten in Mexiko zu verstehen?

Alicia Ponce

Wir sind ein weiterer Fall von Verschwundenen. Durch die verdammte Politik, die sich gegen alle möglichen Richtungen richtet, werden Menschen umgebracht – und sie nennen es Kollateralschäden. Wir wollen kein Teil davon sein, wir wollen ein gerechtes und freies Mexiko. Omar García, Lehramtsstudent aus Ayotzinapa

Schwarze Nacht in Iguala

In der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 wurden in Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero Grundschullehrerstudenten angegriffen. Sie kamen aus der ländlichen pädagogischen Fachschule Isidro Burgos in Ayotzinapa im gleichen Bundesstaat. Als Ergebnis dieses Angriffs sind 43 Studenten verschwunden und drei ermordet, einer davon zeigte Folterspuren, ihm wurde die Haut abgezogen. Außerdem wurden drei weitere Personen ermordet und 20 verletzt.¹ Zu den Verletzten gehört der Student Aldo Gutiérrez, der immer noch im Koma liegt.

Ich bin Student der Pädagogischen Fachschule in Ayotzinapa. Student im ersten Jahr der Ausbildung zum Grundschullehrer. [...] am Freitag den 26 September [...] kamen wir gegen 7:30 [in Iguala] an [...] wir

gingen in Richtung des Busbahnhofs, wir hatten schon kurz mit den Busfahrern gesprochen. [...] als wir eineinhalb Block weit gekommen waren, stießen wir auf zwei Patrouillen der Gemeindepolizei von Iguala, die sofort anfangen auf uns zu schießen. Als wir ausstiegen stellte ich fest, dass sie nicht in die Luft schossen, sondern direkt auf uns. [...] Wir stiegen wieder in den Bus und fuhren weiter [...] es erschienen noch mehr Patrouillen, die auch anfangen, auf uns zu schießen [...]. Die Schüsse dauern an, ununterbrochen ohne aufzuhören [...]. Als sich uns eine Patrouille in den Weg stellte, entschieden wir uns, auszusteigen und sie abzudrängen. Mein Kumpel Aldo stieß als erster auf die Patrouille, ich war der zweite. Wir begannen sie wegzuschubsen und sie fingen an auf uns zu schießen. Aldo traf sie in den Kopf. Ich drehte mich um und sah, dass er am Boden lag und über sein Gesicht floss Blut, [...] dann kamen welche von den Medien, ich führte sie zu den Bussen, ich führte sie zu den Patronenhülsen [...]. Dabei waren wir gerade [...] als wir von der Umgehungsstraße her ein noch stärkeres Krachen hörten als beim ersten Kugelhagel [...] einschließlich eines Reporters von Televisa, der begann zu rennen und an der Ecke traf ich mit ihm zusammen und ich sagte zu ihm „lauf nicht weg, sondern nimm das hier auf“ und er antwortet „nein Mann, die bringen mich doch auf der Stelle um“ [...].²

Erzwungenes Verschwinden in Mexiko, eine alte Wunde

Unter Verschwindenlassen wird „die Festnahme, Haft, Entführung oder jede andere Form von Freiheitsentzug durch Staatsagenten oder durch eine Person oder Personengruppe verstanden, die mit der Erlaubnis, Unterstützung oder Duldung des Staates handelt, gefolgt von einer Weigerung, den Freiheitsentzug zu bestätigen oder von einer Verheimlichung des Schicksals oder des Aufenthaltsortes der verschwundenen Person, was der betroffenen Person jeden rechtlichen Schutz entzieht“. Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen.

Während des Zeitraums, der als schmutziger Krieg bekannt ist (vom Ende der 1960er Jahre bis zum Ende der 1970er Jahre) war das Verschwindenlassen allgemeine Praxis auf allen Ebenen des Staates. Es wurde eingesetzt, um Kritik am System, besonders von Seiten der Linken, zum Verstummen zu bringen. Obwohl verschiedene Guerillagruppen in mehreren Bundesstaaten aktiv waren, war ihre Bedeutung in Guerrero am größten. Dort war Lucio Cabañas, ein Absolvent der pädagogischen Fachschule Raúl Isidro Burgos in Ayotzinapa, einer der wichtigsten Führer.

Die folgende Zeugenaussage von Omar García berichtet von der Beteiligung des Militärs und von dem, was nach dem Angriff passierte: Am 26. abends [...] so gegen 7:30 oder 8 rief mich ein Kumpel an und sagte „hör mal die schießen auf uns, die Polizisten hier in Iguala“ [...] und wir organisierten den Abgang mit den Schulkleinbussen. [...] Wir glaubten es würde uns gelingen die Dinge zu beruhigen, nicht wahr? [...] Plötzlich hörten wir von der Landstraße, die von Teloloapan kommt, erneut das Knattern von Schüssen. Ich nutzte einen Moment als ich annahm, sie würden jetzt die Magazine ihrer Waffen wechseln und machte mich Richtung Zentrum davon. Dort wo meine anderen Kumpels auch hinrannten. Als wir zwei drei Block davon entfernt waren, waren schon Soldaten da und patrouillierten dort. [...] und sie sagten zu uns „seid bloß still, seid mal ganz still, wir haben euch gesucht, ihr habt versucht Männer zu spielen, jetzt steht mal dazu, steht dazu und ertragt die Folgen“.³

Es wurde verbreitet, der damalige Bürgermeister von Iguala, José Luis Abarca, hätte die Verhaftung der Studenten angeordnet, weil er vermutet habe, diese beabsichtigten, eine politische Veranstaltung seiner Ehefrau, María de los Ángeles Pineda, zu hintertreiben. Später erfuhren wir von seinen Verbindungen zum organisierten Verbrechen und man erinnerte sich ausführlich daran, dass es früher schon Hinweise auf Verwicklungen des besagten Paares in Straftaten gegeben habe. Darunter fällt besonders die Untersuchung der Ermordung Arturo Hernández Cardonas auf. Der Ermordete war Leiter der sozialen Organisation “Unión Popular” in Iguala gewesen. Später gab der Staatsanwalt von Guerrero bekannt, die Studenten wären von der Gemeindepolizei an die Verbrecherbande “Guerreros Unidos”⁴ übergeben worden. In den ersten offiziellen Verlautbarungen hieß es dazu, sie seien dabei mit einer anderen Bande verwechselt worden, mit den sogenannten “Rojos”, die sich mit den “Guerreros Unidos” bekriegen.

Fluchten, Gräber, Verhaftungen und Verachtung

Am 30. September beantragt Abarca 30 Tage Dienstbefreiung und er und seine Ehefrau verschwinden; die Regierung des Bundesstaates Guerrero, dessen Gouverneur am 24. Oktober zurücktritt, erlässt einen Haftbefehl. Schließlich wird das Ehepaar Abarca am 9. November in Mexiko-Stadt verhaftet. Zu diesem Zeitpunkt sind in Guerrero schon 22 Polizisten verhaftet worden. Man wirft ihnen vor, in die Ermordung der erwähnten sechs Personen verwickelt zu sein. Bis heute sind mehr als 100 Personen im Zusammenhang mit dem Fall verhaftet worden. Am



4. Oktober gibt die Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Guerrero bekannt, es seien sechs geheime Gräber gefunden worden, aus denen man bisher 28 Körper geborgen habe. Später werden 13 weitere Gräber gefunden. Keiner der gefundenen menschlichen Reste entsprach den Studenten. Die Botschaft war klar: Man suchte Tote und keine Lebendigen, obwohl es bisher keine Indizien als Ergebnis einer sorgfältigen und gründlichen Untersuchung dafür gab, dass sie tot waren. Außerdem, wenn es nicht die Studenten waren, wer waren die gefundenen Körper dann?

Enrique Peña Nieto, Präsident Mexikos zieht den Fall an sich.... nach zehn Tagen



In der pädagogischen Fachschule „Raúl Isidro Burgos“, Ayotzinapa

Bis zum 6. Oktober hatte sich Peña nur in einer kurzem Erklärung von weniger als fünf Minuten zu dem geäußert, was in Iguala geschehen war. Human Rights Watch und andere Organisationen erklärten, dass bei so einem Verbrechen, wie dem gewaltsamen Verschwindenlassen und wenn dazu noch das organisierte Verbrechen beteiligt ist, die Bundesebene sofort den Fall hätte an sich ziehen müssen. Später, nach der Kritik an der Langsam-

keit, mit der die Generalstaatsanwaltschaft PRG reagiert hatte, antwortete Jesús Murillo Karam, dass diejenigen, die so denken, das mexikanische Rechtssystem nicht kennen würden und für vernünftige Argumente unzugänglich seien. Hat sich Enrique Peña Nieto wegen der Studenten nach Guerrero begeben? Nein. Seit dem Geschehen ist er bis heute nach China gereist, nach Australien, nach Großbritannien... aber nicht nach Guerrero. Und ein anderes Zeichen seiner Zögerlichkeit bei der Behandlung des Falles ist, dass es bis zum 29. Oktober dauerte, ehe er sich mit den Angehörigen traf. Bei dem Treffen wurde auch ein Abkommen zu den Forderungen der Familienangehörigen unterschrieben. In einer anschließenden Pressekonferenz sagt Peña unter anderem: [...] es war ein Treffen bei dem ich praktisch fünf Stunden lang die Gelegenheit hatte, ihnen zuzuhören, ihren Besorgnissen, ihrer Beunruhigung, ihrem Schmerz über das Geschehen, ihrer Ungewissheit, nichts über den Verbleib ihrer Söhne zu wissen [...].⁵ Da er es an den Anfang seiner Ausführungen stellte, hat ihn allem Anschein nach, am meisten beeindruckt, dass das Treffen fünf Stunden dauerte. Dass er sich mehr als einen Monat lang nicht an die Be-

troffenen gewendet hatte, erwähnte er nicht. Ehe er auf die Geschehnisse in Iguala reagierte, zögerte Peña 10 Tage. Bis er sein Beileid zum Tod des Komikers Roberto Gómez Bolaños, genannt „Chespirito“, einem der Grundpfeiler des Fernsehmonopols Televisa, aussprach, vergingen weniger als 10 Minuten. Televisa ist aber auch eine historische Stütze seiner Partei PRI.

Am 27. Oktober wurde in Cocula, Guerrero, wieder ein Grab gefunden, diesmal auf einer Müllkippe. In diesem Grab fand man verbrannte Knochenreste. Am 31. des gleichen Monats erklärt der Staatsanwalt auf einer Pressekonferenz, dass drei Verhaftete gestanden hätten, die Gemeindepolizei habe ihnen eine Gruppe von Personen übergeben, die hätten sie hingerichtet. Weiter erklärte er, dass in Cocula ein Massenmord stattgefunden habe, dass auf die Frage „wer die gebrachten Personen seien?“ man geantwortet habe, Studenten. Sie hätten die Körper angezündet, sie hätten die Aschereste in Tüten gefüllt und diese in den Fluss San Juan geworfen. Sie hätten die Familienangehörigen benachrichtigt, dass es sich um eine erfolgreiche Untersuchung handele, die damit abgeschlossen sei. Dann beendete er die Pressekonferenz mit den Worten: „Genug, ich bin jetzt müde“.⁶ Einige Knochenreste wurden an das Gerichtsmedizinische Institut in Innsbruck, Österreich, geschickt. Später wurde bekannt gegeben, dass einige der Reste mit dem Studenten Alexander Mora übereinstimmten, der in jener Nacht verschwand. Die PRG zog aus der Tatsache, dass der Tod eines Studenten bewiesen war, den (be-)trügerischen Schluss, dass alle tot seien. Parallel hierzu erklärten die Mitglieder des argentinischen Teams der Gerichtsanthropologie, die sich seit Beginn des gleichen Monats auch mit dem Fall befassten, und die gleichzeitig mit der PRG die Ergebnisse aus Innsbruck erhalten hatten, dass obwohl die Reste tatsächlich mit Alexander Mora übereinstimmten, sie nicht mit Sicherheit behaupten könnten, dass die Knochen auch wirklich aus der Gegend des San Juan stammen würden. Niemand von ihnen war beim Auffinden der Knochenreste oder bei der Bergung der Tüte anwesend gewesen. Angesichts all dieser Dinge entstehen Zweifel: Wurden die besagten Reste dort abgelegt? Wurden die Zeug_innen dazu gezwungen, alle das Gleiche auszusagen?

Internationale Gremien und Organisationen

Die UNO (im Namen ihrer Vertretung in Mexiko, ihrer unabhängigen Experten und sehr spät – im Dezember 2014 – auch im Namen ihres Generalsekretärs) und die Interamerikanische Menschenrechtskommission nahmen zu den Ereignissen Stellung, wobei sie unter anderem hervorhoben, dass es

wichtig sei, eine angemessene und zweckmäßige Untersuchung durchzuführen. Die Europäische Union stellte die „Fortschritte“ und „Erfolge“ des mexikanischen Staates ins Zentrum ihrer kurzen Verlautbarung und beschränkte sich mit ihrem Beileid für die Angehörigen auf zwei kurze Abschlusszeilen. Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München, hat darauf geantwortet: [...] die Erklärungen der Repräsentanten der EU [kamen] nicht nur spät, sondern sind von kraftlosem Inhalt und zudem auf der Linie der mexikanischen Regierung. [...]’ und ließ dieser Antwort später noch einen offenen Brief folgen.⁸ Auch die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko hat zu dem Fall ein Kommuniqué herausgegeben, in dem sie die deutsche Regierung auffordert, die Verhandlungen mit der mexikanischen Regierung über ein gemeinsames Sicherheitsabkommen auszusetzen.⁹ Ebenso hat im deutschen Parlament Heike Hänsel, die Abgeordnete der Linken, erklärt: *Es ist ein Fehler mit den Verantwortlichen der mexikanischen Polizei eine Kooperation einzugehen, wenn die vermutlich in viele schwere Fälle von Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind.*¹⁰

Und was sind die Ländlichen Pädagogischen Fachschulen?

Die ländlichen pädagogischen Fachschulen entstanden in den 1920er Jahren nach der mexikanischen Revolution. Die Absicht war, damit die beiden wichtigsten Errungenschaften der Revolution zu stärken: die Landverteilung und die Bildung. Seit Ende der 1960er Jahre wurden die ländlichen pädagogischen Fachschulen nicht nur wirtschaftlich und politisch immer mehr vernachlässigt sondern auch angegriffen. Einer der ersten heftigen Angriffe auf die ländlichen pädagogischen Fachschulen fällt in die Regierungszeit des Präsidenten Gustavo Díaz Ordaz (1964-1970). Damals wurden 15 der zu der Zeit bestehenden 29 Schulen geschlossen. Dies war im Jahr 1969, also kurz nach dem Massenmord an den Studenten im Stadtteil Tlatelolco von México-Stadt (Oktober 1968). In den 1980er Jahren verschärfte sich sowohl die Vernachlässigung als auch die Repression. Grund dafür waren die immer stärkere Durchsetzung des neoliberalen kapitalistischen Systems und das abnehmende Interesse daran, die arme Landbevölkerung zu stärken und zu ermächtigen. Verschiedene Schulen in mehreren Bundesstaaten haben sowohl unter wirtschaftlicher Unterdrückung (Mangel an Geldmitteln, Stipendien, Infrastruktur, Sachmitteln, Arbeitsplätzen usw.) als auch unter Repression gelitten.

Ariel Dulitzky, der Präsident der UN-Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen, wurde im November von der Ad-hoc Arbeitsgruppe des Abgeordnetenhauses des mexikanischen Kongresses eingeladen. Bei der Gelegenheit erklärte er in einem Interview mit Carmen Aristegui: *das [die Zahl der Verschwunden] fragte ich sowohl den Innenminister als auch den Generalstaatsanwalt und darauf hin wurden uns die Grundlagen für die existierenden nationalen Daten erläutert [...] es gibt keine genaue Zahl und das ist sehr ernst. Mexiko weiß besser wie viel Erdöl täglich exportiert wird, als wie viele verschwundene Personen es im Land gibt. Daraus kann man klar sehen, welche Prioritäten der mexikanische Staat hat [...]. Es ist äußerst beunruhigend, dass die gewaltsam verschwundenen Personen, die nicht gefundenen, verlorenen und nicht identifizierten Personen alle in einer Rubrik geführt werden.*¹¹

Das UN-Komitee gegen gewaltsames Verschwinden hat am 2. und 3. Februar 2015 Mexiko überprüft. Unter anderem kam man dabei zu dem Schluss, dass in Mexiko das Verschwindenlassen von Personen allgemeine Praxis ist. An besagter Sitzung nahmen Vertreter_innen der Eltern der Studenten, der Zivilgesellschaft und der mexikanischen Regierung teil. Letztere diskreditierte nicht nur die Schlussfolgerungen des Komitees, sondern hat anscheinend auch die Veröffentlichung in Mexiko verhindert.

Zum Schrei von #AyotzinapaSomosTodos, #RenunciaEPN y #YaMeCansé de la violencia y la incompetencia (Ich bin der Gewalt und der Unfähigkeit müde)

Kurz nach dem gewaltsamen Verschwinden der 43 Studenten ging die mexikanische Zivilgesellschaft, empört über das Verschwinden der 43 und die weiteren 26.569 Verschwundenen¹², auf die Straße. Sehr bald kamen weitere Kämpfe dazu. Die üblichen Versammlungen nach den Demonstrationen waren wie eine Parade der Kränkungen der mexikanischen Gesellschaft, voller tüchtiger Redner_innen und Repräsentant_innen von Gemeinschaften, deren Rechte im günstigsten Fall ignoriert worden waren. Bemerkenswert ist die Verschiedenartigkeit von Personen und Gruppen, die von den Aufrufen erreicht worden waren: Gemeinschaften, die sich für die LGBT-Rechte einsetzen, Mütter und Väter mit Kinderwagen, Priester, Nonnen, Student_innen von öffentlichen und privaten Universitäten und von so verschiedenen Fakultäten wie politische Wissenschaften und Ingenieurwesen, nationale und internationale NGOs, Yogis, Musiker_innen, darstellende und Performancekünstler_innen. Am 10. Oktober wurden erstmals Student_innen und Schüler_innen aufgerufen, die verschwundenen Studenten schau-



spielerisch darzustellen. Mehr als 30 öffentliche und private Schulen nahmen teil. Unter anderem wurden 48 und 72 Stunden gestreikt.



Protestkunst zum Verschwinden der Studenten

Bisher wurde zu neun globalen Aktionen aufgerufen. Es gab Demonstrationen und Unterstützungsaktionen für die Angehörigen der Studenten und Proteste gegen die Regierung in mehr als 57 mexikanischen Städten. Auch in mehr als 40 Ländern Amerikas, Europas, Asiens und Ozeaniens gab es Kundgebungen. Die jüngste fand im März dieses

Jahres in London anlässlich des Besuches von Peña Nieto statt. Sowohl die Geschehnisse in Iguala als auch die verfehlten Reaktionen der mexikanischen Regierung haben ein breites Echo in der mexikanischen und internationalen Presse gefunden. Bemerkenswert sind auch die Solidaritätsbekundungen von Prominenten aus den verschiedensten Bereichen. Mexikaner_innen und

ausländischen Berühmtheiten, mit und ohne politische Zugehörigkeit, Film- und Fernsehdarsteller_innen, Musiker_innen und andere wie Papst Franziskus, Noam Chomsky, Umberto Eco und Pepe Mujica waren darunter. Schließlich gab es auch Unterstützung aus dem Bereich des mexikanischen Fußballs.



„Protest ist ein Recht, Repression ist ein Verbrechen“

Obwohl es in Mexiko früher schon Massaker und Verschwundene gab, erregte das Verschwinden der 43 Studenten eine solche Empörung, dass man es als eines der schlimmsten Ereignisse ansehen muss, unter dem die mexikanische Gesellschaft seit der Revolution gelitten hat. Grund dafür ist die Zahl der Personen, die gleichzeitig verschwunden sind und das praktisch „live“ und nachdem dem mexikanischen Staat immer wieder empfohlen worden ist, gegen diese Geißel des Verschwindenlassens vorzugehen. Mit diesem dermaßen brutalen Angriff auf die Studenten wurde eine der Quellen des sozialen Bewusstseins in Mexiko angegriffen. Das brachte das Fass zum Überlaufen, so dass Ayotzinapa zu einem Symbol wurde: Ein Symbol wie die Toten von Juárez und die aus dem Bundesstaat Mexiko, wie die Kinder aus dem Kinder-

garten ABC, wie die während des schmutzigen Krieges Verschwundenen, wie die Opfer von Mega-Projekten, wie der wiederholte Wahlbetrug, [...] und wie der fehlende Zugang zu Wohnung, Bildung, Arbeit, deshalb: #AyotzinapaSomosTodos (wir sind alle Ayotzinapa).

Als Peña die „Zehn Gebote“ vorstellte, die seiner Meinung nach „ein Mexiko in Frieden und Gerechtigkeit, Einheit und Entwicklung“ bewirken werden, hat er am Ende seiner Rede es gewagt auch zu sagen #AyotzinapaSomosTodos.¹³ Bei der nächsten Veranstaltung zu Ayotzinapa wurde er vorgeführt mit den Worten „Peña du bist nicht Ayotzinapa, du bist Atlacomulco“, in Anspielung auf den Ort im Bundesstaat Mexiko, aus dem Peña politisch stammt und dessen Name für einen Flügel der PRI steht, der eindeutig mafiosen Zuschnitt hat.

Und jetzt?

Peña Nieto, der ein Jahr vor dem Geschehen von der Zeitschrift Time zum Retter Mexikos ernannt wurde, ist durch seine eigene Inkompetenz demaskiert worden. Die politische Schminke, unter der er regieren wollte, wurde von der Realität, in die seine Regierung verwickelt ist, abgewaschen. Eine Realität aus Gewalt, Verschwinden, Mord, Unterdrückung, begünstigt durch Straflosigkeit und Korruption, die die Täter_innen schützen. Ayotzinapa hat offensichtlich gemacht, dass die mexikanische Regierung so chaotisch ist, dass es ihr noch nicht einmal gelingt, ein „gutes Bild“ von sich zu zeigen, dass sie unfähig ist, sich der Wirklichkeit zu stellen und blind gegenüber den Forderungen der Welt nach Gerechtigkeit. Es ist eine überhebliche und dünkelfhafte Regierung, die Kritik nicht akzeptiert, sondern sie im Gegenteil verachtet und deswegen nichts lernt, nicht regiert, nicht verwaltet. Sie verhält sich, als ob es sich um ein Unternehmen handeln würde, oder schlimmer noch um ein Drogenkartell.

Heute, wo die PGR eine „historische Wahrheit“¹⁴ verkündet und damit den Fall Ayotzinapa schließen will, bestreitet das Innenministerium trotz aller Offensichtlichkeit die Beteiligung der Streitkräfte an den Ereignissen in Iguala.¹⁵ Das Verhalten der mexikanischen Regierung gegenüber seiner Bevölkerung und gegenüber der Welt gleicht demjenigen, der sich die Augen zuhält und glaubt, so würde er nicht gesehen.

Die mexikanische Gesellschaft und Hunderttausende in der Welt, wir wollen Ayotzinapa verstehen. Wir wollen verstehen, warum das geschehen ist, was geschah. Wir haben die Daten, Zahlen, Erklärungen und Zeugenaussagen, aber Ayotzinapa versteht man so nicht. Was wird mit den Vätern und Müttern?

Dass sie wegen der Abwesenheit ihrer Söhne dauernd in Angst leben, sollte ernste Folgen für die kriminelle und korrupte Regierung haben, die dafür die Verantwortung trägt.

Am 12. November 2014 wurde ein technisches Kooperationsabkommen zwischen dem Staat Mexiko und der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte CIDH unterschrieben. Darin wurde vereinbart, dass Expert_innen¹⁶, die von der Kommission benannt werden, nach Mexiko kommen sollen, um den Fall Ayotzinapa zu untersuchen. Dabei muss unterstrichen werden, dass die Untersuchung dieser ExpertInnen die Verantwortung des mexikanischen Staates zur eigenen sorgfältigen Untersuchung nicht ersetzt. Die ExpertInnen der CIDH werden am 2. März nach Mexiko und noch am selben Tag die Eltern der 43 verschwundenen Studenten treffen. Tatsächlich hoffen wir, dass ihre Untersuchung Licht auf den Verbleib der Studenten werfen kann und so die Hoffnung und Gerechtigkeit in Mexiko stärkt, etwas, was vor allem die Väter und Mütter von Ayotzinapa benötigen.

Die Unterstützung der internationalen Gesellschaft darf nicht aufhören. Jede Gesellschaft steht vor der Verantwortung, von ihrer Regierung zu fordern, die Handelsabkommen mit der mexikanischen Regierung zu kündigen. Denn es ist bewiesen, dass diese Regierung Menschenrechte verletzt hat, was die UNO, die CIDH und Dutzende von mexikanischen und internationalen Organisationen der Zivilgesellschaft festgestellt haben. Aber Hunderte von Mexikaner_innen und seit September des vergangenen Jahres vor allem die Angehörigen der verschwundenen Studenten erleben statt dessen hauptsächlich, dass die Welt keine Notiz von den Ereignissen nimmt.

Empfehlungen von internationalen Institutionen zum Verschwindenlassen von Personen an den mexikanischen Staat

1998 empfahl die CIDH Mexiko „die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die mexikanische Strafgesetzgebung so zu reformieren, dass das Vergehen des Verschwindenlassens darin behandelt wird.“ Diese Empfehlung wurde bis heute nicht erfüllt.

Der UN-Menschenrechtsrat hat im Rahmen der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung der Menschenrechtssituation in Mexiko im Jahr 2009 zwei Empfehlungen zum Verschwindenlassen abgegeben, und nach der Überprüfung im Jahr 2013 noch einmal sechs. Mexiko hat alle akzeptiert, aber sie nicht vollständig umgesetzt. Dies gilt genauso für den Fall Radillo gegen Mexiko vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Die UN-Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen hat in seinem Bericht zu Mexiko (2011) zwölf Empfehlungen an den mexikanischen Staat ausgesprochen.

2015 hat das UN-Komitee gegen gewaltsames Verschwinden seinen Prüfungsbericht zu Mexiko veröffentlicht. Darin machte es 17 Empfehlungen. (nach www.recomendacionesdh.mx)

¹ 8 de enero de 2015. Información adicional sobre el caso de los 43 estudiantes desaparecidos de la Escuela Normal Rural "Raúl Isidro Burgos" de Ayotzinapa, en el marco de la revisión del Comité contra la desaparición Forzada al Estado mexicano en su octava sesión, vinculada con el Informe Estatal y con la lista de cuestiones identificadas por el Comité. Centro Regional de Defensa de los Derechos Humanos "José María Morelos y Pavón" AC, Tlachinollan Centro de Derechos Humanos de la Montaña, Red Guerrerense de Organismos Civiles de Derechos Humanos, Centro de Derechos Humanos "Miguel Agustín Pro Juárez" AC. http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CED/Shared%20Documents/MEX/INT_CED_NGO_MEX_19222_S.pdf Visto el 11 de marzo de 2015.

² <https://www.youtube.com/watch?v=71EQNShbXJE> Visto el 5 de marzo de 2015.

³ <https://www.youtube.com/watch?v=W2yBb-4B5FI> Visto el 5/03/2015.

⁴ <http://www.animalpolitico.com/2014/10/reportan-hallazgo-de-fosa-en-iguuala-investigan-si-se-trata-de-normalistas-desaparecidos/> Visto el 6/03/2015.

⁵ <https://www.youtube.com/user/gobiernofederal/videos>

⁶ "Conferencia de Prensa del Procurador, Jesús Murillo Karam (Ayotzinapa)" Op. Cit.

⁷ 14/10/2014. Pressemitteilung des Ökumenischen Büros angesichts der Erklärung der EU zu Ayotzinapa. Publicado en <http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/items/presse-erklarung-des-oekue-bueros-zur-haltung-der-eu-bezuglich-der-ereignisse-in-mexiko-zurzeit-nur-auf-spanisch.html> Visto el 13/03/2015.

⁸ 11/11/2014. Offener Brief bezüglich der Haltung der EU und der Bundesregierung zu den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Iguuala, Mexiko. Publicado en http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/items/Offenen_Brief.html. Visto el 12/03/2015.

⁹ <http://mexiko-koordination.de/component/content/article/19-aktuelles/127-pressemitteilung-ayotzinapa-deutsche-menschenrechtskoordination-mexiko.html> Visto el 12/03/2015.

¹⁰ 28/11/2014. "Oposición alemana pide frenar acuerdo de seguridad con México", publicado en La Jornada. <http://www.jornada.unam.mx/ultimas/2014/11/28/oposicion-alemana-pide-frenar-acuerdo-de-seguridad-con-mexico-5353.html> Visto el 11/03/2015.

¹¹ <https://www.youtube.com/watch?v=lmju7LBptdQ> Visto el 11/03/2015.

¹² <http://periodismocide.org/investigacion-homero-campa/> Visto el 11/03/2015.

¹³ <https://www.youtube.com/watch?v=kY86qNmZB2A> Visto el 5/03/2015.

¹⁴ <http://aristeguinoticias.com/0202/mexico/no-existe-la-verdad-historica-del-caso-ayotzinapa-meyer/> Visto el 8/03/2015.

¹⁵ <http://mexico.cnn.com/nacional/2015/01/14/osorio-chong-iguuala-ejercito-normalistas-guerrero-acusaciones-ayotzinapa> Visto el 11/03/2015.

¹⁶ <http://www.jornada.unam.mx/2015/01/17/politica/004n2pol> Visto el 12 de marzo de 2015.



Das Centro Calpulli in Oaxaca, Mexiko

Friederike Goschenhofer

Im Sommer 2014 besuchen wir das Centro Calpulli in Oaxaca im Süden Mexikos. Sein Mitbegründer und heutiger Leiter, Felipe Sánchez Rodríguez, ist ein Freund von mir seit Anfang der 90er Jahre in München.

Er holt uns an einem Dienstag im August in unserem Hostel morgens um 9 Uhr ab – meine Tochter, meinen Bruder, meine Schwägerin und mich. Im Centro Calpulli, im über der Stadt gelegenen Viertel Lomas

erhalten gezielte Förderung in allen Bereichen des Lebens: Spielen, Singen, Förderung im kreativen und kognitiven Bereich, in Umwelterziehung und im sozialen Miteinander. Am Nachmittag kommen die Hortkinder dazu. Dieser „Unterstützungskurs“ fördert, in enger Zusammenarbeit mit der inzwischen existierenden Grundschule im Viertel, circa 40 Kinder der Klassen 1 bis 6. Sie erhalten schulische Lernhilfe und ein fundiertes pädagogisches Freizeitangebot. Dazu gehören neben Spiel, Sport, kreativen Angeboten auch Gruppenaktivitäten und Ausflüge in die Umgebung.

Zwei der acht Mitarbeiter_innen kümmern sich um ein gesundes, warmes Mittagessen für ungefähr 60 Kinder täglich. Dies ist ein wichtiger Baustein zur Förderung des Ernährungsbewusstseins, zur Gesundheitsvorsorge und zur Armutsprävention. Und es stellt eine Entlastung des Haushaltsbudgets der Familien dar. Diese bezahlen für das Essen, aber es ist sehr kostengünstig. Wichtig ist die finanzielle Beteiligung der Familien deshalb, damit sie sich nicht als Hilfe-Empfänger_innen erleben. Für ein tägliches gesundes Kochen zuhause fehlt neben dem Geld ganz oft die Zeit, da viele Mütter und Väter mit der Sicherung des existenziellen Lebensunterhalts sieben Tage die Woche ausgelastet sind.

Eine Bibliothek gibt den Kindern die Möglichkeit, je nach ihren Interessen zu lesen und verschafft ihnen Zugang zur Literatur. Auch können sie an Computerkursen teilnehmen. Das Highlight von Calpulli ist der Tanzworkshop, der mit Unterstützung einer Gruppe von Eltern organisiert und von diesen begleitet wird. Insgesamt acht Stunden pro Woche übt ein Tanzlehrer vor allem oaxaquenische Tänze mit Freiwilligen. Von den Kleinsten im Grundschulalter bis zu den großen Teenagern werden hier kunstvolle Choreografien eingeübt und bei verschiedenen Events innerhalb und außerhalb des Centro aufgeführt. Die Kostüme besorgen die Eltern und nähen sie teilweise selbst.

Großer Wert wird auf die Aktivierung der Eltern in der Arbeit des Centro Calpulli gelegt – und auf die Einbeziehung der familiären und sonstigen Lebenssituation. Das Projekt ist also stark partizipativ ausgerichtet und arbeitet gemeinwesenorientiert. Sieben



Tanzaufführung im Centro Calpulli

de San Jacinto, empfängt uns die Crew der Mitarbeiter_innen zu einem Frühstück mit Kaffee und Bananen – und erzählt uns von ihrer Arbeit. Das Centro wurde 1993 von Swantje Burmester und Felipe Sánchez in diesem Stadtviertel von Oaxaca gegründet. Hier gibt es wenig Infrastruktur und im Viertel lebt vor allem arme Bevölkerung. Heute, gut 20 Jahre später, ist das Centro Calpulli ein verwurzelt und bekanntes Projekt in der Stadt. Es erhält Finanzierung aus Deutschland (über den Freundeskreis Oaxaca), von staatlichen mexikanischen Stellen und von einheimischen Spender_innen. Hier bekommen Vorschulkinder ab drei Jahre Unterstützung. Der Kindergarten umfasst 30 Kinder. Sie

bis neun Mitarbeiter_innen (dies wechselt u.a. auch deshalb, weil zeitweise Freiwillige aus dem Ausland im Projekt mitarbeiten) kümmern sich neben Felipe um die Organisation des Centro in allen Bereichen. „Nicht alle von uns sind ausgebildete Fachkräfte, aber wir alle machen die Arbeit auf hohem professionellen Niveau“, erklärt Felipe in unserem Gespräch. Das ist spürbar während unseres Besuchs. Die Kolleg_innen beeindruckten uns durch ihre Erfahrung, Professionalität und ihr Engagement. Als Kollegin kann ich beurteilen, dass die Förderung von Selbstbewusstsein, das Erleben von Geborgenheit einher geht mit Vermittlung und Förderung in Bereichen von Lern- und Lebenskompetenz. Außerdem steigt mit der Bildungsförderung die Chance auf einen Schulabschluss und das Absolvieren von Berufsausbildung oder Studium. Damit wird oft ein persönlicher Ausstieg aus der Armutsspirale möglich. Dies dokumentieren Berichte „Ehemaliger“, die im Infobrief 2013 von ihrem Lebensweg erzählen. Die politische Organisation des Centro zeigt sich in der Mitgliedschaft beim „Forum für die Rechte der Kinder in Oaxaca“, einem Zusammenschluss aller Organisationen dieses Bereichs in der Region. Hier wird auf politischer Ebene für die Verbesserung der Situation der Kinder und ihrer Familien gearbeitet, und immer wieder mit konkreten Erfolgen. Beeindruckt verlassen wir das Projekt – und bekommen die Einladung, zum Tanzworkshop noch einmal wiederzukommen. Das tun wir einige Tage später. Wir werden herzlichst begrüßt und sehen, wie konzentriert die Choreografien eingeübt werden und mit wie viel Spaß und Können die Kinder und Jugendlichen tanzen. Das Tanzen, ebenso wie Besuche in Werkstätten, Museen und archäologischen Stätten hat als Hintergrund die Förderung des Bewusstseins über die eigene kulturelle Identität. Felipe gibt mir zum Abschied Grüße nach München mit. Denn seine aktive Mitarbeit beim Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit Anfang der 90er Jahre hat ihn in seinem politischen Bewusstsein stark geprägt.

Das Projekt kann über den „Freundeskreis Oaxaca“ unterstützt werden. Es finanziert sich vor allem aus Spenden. IBAN DE797609 05000000713333 BIC GENODEF1SO6. Weitere Informationen über info@freundeskreis-oaxaca.de www.freundeskreis-oaxaca.de



Das Team des Centro Calpulli mit Besucher_innen

Der Freundeskreis Oaxaca

Das Centro Calpulli ist eines der Projekte, das der Freundeskreis Oaxaca mit Sitz in Würzburg unterstützt. Informationen über die Projekte, deren Arbeit und Wissenswertes zum Freundeskreis findet sich unter www.freundeskreis-oaxaca.de. Im Infobrief des Freundeskreises werden viele Details aus den Projekten, über die Erfolge und die politische Situation in Oaxaca berichtet.

Felipe Sánchez Rodríguez und Swantje Burmester sind Anfang der 90er Jahre mit dem Ökumenischen Büro jeweils zum Schulbau nach Nicaragua gefahren. Im Februar 1991, auf einer Veranstaltung über einen Fall von Menschenrechtsverletzung in Mexiko, gründete sich das Mexiko-Komitee. Gründungsmitglieder waren Teresa Ávila, Swantje Burmester, Felipe Sánchez, Friederike Goschenhofer und Francisco Martínez. Das Ziel des Komitees war, über Menschenrechtsverletzungen und die sozial-politische Lage in Mexiko zu informieren und Urgent Actions zu aktuellen Fällen zu starten (Protestbriefe an den mexikanischen Präsidenten und zuständige Behörden).





Protest gegen die
Mediation

Reformen am Gesetz „Gewalt gegen Frauen“

Seitdem das „Allgemeine Gesetz gegen Gewalt an Frauen“ in Nicaragua in Kraft ist, bemüht sich eine breite konservative Koalition erfolgreich, den progressiven Geist des Gesetzes zu verändern. An der Spitze stehen Präsident Ortega und seine Ehefrau, die vorgeben, die angeblich von dem Gesetz bedrohte nicaraguanische Familie zu schützen.

Einleitung

(ea) Seit Juni 2012 ist in Nicaragua das Gesetz 779, „Allgemeines Gesetz gegen Gewalt an Frauen“ in

Kraft, nachdem es am 26. Januar 2012 von der Nationalversammlung verabschiedet worden war.¹ Die Bedeutung des Gesetzes und die Hoffnung, die die Frauenbewegung darein legt, erschließt sich am deutlichsten aus dem Artikel 1. Dort wird das Ziel des Gesetzes klar benannt: „Dieses Gesetz soll gegen die Gewalt vorgehen, die gegen Frauen verübt wird. Sein Ziel ist es, die Menschenrechte der Frauen zu schützen und ihnen ein Leben frei von Gewalt zu garantieren“. Eine wichtige Neuerung in der nicaraguanischen Strafgesetzgebung ist die Einführung des Straftatbestandes des Frauenmord/Femizid

(femicidio). Im Artikel 9 wurde definiert: Femizid ist, wenn „ein Mann einen Mord an einer Frau im Rahmen ungleicher Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau im öffentlichen oder privaten Bereich unter den folgenden Bedingungen verübt: ...“. Die dann folgenden Bedingungen präzisieren, was allgemein unter Femizid verstanden wird: die Ermordung einer Frau, weil sie Frau ist. Dieses Verbrechen kann mit einer Maximalstrafe von dreißig Jahren geahndet werden, bei Mord sind es maximal zwanzig Jahre.

Wenn man sich damit beschäftigt, wie seither in der Auseinandersetzung über das Thema Gewalt gegen Frauen das Gesetz verändert wurde, ist es hilfreich sich in Erinnerung zu rufen, wie es zustande kam. Eine entscheidende Rolle spielten dabei nicaraguanische Frauenorganisationen, die sich seit den 1980er Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigten. Es gab also schon eine lange Vorgeschichte, als das Movimiento de Mujeres Trabajadoras María Elena Cuadra im Jahr 2010 einen Entwurf für ein Gesetz zur Gewalt gegen Frauen vorlegte. Davon angeregt entwickelte auch der Oberste Gerichtshof einen Entwurf und der Rechtsausschuss der Nationalversammlung führte diese beiden Entwürfe zu dem Text zusammen, der schließlich einstimmig verabschiedet wurde. So ist auch der Abschnitt, der im Gesetz den Ausschluss der Mediation (siehe Kasten) festschreibt, – bei Gewalt in der Familie bis dahin möglich und üblich –, wörtlich aus dem Entwurf des Obersten Gerichtshofs übernommen worden. Das Gesetz ist also das Ergebnis einer breiten Zusammenarbeit der Frauenbewegung, der Justiz und der Legislative.

Zulassung der Mediation

Natürlich waren nicht alle von dem Gesetz begeistert. Vor allem von den Kirchen und den Kirchen nahestehenden konservativen Kreisen kam bald Kritik. Hauptkritikpunkt war die Abschaffung der Mediation, was als ein Schlag gegen die Harmonie in der Familie gesehen wurde. Um gegen das Gesetz vorgehen zu können, wurde mehrere Verfassungsbeschwerden eingelegt. Die klagenden Männer behaupteten, das Gesetz 779 verstoße gegen den Grundsatz der Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz und damit würden im Falle von Gewaltanwendung Männer vor Gericht gegenüber Frauen benachteiligt.

Im August 2013 fällte der Oberste Gerichtshof dazu ein in mehrerer Hinsicht eigenartiges Urteil. Alle Verfassungsbeschwerden wies das Gericht zurück, forderte aber eine Reform des Gesetzes. Das gleiche Gericht, das zwei Jahre zuvor den Ausschluss der Mediation gefordert hatte, forderte jetzt die Zulassung in minder schweren Fällen. Als „minder schwe-

re Fälle“ sah das Gericht Straftaten, für die das Gesetz weniger als fünf Jahre Haft vorsieht. Der Zusammenhang zwischen den zurückgewiesenen Verfassungsbeschwerden und der geforderten Gesetzesänderung zur Wiedereinführung der Mediation, erschloss sich rationalen Überlegungen nicht. Aber die katholische Kirche war sehr zufrieden. Bischof Mata aus Estelí erwartete sich von der Reform einen „großen Schritt“ voran, da seiner Meinung nach das Gesetz vom Gedanken der „Rache an den Männern“ beseelt sei.



*Bischof Mata macht sich Sorgen
Quelle: Youtube*

Die Frauenbewegung dagegen empfand diese Entwicklung als beklagenswerten Rückschritt, brachte ihre Kritik aber wesentlich sachlicher vor als der Kirchenvertreter. Azahálea Solís, die Sprecherin der autonomen Frauenbewegung (MAM) erläuterte zuerst einmal, was die Beschränkung auf „minder schwere Fälle“ konkret bedeutet, nämlich dass nur die Straftaten Vergewaltigung und selbstverständlich Mord von der Mediation ausgenommen bleiben. Die Argumente der Frauenbewegung gegen die Mediation sind vielfältig und überzeugend. Zur Wirksamkeit einer Mediation hatten sie in der Zeit vor dem Gesetz 779 die Erfahrung gemacht, dass es bei 30 % der Femizide zuvor eine Mediation zwischen dem Mörder und der Frau gegeben hatte. Es gibt also Erfahrungen, die den Erfolg von Mediation nach Gewaltdelikten in Zweifel ziehen. Wichtige Voraussetzungen für eine Mediation nach Anwendung von Gewalt sehen die Frauenorganisationen nicht gegeben: Mediation basiert auf den Prinzipien der Gleichheit der Konfliktparteien und der Freiwilligkeit. Außerdem geht es bei einer Mediation um die Lösung von Konflikten und nicht um eine Reaktion auf einer Aggression. All diese Voraussetzungen sind im Falle der Gewaltanwendung nicht gegeben.

Wie vom Obersten Gericht vorgegeben, wurde das Gesetz von der Nationalversammlung geändert und die Reform mit nur vier Gegenstimmen der Opposition verabschiedet. Der Artikel 46, mit dem bisher



die Mediation ausgeschlossen war, gestattet jetzt deren Anwendung bei minder schweren Vergehen.² In der Debatte spielten die Einwände der Frauenbe-

dem Zeitraum waren in Nicaragua 45 Frauen ermordet worden. Die Polizei konnte aber nur in 18 Fällen einen Femizid erkennen. Ein Erklärung dafür gab es



Feministinnen demonstrieren gegen die Aufweichung des Gesetzes 779

wegung, die sich mit dem Sinn der Mediation auseinander gesetzt hatten, keinerlei Rolle, debattiert wurde nur über den Erhalt des Familienfriedens. Zum Beispiel war der folgende bemerkenswerte Redebeitrag des Abgeordneten Brooklyn Rivera zu hören: ..."nach so vielen Blutbädern (an Frauen) wird die Versöhnung gesucht. Warum soll keine Schlichtung möglich sein? Die Einheit der Familie muss erhalten bleiben".³

Dekret 42-2014

Neben der Diskussion um die angebliche Familienfeindlichkeit des Gesetzes 779 erregte der neu eingeführte Straftatbestand Femizid viel öffentliche Aufmerksamkeit. Seit der Einführung des Gesetzes werden regelmäßig Zahlen dazu veröffentlicht. Diese Zahlen stammen von verschiedenen Frauenorganisationen, vor allem dem Frauennetzwerk gegen die Gewalt (RMCV) und von der Polizei. Die Zahlen, die das RMCV vorlegte, schwankten in der Zeit von 2011 bis 2013 zwischen 76, 85 und 73 Femizide und zeigten damit noch keine deutlichen Änderungen, die als Folge des Gesetzes hätten interpretiert werden können. Die Zahlen aus den beiden Quellen differierten immer etwas, wobei die des Frauenkommissariats der Polizei niedriger ausfielen als die vom RMCV. Während das RMCV im Jahr 2012 85 Femizide in Nicaragua zählte, waren es bei dem Frauenkommissariat nur 76. Diese Differenz lässt sich noch mit Abgrenzungsproblemen zwischen Mord und Femizid erklären.

Anfang Juli 2014 präsentierte die Polizei jedoch für das erste Halbjahr sehr viel niedrigere Zahlen. In

nicht. Diese überraschende Entwicklung wurde von einem Polizeisprecher aber gleich genutzt, um Nicaragua als sicherstes Land in Zentralamerika zu beschreiben.

Die Hintergründe wurde einige Wochen später klar. Am 31. Juli 2014 erschien im nicaraguanischen Amtsblatt La Gaceta eine Rechtsverordnung zum Gesetz 779 (Dekret 42-2014), ein Erlass des Präsidenten⁴. Von einer Rechtsverordnung hätte man eigentlich erwartet, dass sie sich mit Gesetzesdetails beschäftigt und sich darauf beschränkt, Gesetzestextstellen zu präzisieren und gegebenenfalls Unklarheiten beseitigt. Dem war aber nicht so. Azahálea Solís (MAM) stellte erbittert fest, dass sich die Verordnung über das Gesetz stellt und dessen Sinn völlig entstellt.

Den heftigsten Widerspruch erregte die Verordnung mit ihren Aussagen zum Thema Femizid. Im Artikel 34 der Verordnung wird der Tatbestand des Femizides jetzt stark eingeschränkt. Dort heißt es, dass es sich nur dann um Femizid handle, wenn der Mord „von dem Mann an der Frau im Rahmen einer Partnerschaft (relación interpersonal de pareja) begangen wird“. Das widerspricht nicht nur, wie gesagt, dem Gesetz, sondern auch der Bedeutung des Begriffes. Und nicht zuletzt begünstigt es manche Täter, denn die Höchststrafe für Femizid sind dreißig Jahre Haft, für Mord sind es zwanzig. Die Verordnung kann sich auch zu Gunsten schon verurteilter Täter auswirken. Offenbar ist der erwähnten Polizeistatistik zum ersten Halbjahr 2014 bereits die Definition des Femizid aus der Verordnung zu Grunde gelegt worden. Dieser Artikel 34 war ausschlaggebend für die

vielen Verfassungsklagen von Frauenorganisationen, der Partei MRS und der Menschenrechtsorganisation CENIDH.

problem zugeordnet. Damit ist nichts dagegen gesagt, dass sich der nicaraguanische Staat Gedanken macht, wie Gewalt prinzipiell beseitigt werden



„Unterdrückte Männer“ fordern Gleichheit vor dem Gesetz
Quelle: La Prensa

Familienkabinette

Das Dekret ist ein einziger Versuch, den Charakter des Gesetzes 779 zu ändern. Das beginnt schon mit der Begründung für die Verordnung: Entgegen dem eindeutigen Wortlaut von Artikel 1 des Gesetzes wird behauptet, das Ziel des Gesetzes 779 sei es, „die Festigung der nicaraguanischen Familie zu garantieren“. Natürlich ist es richtig, dass das Familienleben davon profitieren wird, wenn die Frauen ein Leben frei von Gewalt führen können. Aber dass man davon im Augenblick noch weit entfernt ist und deshalb das Gesetz gegen Gewalt an Frauen benötigt, wird noch nicht einmal erwähnt.

Damit ist schon die Grundtendenz der Verordnung beschrieben. Es wird verharmlost und der Staat lobt sich für die inzwischen angeblich schon erreichten Fortschritte. Es wird der Anschein erweckt, mit den verbleibenden Problemen werde die im Prinzip gesunde nicaraguanische Familie schon fertig werden. Azahálea Solís sieht in dem Dekret einen Anschlag auf das Leben der Frauen. „Der Schutz der Familie wird an oberste Stelle gerückt, oder anders ausgedrückt, die Institution Familie ist wichtiger als die Frauen und das, obwohl wir wissen, dass es die Familien sind, wo Morde und sexueller Missbrauch geschehen.“

Obwohl das Gesetz 779 sich „gegen Gewalt an Frauen“ richtet, ist in der Verordnung immer die Rede von „Gewalt an Frauen, Mädchen, Jungen und Heranwachsenden“. Damit wird der Gewalt gegen Frauen das Spezifische genommen, das in dem Tatbestand Femizid sein grauenhaftes Symbol hat. Die Gewalt gegen Frauen wird dem allgemeinen Gewalt-

kann, aber bis zu einem gewissen Grad wird die spezifische Gewalt gegen Frauen verharmlost.

Die Verordnung beschäftigt sich in weiten Teilen mit Mitteln zur Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen. Das Gesetz 779 weist der Vorbeugung eine große Bedeutung zu, bleibt dabei aber sehr allgemein. Konkret wird nur die Bildung einer nationalen Kommission zum Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen beschlossen.

In der Verordnung werden weitere konkrete Vorbeugungsmaßnahmen genannt. So verpflichtet sich die Regierung zum Ausbau der Familienberatung und zur Einführung entsprechender Beratungsstellen. Das Ziel der Beratungen ist in Artikel 8 beschrieben. Die Paare oder Familien sollen die „Ursachen erkennen, die aus jeglicher Veränderung in den persönlichen Beziehungen innerhalb der Familiendynamik entstehen können“. Diese Erkenntnis soll dazu beitragen, dass „mittels geeigneter Kompromisse die Familienharmonie auf den Fundamenten Kommunikation, Respekt, gegenseitige Unterstützung und Liebe wieder hergestellt wird“.

Da gehört schon viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, einige Männer würden auf diesem Weg dazu gebracht zu erkennen, dass Gewaltanwendung inakzeptabel ist. Außerdem schließen sich Gewaltanwendung und Kompromisse aus.

Ein wichtiges Motiv für dieses Dekret steckt wahrscheinlich in der Organisation der Beratungsstellen für die Familien (Consejerías familiares). Auf der Gemeindeebene gehören diesen Gremien unter anderem Mitglieder der so genannten Familienkabinette (Gabinetes de la Familia, Comunidad y Vida) an. Diese Familienkabinette, Nachfolgeorgani-





Frauenorganisationen protestieren vor der Nationalversammlung gegen die Gesetzesreform
Quelle: La Prensa

sationen der „Räte der Bürgermacht“ (CPC) (siehe hierzu den Artikel im Infoblatt 75), sind von der FSLN geförderte und dominierte Basisorganisationen und die Machtbasis der Präsidentengattin Rosario Murillo. Seit einiger Zeit ist die Regierung bestrebt, sie zu institutionalisieren. Dies ist erstmals geschehen mit ihrer Verankerung in dem neuen Familien-gesetzbuch (Código de Familia) im Juni 2014.

Gleichzeitig mit dem Dekret zum Gesetz 779 wurde ein weiteres Dekret⁵ erlassen, in dem es um ganz ähnliche Dinge geht. Auch dieses Dekret behandelt die Vorbeugung von Gewalt. Der Rahmen ist hier aber erweitert. Es geht allgemein um Gewalt in der Familie. Auch hier erscheinen in der Beschreibung des organisatorischen Rahmens die schon erwähnten Beratungsstellen für die Familien. Zusätzlich werden in diesem Dekret aber als Mitwirkende auch die Kirchen genannt.

Diese Beispiele führen zu der Frage: Was hat die FSLN unter Daniel Ortega eigentlich für ein Familienbild? Dazu gibt es aus der letzten Zeit weitere wichtige Hinweise unter den Verfassungsänderungen vom Anfang des Jahres 2014.⁶ In den geänderten Artikeln 4 und 5 sind jetzt die sandinistischen Schlagworte der letzten Jahre festgeschrieben. „Die christlichen Werte, die sozialistischen Ideale, das solidarische Verhalten“ (...) „sind Prinzipien der nicaraguanischen Nation“. Das wird nicht weiter ausgeführt, wenn man von dem frommen Wunsch im Artikel 5 absieht, „die christlichen Werte stellen sicher, dass

Nächstenliebe herrscht und Versöhnung zwischen den Geschwistern der nicaraguanischen Familie“. Was die Religionsausübung betrifft, kollidieren diese Passagen mit dem unveränderten Artikel 14, in dem es heißt, dass es keine offizielle Staatsreligion gibt. Die Familie hat mit der Verfassungsänderung eindeutig an Bedeutung gewonnen. Sie wird sehr viel häufiger erwähnt als zuvor. Dabei fällt auf, dass immer wieder die drei Begriffe Person, Familie und Gemeinschaft zusammen auftreten. In einer Studie des Instituts für strategische Studien und öffentliche Politik (IEEPP) zu dieser Verfassungsänderung wird daraus geschlossen, dass die Person als der Familie und Gemeinschaft untergeordnet zu sehen ist: „Die Einführung des Trinoms Person, Familie und Gemeinschaft als Ursprung und Zweck des Staates (Artikel 4) schlägt einen begrenzten Geltungsbereich für die Ausübung der Bürgerrechte vor, die sich somit dem Ideal der Beteiligung in Familie und Gemeinschaft unterordnet ...“⁷ Diesen Geist atmet auch das Dekret 42-2014.

Das Familienbild der Regierung Ortega, vor allem das der Ehefrau des Präsidenten, Rosario Murillo, ist nicht weit entfernt von dem der christlichen Kirchen. Zu einem politischen Schulterchluss zwischen der Regierung und der katholischen Kirche wird es aber so bald nicht kommen, denn sie sehen sich beide eher als Konkurrent_innen denn als Verbündete. Auch dafür ist das Dekret 43-2014 ein gutes Beispiel. Interessanterweise wussten die Kirchen nämlich

nichts von der Rolle, die die Regierung ihnen bei der Vorbeugung von Gewalt zugeordnet hatte und erfuhr davon erst über die Veröffentlichung im Amtsblatt. Ein typisches Beispiel für den Politikstil der Regierung Ortega.

An der Situation der Frauen, die die Gewalt erleiden, ändern die Auseinandersetzungen um das Gesetz gegen Gewalt an Frauen leider nichts. Das zeigt der Bericht, den das Frauennetzwerk gegen die Gewalt für das vergangene Jahr 2014 vorgelegt hat. Dort beklagen sie wieder 75 Fälle, zwei mehr als im Vorjahr. Die sind auch dann zu beklagen, wenn die Polizei, die sich bisher nur zu dem Zeitraum bis Ende September geäußert hat, von einer sehr viel kleineren Anzahl an Fällen ausgeht.

Nachdem mit der Verabschiedung des Gesetzes 779 im Jahr 2012 ein Zeichen gesetzt wurde, dass maßgebende Teile der nicaraguanischen Gesellschaft sich des Problems Gewalt gegen Frauen annehmen wollen, reagierte inzwischen eine Gegenbewegung, an deren Spitze der Präsident und seine Ehefrau stehen. Die Reaktion sammelt sich um die Forderung, die Familie zu schützen. Das Individuum Frau soll sich wieder in die Institution Familie einordnen. Was das bedeutet, lässt sich am besten mit den Worten Azahálea Solís sagen: „... die Institution Familie ist wichtiger als die Frauen und das, obwohl wir wissen, dass es die Familien sind, wo Morde und sexueller Missbrauch geschehen.“

- ¹ Ley No. 779, Ley Integral Contra la Violencia hacia las Mujeres y de Reformas a la Ley No. 641, „Código Penal“ <http://digesto.asamblea.gob.ni/iunp/docspdf/gacetas/2012/2/g35.pdf>
- ² Texto de Ley N°. 779, „Ley Integral Contra la Violencia hacia las Mujeres y de Reformas a la Ley N°. 641, „Código Penal“, con sus Reformas Incorporadas <http://digesto.asamblea.gob.ni/iunp/docspdf/gacetas/2014/1/g19.pdf>
- ³ <http://www.confidencial.com.ni/articulo/14020/mediacion-y-golpes>
- ⁴ Decreto 42-2014 REGLAMENTO A LA LEY 779 ... <http://digesto.asamblea.gob.ni/iunp/docspdf/gacetas/2014/7/g143.pdf>
- ⁵ Decreto 43-2014, POLÍTICA DE ESTADO PARA EL FORTALECIMIENTO DE LA FAMILIA NICARAGÜENSE Y PREVENCIÓN DE LA VIOLENCIA.
- ⁶ Texto de la Constitución Política de la República de Nicaragua con sus Reformas Incorporadas <http://digesto.asamblea.gob.ni/iunp/docspdf/gacetas/2014/2/g32.pdf>
- ⁷ Novena reforma constitucional. El cambio de las reglas del juego democrático en Nicaragua. IEPP <http://www.iepp.org/wp-content/uploads/downloads/2014/11/NovenaReformaConstitucional.pdf>
- ⁸ Marco Legal. <http://www.poderjudicial.gob.ni/dirac1/mlegal.asp>

Mediation

Mediation – Schlichtung ist in Nicaragua wie in anderen Ländern auch als alternative Form der Konfliktlösung im Rechtssystem verankert. In Nicaragua ist im Gerichtsverfassungsgesetz (Ley Orgánica del Poder Judicial) und in der Strafprozessordnung (Código Procesal Penal) der rechtliche Rahmen festgelegt.⁸ Demnach ist die Mediation in Familienangelegenheiten möglich und bei Straftatbeständen in minder schweren Fällen. Voraussetzung für eine Mediation ist, dass sich beide Parteien ihr freiwillig unterwerfen. Obwohl in der Strafprozessordnung steht, dass die Mediation bei Gewalt und Einschüchterung nicht zulässig ist, war es gängige Praxis, dass im Falle von familiärer Gewalt von Seiten des Gerichts die Frauen zur Mediation gedrängt wurden. Dieser Hintergrund führte zum Artikel 46 im Gesetz 779, der die Mediation für die im Gesetz beschriebenen Tatbestände explizit ausschließt.





Lateinamerika
Internationalismus
Kultur
Menschenrechte
Bildung
www.oeku-buero.de



emanzipativ
Nicaragua
kritisch
El Salvador
solidarisch
Mexiko